



Plenarprotokoll

75. Sitzung

Donnerstag, 12. Dezember 2019

Erzieherische und sozialpädagogische Ausbildungen attraktiver gestalten und Ausbildungsvergütung einführen.....

5738

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1856

Serpil Midyatli [SPD]..... 5738
Peer Knöfler [CDU]..... 5739
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 5740
Anita Klahn [FDP]..... 5742
Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 5743
Jette Waldinger-Thiering [SSW].... 5744
Martin Habersaat [SPD]..... 5745
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 5746

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. 5747

Beschluss: Überweisung des Antrages Drucksache 19/1856 an den Bildungsausschuss..... 5748

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und zur finanziellen Entlastung von Familien und Kommunen (KiTa-Reform-Gesetz)..... 5748

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/1699

Bericht und Beschlussempfehlung
des Sozialausschusses
Drucksache 19/1847

Änderungsantrag der Fraktion der
SPD
Drucksache 19/1890

Werner Kalinka [CDU], Berichter- statter.....	5749
Anita Klahn [FDP].....	5749
Serpil Midyatli [SPD].....	5752, 5771
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5755, 5766, 5767
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	5758, 5770
Claus Schaffer [AfD].....	5760
Flemming Meyer [SSW].....	5762
Birgit Herdejürgen [SPD].....	5764
Wolfgang Baasch [SPD].....	5764
Tobias Koch [CDU].....	5765
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5767
Birte Pauls [SPD].....	5768
Christopher Vogt [FDP].....	5769
Werner Kalinka [CDU].....	5770
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	5772

Beschluss: 1. Ablehnung des Ände-
rungsantrags Drucksache 19/1890
2. Verabschiedung des
Gesetzentwurfs Drucksache
19/1699 in der Fassung der
Drucksache 19/1847.....

5778

Mindestlohn auch für Jugendliche... 5778

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1864

Flemming Meyer [SSW].....	5778
Peer Knöfler [CDU].....	5779
Wolfgang Baasch [SPD].....	5780
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5781
Kay Richert [FDP].....	5782
Volker Schnurrbusch [AfD].....	5783
Lars Harms [SSW].....	5784
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	5786
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	5787

Beschluss: Überweisung des Antrags
Drucksache 19/1864 federführend
an den Wirtschaftsausschuss und
mitberatend an den Sozialaus-
schuss und den Bildungsausschuss

5790

**Stationäre Versorgung von kran-
ken Kindern verbessern - Kinder-
krankenhäuser auf eine sichere fi-
nanzielle Grundlage stellen.....**

5790

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1805

**Kinderkliniken auf sichere finanz-
ielle Grundlagen stellen - Kranken-
hausfinanzierungsstrukturen in
Deutschland weiterentwickeln.....**

5790

Alternativantrag der Fraktionen von
CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und der Abgeordne-
ten des SSW
Drucksache 19/1895

Claus Schaffer [AfD].....	5790
Hans Hinrich Neve [CDU].....	5791
Bernd Heinemann [SPD].....	5792
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5793
Anita Klahn [FDP].....	5794
Flemming Meyer [SSW].....	5795
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5796
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	5797

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags
Drucksache 19/1805
2. Annahme des Alterna-
tivantrags Drucksache 19/1895.....

5799

**Errichtung einer Professur für
„Plurale Ökonomik“.....**

5799

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP
Drucksache 19/1745

Tim Brockmann [CDU].....	5799
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	5800, 5806
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5801
Christopher Vogt [FDP].....	5803
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	5804

Lars Harms [SSW].....	5805	Aufforderung an die Europäische Kommission zur Umsetzung der Bürgerinitiative „Minority Safe-Pack (MSPI)“	5818
Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.	5807		
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/1745.....	5807	Beschlussempfehlung des Europaausschusses Drucksache 19/1862	
Gemeinsame Beratung			
a) Schulleitungen stärken - Identifikation und Umsetzung von Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Qualifizierung und Auswahl schulischer Führungskräfte	5808	Wolfgang Baasch [SPD], Bericht-erstatte.....	5818
		Beschluss: Übernahme und Zustimmung der in der Beschlussempfehlung Drucksache 19/1862 enthaltenen EntschlieÙung.....	5819
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1791		* * * *	
Schulleitung und Assistenzen der Schulleitungen entlasten	5808	Regierungsbank:	
Alternativantrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1819		Daniel Günther, Ministerpräsident	
b) Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2018/19	5808	Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1727		Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.	5808	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung	
Tobias von der Heide [CDU].....	5809	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
Kai Vogel [SPD].....	5811	Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration	
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5812	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie-wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung	
Anita Klahn [FDP].....	5814	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	5815	* * * *	
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	5816		
Beschluss: 1. Ablehnung des Alternativantrags Drucksache 19/1819			
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/1791			
3. Überweisung des Berichts Drucksache 19/1727 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	5818		

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich. Erkrankt sind heute die Abgeordneten Peter Lehnert und Thomas Rother. Wir wünschen gute Besserung.

(Beifall)

Die Abgeordneten Claussen, Kilian und Jensen haben nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sind. Die Abgeordneten von Pein und Bornhöft haben mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung ab 15 Uhr verhindert sind.

Begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Altenholz. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Erzieherische und sozialpädagogische Ausbildungen attraktiver gestalten und Ausbildungsvergütung einführen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1856

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Erzieherinnen verzweifelt gesucht, auch so hätte dieser Tagesordnungspunkt betitelt werden können und müssen. Ich möchte heute einen der für mich wichtigen Punkte ansprechen, die während der gesamten Debatte um die Kita-Reform und im Dialog zur Kita-Reform von der Landesregierung ausgeblendet wurden. Das sind die fehlenden Fachkräfte.

(Beifall SPD und SSW)

Meiner Auffassung nach braucht es wegen der Kita-Reform auch eine Neuausrichtung der Erzieherausbildung, denn uns fehlt im ganzen Land gut ausgebildetes Personal. Wir haben jetzt schon einen Fachkräftemangel, und das führt dazu, dass Erzie-

herinnen und Erzieher sich mittlerweile in andere Arbeitsfelder wegbewegen, weil der Druck in den Kitas einfach zu groß wird. Andererseits bekommen wir von den Trägern und auch von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern die Rückmeldung: Wir können nicht an- oder umbauen. Das Geld ist da, aber das Personal fehlt.

Um eines vorwegzunehmen: Es wird mit mir keine Absenkung der Qualität nach der deutschen Qualitätsrahmenrichtlinie, nach DQR 6, geben. Ich halte nichts von einer Deprofessionalisierung der Erzieherausbildung. Daher lehne ich die dreijährige Schmalspurausbildung genannt Staatlich geprüfter Fachassistent für frühe Bildung und Erziehung, entschieden ab.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies wird nämlich gerade auf der Kultusministerkonferenz diskutiert. Nur auf Druck der Gewerkschaften ist die Vorlage erst einmal von der Tagesordnung verschwunden. Unsere Ausbildung ist eine europaweit anerkannte Ausbildung. Sie können mit der Erzieherausbildung in Deutschland in ganz Europa arbeiten. Unser Abschluss ist mit dem Bachelor in anderen Ländern gleichgesetzt. Mir geht es darum, dass wir für die Erzieher und auch die SPA endlich unbedingt zu einer vergüteten Ausbildung kommen, und zwar aus zweierlei Sicht.

(Beifall SPD und SSW)

Zum einen ist es ungerecht, eine in der Regel fünfjährige Ausbildung zu starten, ohne dabei nur einen einzigen Cent zu verdienen. Dabei erfüllen die Betroffenen - das ist wichtig - am Ende einen gesetzlichen Auftrag in der Kita. Das zeigt, wie hoch der Idealismus der Menschen ist und wie wichtig ihnen ihre Ausbildung ist. Dafür bewundere ich das Fachpersonal, aber gerecht ist das nicht.

(Vereinzelter Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielen Dank, liebe Marret. - Zum anderen spitzt sich der Bedarf an Fachkräften weiter zu. Hier kennen wir die Zahlen, daher freue ich mich sehr, dass Herr Potten heute da ist. Wir wissen mittlerweile, dass in den nächsten Jahren viele Kolleginnen und Kollegen in den wohlverdienten Ruhestand gehen werden. Es gibt also auf der einen Seite einen enormen Bedarf an Fachkräften, auf der anderen Seite stehen die hohen Abgänge, die wir in den nächsten Jahren haben werden. Hier müssen wir als Politikerinnen und Politiker im Grunde genommen sofort über die Rahmenbedingungen sprechen und uns

(Serpil Midyatli)

kümmern. Ein Beispiel wäre, das Modell der Pi-Ausbildung, die Praxisintegrierte Ausbildung, zu einer Regelausbildung umzuwandeln oder diese zumindest als Modell zu nehmen, um in diesem Bereich weiter voranzukommen.

(Beifall SPD, SSW und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Denn es zeigt sich, dass diese vergütete Ausbildung ein Erfolg ist. Von daher ist es klar, dass dies auch etwas mit der Bezahlung in der Ausbildung zu tun hat.

Wenn ich mit den Schulen rede, dann wird mir gesagt: Mehr davon, Frau Midyatli. - Wir haben nämlich zurzeit die Situation, dass wir eine Klasse haben, in der die Mitglieder eine vergütete Ausbildung absolvieren, und eine andere Klasse, in der die klassische Erzieherausbildung erfolgt. Das heißt also, wir haben jetzt schon auf den Fluren eine Ungerechtigkeit, und das wird natürlich von den Schülerinnen und Schülern diskutiert.

Als Sozialdemokratin ist mir wichtig, auch weiterhin einen niedrighschwelligem Zugang zu ermöglichen. Auch wenn es schon Kreise und kreisfreie Städte gibt, die nur noch Erzieherinnen und Erzieher anstellen, sollten wir, so finde ich, an der Ausbildung sozialpädagogischer Assistenten weiterhin festhalten. Aber auch hier gilt: Diese Ausbildung gehört vergütet. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, aber vor allem müssen wir neue Formen schaffen, damit es auch einen Aufstieg bei den SPA geben kann.

(Beifall SPD)

Zurzeit ist es so: Einmal SPA, immer SPA, außer man hängt eine dreijährige Ausbildung an - ganz ohne Bezahlung, egal wie lange man Berufserfahrung hat. Auch hierzu bekomme ich die Rückmeldung, dass es intensive Gespräche gibt. Räume sind vorhanden, aber es wird natürlich Personal gebraucht.

Ich muss meine Rede leider ein bisschen verkürzen: Der Rechtsanspruch wird dazu führen, dass wir Fachkräfte brauchen. Ein Blick auf die Universitäten lohnt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Rückfrage an die FH in Kiel hat ganz deutlich gezeigt, dass wir 1.000 Bewerberinnen und Bewerber auf 120 bis 150 Studienplätze pro Semester haben.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Serpil Midyatli [SPD]:

Das heißt, es besteht ein enormer Handlungsbedarf bei der Ausbildung und bei den Studienplätzen, damit eine frühkindliche Bildung auch in Schleswig-Holstein weiter gut vorankommt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peer Knöfler das Wort.

Peer Knöfler [CDU]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Frau Midyatli, Ihr Antrag mit dem Titel „Erzieherische und sozialpädagogische Ausbildungen attraktiver gestalten und Ausbildungsvergütung einführen“ ist gut gedacht, aber in meinen Augen schlecht gemacht. Mit „schlecht gemacht“ meine ich in erster Linie nicht den Inhalt, sondern den Zeitpunkt; der Inhalt lässt sich durchaus gestalten.

Die SPA-Ausbildung soll zu „einer praxisorientierten Ausbildung inkl. einer Ausbildungsvergütung“ weiterentwickelt werden. - Das gibt es schon, das ist seit dem 01.08.2019 möglich und wird auch schon umgesetzt.

„Für berufserfahrene SPAs soll eine vergütete und verkürzte Weiterqualifizierung zum/zur Erzieher/in ermöglicht werden.“

Das gibt es auch schon, das ist in der entsprechenden Verordnung so geregelt.

„Die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) zur Erzieherin/zum Erzieher für Quereinsteiger/innen soll in allen Regionen angeboten werden;“

- auch hier bringe ich Sie auf den aktuellen Stand -

„fünf Standorte haben PiA-Klassen, weitere sind in der Planung, und zum Schuljahr 2020/21 wird es sogar weiteren Aufwuchs an PiA-Klassen an Erziehungsfachschulen geben.“

Da Sie alle aufmerksam im Thema sind, ist Ihnen sicherlich nicht entgangen, dass wir jetzt schon bei Punkt vier des zur Abstimmung stehenden Antrags angelangt sind. Nun kommt auch der schlechte Zeitpunkt zum Tragen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

(Peer Knöfler)

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, arbeitet die sogenannte KMK-Ad-hoc AG zur Weiterentwicklung der Ausbildung in der Sozialpädagogik genau an dieser Thematik. Die Veränderungen der Zugangsvoraussetzungen, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen, sind aktuell Gegenstand dieser Beratung.

Zu Punkt fünf:

„Es müssen mehr Lehrkräfte für die Ausbildung von SPAs und Erzieher/innen qualifiziert werden.“

Ja, das ist logisch. Wenn wir ab dem nächsten Schuljahr mehr Klassen haben, dann brauchen wir auch mehr Lehrer.

„Die Digitalisierung in den Ausbildungen soll so weit wie möglich ausgebaut werden und dabei bereits vorhandene Erfahrungen ... genutzt werden.“

Ja, wir digitalisieren an allen Ecken und Enden. Da werden wir sicherlich nicht bei der Ausbildung in der Sozialpädagogik haltmachen. Aber ich denke, die Inhalte bei dieser Ausbildung lassen die Vermittlung auf digitalem Wege nur teilweise zu.

(Beifall FDP)

Um noch kurz auf Punkt sieben einzugehen: Ob eine Aufstockung der Studienplätze zur sozialen Arbeit und zur Kindheitspädagogik automatisch zu einer verbesserten Situation in Kitas führt, wage ich zu bezweifeln. Dazu gehört mindestens noch eine solide Finanzierungszusage.

Abschließend denke ich, dass der Antrag nicht auf das tatsächliche Problem eingeht, nämlich die hohe Wechselquote in dem Bereich. Ein Großteil der Erzieherinnen und Erzieher sowie SPA verbleibt im Anschluss an die Ausbildung nicht im Beruf, sondern wechselt in andere Bereiche.

(Serpil Midyatli [SPD]: Und was machen Sie dagegen?)

Dieses Problem wird nicht allein durch eine Anpassung und Modifizierung der Ausbildung gelöst. Hierbei spiele ich auf die allgemeinen Bedingungen für Fachkräfte im Kita-Bereich an. Insbesondere in diesem Punkt kann ich Ihnen die frohe Botschaft verkünden, dass der folgende Tagesordnungspunkt exakt auf diesen Aspekt abzielt, wodurch erstens Gruppengrößen auf maximal 22 Kinder begrenzt, zweitens Verfügungs- und Leitungsfreistellungszeiten gesetzlich normiert werden und drittens der Fachkraft-Kind-Schlüssel auf 2,0 angehoben wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf SPD: Und das verbessert dann die Basis!)

Das sind echte Verbesserungen, die ihren Beitrag dazu leisten, dass Fachkräfte bessere Arbeitsbedingungen in Kitas in ganz Schleswig-Holstein vorfinden werden.

Selbstverständlich sind wir als Jamaika-Koalition aber bereit, die Punkte im Ausschuss nochmals zu beraten. Wir stellen fest, dass das Bildungsministerium und das Sozialministerium Ihre heutigen Forderungen entweder schon umgesetzt haben oder sich Ihre Forderungen bereits in der Umsetzung befinden. Dass die SPD-Fraktion diesen Forderungskatalog hier und heute vorgelegt hat, erkennen wir an und sind ebenso bereit zu weiteren Beratungen im Ausschuss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Serpil, wenn du meinst, dass die Landesregierung bei der Kita-Reform das Problem der Fachkräfte ausgeblendet hat, dann glaube ich: Insoweit hast Du die Kita-Reform nicht richtig verfolgt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das ist natürlich ein Punkt, der mit der Kita-Reform zusammenhängt.

Sie haben selbst dargestellt, was schon alles möglich ist. Ich finde auch, dass wir bereits auf einem guten Weg sind. Es ist aber trotzdem gut, noch einmal über dieses Thema zu sprechen, weil der Fachkräftemangel natürlich groß ist. Wir wissen auch, dass wir mit unseren Bemühungen noch nicht am Ziel sind.

Die SPD-Fraktion sagt: Wir brauchen eine Beteiligung. Das ist richtig. Wir sind - glaube ich - ständig alle im Gespräch mit den Expertinnen und Experten, um zu hören, wo der Schuh drückt. Auch wir Grüne haben zwei Fachgespräche dazu geführt, um uns Expertise einzuholen.

(Ines Strehlau)

Das Thema Personal an Kitas ist wichtig. Wir brauchen qualifiziertes und ausreichend viel Personal, damit sich die Kinder wohlfühlen, die Eltern ihre Kinder gern in die Kita bringen und die Kitas ihren Bildungsauftrag erfüllen können. Wir haben gerade wieder in der letzten PISA-Studie ins Stammbuch geschrieben bekommen, dass der Bildungserfolg immer noch viel zu stark von den Elternhäusern abhängt. Um dies zu überwinden, brauchen wir ein gutes Bildungsangebot in den Kitas. Hier wird die Basis dafür gelegt, dass es später in der Schule klappt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist klar, dass durch das neue Kita-Gesetz, das wir gleich beschließen werden, und durch den verbesserten Personalschlüssel von zwei Erzieherinnen und Erziehern pro Gruppe neue Bedarfe entstehen. Es kommt noch der Ausbau des Ganztags hinzu und auch andere Bereiche, wie Jugendämter und Jugendhilfeeinrichtungen, suchen Personal. Nach Schätzungen fehlen bereits jetzt 2.000 Fachkräfte.

Wir müssen sicherlich auch über den Verbleib im Beruf sprechen. Da sind die Arbeitsbedingungen in unserem Kita-Gesetz ein wichtiger Punkt. Auch insoweit machen wir einen Schritt nach vorne.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir brauchen ausreichend Bewerberinnen und Bewerber sowie ausreichend Ausbildungsplätze. Die Ausbildung muss aber qualifiziert bleiben. Darüber hinaus gibt es noch den Wunsch nach einer Ausbildungsvergütung. Das ist ein bisschen wie die Quadratur des Kreises.

Aber ich bin optimistisch. Es ist Bewegung im System. Das Land steuert ständig nach. Einiges von dem, was die SPD-Fraktion nun fordert, ist bereits umgesetzt worden.

Die Anzahl der Ausbildungsplätze an Erzieherfachschulen ist zum Beispiel in den letzten zehn Jahren verdoppelt worden. Wir haben jetzt 3.800 Plätze. Auch die Zahl der Lehrkräfte ist deutlich erhöht worden. Da hat das Bildungsministerium wirklich einen guten Job gemacht. - Vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Bei der generellen Weiterentwicklung der Ausbildung für die sozialpädagogische Assistenz in eine duale Ausbildung muss geklärt werden, wer die Kosten trägt und welche Rahmenbedingungen es

gibt, damit die SPA-Ausbildung auch in anderen Bundesländern anerkannt wird. Da ist die Kultusministerkonferenz gefragt.

Aber in berufsbegleitender praxisintegrierter Form ist es schon jetzt möglich, eine SPA-Ausbildung zu machen. In Flensburg wird bereits ausgebildet und auch im Kreis Pinneberg gibt es Überlegungen, eine sogenannte PiA-Klasse für die Praxisintegrierte Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz einzurichten.

PiA für Erzieherinnen und Erzieher gibt es an immer mehr Standorten. Dort, wo Praxisintegrierte Ausbildung gewollt wird, wird sie auch eingerichtet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Auch bei der Finanzierung der PiA gibt es Bewegung. Zum einen gibt es das Modell, dass die Agentur für Arbeit Plätze mitfinanziert. Zum anderen sind immer mehr Kommunen bereit, diese Ausbildung finanziell zu unterstützen.

An verschiedenen Standorten werden SPA-Ausbildungszeiten auf die Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher bereits angerechnet. Es ist gut, dass auch die SPD die Erzieherinnen- und Erzieherausbildung als Weiterbildung erhalten will und diese auf dem Niveau des Bachelorabschlusses weiterhin bleiben soll. Wenn SPA weiter qualifiziert werden, müssen diese Anforderungen dem weiterhin entsprechen. Wir brauchen pädagogische Fachkräfte, und wir müssen über neue Wege nachdenken. Aber bei allen Bemühungen, die Ausbildung zu reformieren, müssen wir unbedingt auch die Qualität im Blick behalten. Erzieherin beziehungsweise Erzieher ist ein anspruchsvoller Beruf, für den man eine fundierte Ausbildung benötigt.

Es bleibt ein historisch bedingtes Problem für einige Erzieherinnen und Erzieher, dass das MeisterBAföG beziehungsweise AufstiegsBAföG zum Teil nicht mit den Schul- und Praxisanteilen zusammenpasst. Die Lösungen sind häufig spitzfindig, und es ist fachkundige Beratung gefragt.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. - Aber dennoch gibt es inzwischen sehr viele Erzieherinnen und Erzieher, die dieses BAföG bekommen.

Es ist schon viel auf einem guten Weg, es bleiben aber Fragen. Deswegen möchten wir gerne den Antrag in den Bildungsausschuss überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Man könnte es auch überschreiben: Es gibt kein Thema, das uns mehr bewegt.

Meine Damen und Herren, bei all den zahlreichen Diskussionen des letzten Jahres über die Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels und die Schließ-, Verfügungs- und Leitungszeiten im Zuge der Kita-Reform dürfen und haben wir nicht vergessen, dass wir das Funktionieren und die reibungslosen Abläufe in den Kitas vor Ort vor allem dem dort tätigen Fachpersonal zu verdanken haben.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne diese engagierten Menschen, die sich bei eigener Finanzierung ihrer Ausbildung heute täglich dafür einsetzen, dass Kindern und Eltern die bestmögliche Betreuung ermöglicht wird, wäre unsere Kita-Reform auch nicht gewinnbringend umzusetzen. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle bei dem gesamten Fachpersonal bedanken.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns steht außer Frage, dass wir im Zuge der Kita-Reform und hinsichtlich der neuen Anforderungen zusätzlich qualifiziertes Personal brauchen. Deswegen möchte ich die Behauptung der Abgeordneten Midyatli, dass wir uns damit nicht beschäftigt hätten, aufs Schärfste zurückweisen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist unsere Aufgabe, neues Personal zu gewinnen und gut auszubilden. Das ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft; denn einerseits fehlen

uns schlichtweg die Menschen und andererseits befinden wir uns im Wettlauf mit anderen Bundesländern um die besten Fachkräfte. Dieser Bereich steht zusätzlich in Konkurrenz zu gut bezahlten Jobs in der freien Wirtschaft, die im Übrigen auch während der Ausbildung schon vielfach attraktive Vergütungen bieten. Also: Gute Rahmenbedingungen sind wichtig.

Da wir uns dieses Problems schon länger bewusst sind, wurde auch schon vieles aktiv angegangen, einiges hat Frau Strehlau schon genannt. Ich möchte hinzufügen, dass wir seit dem Jahr 2017 50 weitere Planstellen geschaffen und dass wir die Ausbildungszahlen um 7 % erhöht haben. Das kann sich sehen lassen.

Wir haben auch mit der Agentur für Arbeit Rahmenvereinbarungen treffen können, sodass an vier Standorten im Land 105 Erzieherinnen und Erzieher im Quereinstieg finanziert und ausgebildet werden.

Auch die Etablierung der praxisbegleiteten Ausbildungsform ist bereits in der letzten Legislaturperiode von der CDU angeschoben und initiiert worden. Hier muss ich einfach die Frage stellen: Was hat die letzte Landesregierung tatsächlich gemacht?

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Wir machen viel. Aber der Fachkräftemangel gilt im Übrigen nicht nur für den Krippen- und Kita-Bereich; denn es lässt sich meiner Meinung nach schwer argumentieren, dass ein Kind bis zum sechsten Lebensjahr eine umfassende Betreuung erhält, aber in der Grundschule oder in der Sekundarstufe I dann nicht mehr. Wir werden also für den Ausbau der Kinderbetreuung bis zum 14. Lebensjahr noch große Anstrengungen unternehmen müssen, um all denjenigen Eltern, die Berufstätigkeit zu ermöglichen, die dies wollen oder dieser aus wirtschaftlichen Gründen schlichtweg nachgehen müssen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wenn wir sicherstellen wollen, dass unsere Kinder eine angemessene Betreuung sowohl in der Kita als auch danach in der Schule erhalten, dann muss und wird sich der Fachkräftebedarf im sozialpädagogischen Assistenzbereich und Erzieherbereich absehbar noch weiter erhöhen.

Ich finde es daher durchaus sinnvoll, dass wir uns im Bildungsausschuss mit den Fragen beschäftigen,

(Anita Klahn)

wie wir junge Menschen in die Sozialberufe bekommen, wie sie den Beruf weiterhin ausüben und nicht nach wenigen Jahren aufgrund der hohen Arbeitsbelastung und schlechten Rahmenbedingungen in andere Bereiche abwandern. Wir müssen evaluieren, wie viele Fachkräfte in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen werden, wieviel Ersatz dafür benötigt wird. Wie werden sich die Geburtenzahlen entwickeln? Es ist eine Aufgabe, die man nicht so eben mit einem kleinen Pinselstrich erledigen kann. Wir brauchen genaue Zahlen.

Bei dieser ganzen Diskussion möchte ich eines ganz besonders herausheben: Wenn wir die im Raum stehenden Möglichkeiten wie Quer- und Seiteneinstiege diskutieren, dann müssen wir auch peinlich genau darauf achten, dass das Qualifikationsniveau in unseren Kitas nicht über Ausnahmeregelungen oder Aufweichen der Standards dauerhaft unterlaufen wird. Damit meine ich konkret, dass wir in der Übergangsphase der Kita-Reform den Einrichtungen der dänischen Minderheit hier einen besonderen Status einräumen. Dauerhaft würden wir den Kindern und ihrem Recht auf die bestmögliche Betreuung damit aber nicht gerecht.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss und bin auf das gespannt, was uns der Kreis Pinneberg vorstellt; denn er hat zum Beispiel die Finanzierung eines Stipendiums für die Erzieherinnen- und Erzieherausbildung auf den Weg gebracht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Der Fachkräftemangel ist aller Orten das beherrschende Thema auch bei den sozialen Berufen. Nach einer Prognos-Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums fehlen bis zum Jahr 2030 etwa 200.000 Erzieher. Deshalb müssen in der Tat neue Wege beschritten werden, um den heute schon bestehenden, gravierenden Mangel zu beheben. Tatsächlich braucht es Veränderungen in der Aus- und Fortbildung von Erziehern und SPA.

Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist in der Tat die Praxisintegrierte Ausbildung, die Möglichkeit also neben der schulischen Ausbildung eine Teilzei-

tanstellung bei einem Träger wahrzunehmen. Das stellt Praxisbezug her und wirkt attraktiv auf junge Leute, die trotz viel Idealismus auch überlegen müssen, wovon sie leben können. Die Idee ist tatsächlich so neu nicht mehr; bereits seit mehreren Jahren ist sie in Eigeninitiative von einigen sozialen Einrichtungen auf den Weg gebracht worden. Der Grund war schlicht der, dass die betreffenden Einrichtungen natürlich in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungszentren vor Ort nach Möglichkeiten gesucht haben, ihren eigenen Fachkräftebedarf zu decken.

Wir begrüßen, die Praxisintegrierte Ausbildung nun für sozialpädagogische Assistentinnen zu ermöglichen. Aber auch da hätte ein Blick ins Internet gereicht, auch das ist in einigen Regionen schon durchaus möglich.

Es ist ein guter Vorschlag, das PiA-Modell für Quereinsteiger, die Erzieher werden wollen, möglichst flächendeckend anzubieten. Aber auch hier hat die Umsetzung schon begonnen.

Was allerdings eine Frage aufwirft, ist die Unterscheidung, die die Antragsteller in ihrem Antrag zwischen Quereinstieg und regulärer Ausbildung treffen. Für erstere soll die Praxisorientierte Ausbildung ausgeweitet werden, für letztere soll es weiter bei der reinen schulischen Ausbildung bleiben. Begründet wird das mit dem Qualifizierungsniveau, das erhalten bleiben soll. In der Praxis würde das aber bedeuten, dass man in Kauf nimmt, dass Quereinsteiger durch die Praxisintegrierte Ausbildung nicht so gut qualifiziert sind, wie diejenigen, die eine reine vollzeitschulische Ausbildung durchlaufen haben.

Um die Konfusion noch größer zu machen, fordern Sie bei der schulischen Ausbildung, dass, ich zitiere, „eine stärkere Praxisorientierung dabei wünschenswert wäre.“ Das sind doch keine Gegensätze. Für mich ist klar: Starke Praxiserfahrung und das Halten eines hohen Qualitätsniveaus sind keine Gegensätze, sondern sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Kommen wir zu der von der SPD ins Spiel gebrachten Ausbildungsvergütung. Ja, das ist durchaus eine Überlegung wert, allerdings darf man hier nicht so naiv sein anzunehmen, dass andere Ausbildungsberufe im sozialen oder therapeutischen Bereich nicht werden nachziehen müssen. Das kann unter Umständen einen ganz unheilvollen Wettlauf auslösen, den wir so nicht brauchen können und nicht wollen.

Zur Finanzierung der Ausbildungsvergütung bringen Sie - ich zitiere - „eine Art Ausbildungsfonds“

(Dr. Frank Brodehl)

ins Gespräch. Einzahlen sollen Ihrer Meinung nach Bund, Land, Kreise und Gemeinden. Angesichts der angespannten Kassenlage in vielen Kreisen und Gemeinden wird dies aber, wie Sie zugegeben haben, nicht auf große Begeisterung stoßen. Nur einmal in Klammern: Wir haben uns natürlich auch die Frage gestellt, warum Sie bei der Frage der Kofinanzierung die Träger komplett außen vor lassen. Auch in Ihren gerade gemachten Ausführungen haben Sie nichts dazu gesagt, warum die Träger eigentlich nicht daran beteiligt werden sollen. Immerhin geht es um deren eigenen Nachwuchs. Sie sind ja schon aktiv geworden; das heißt aber nicht, dass man sie von vornherein herauslassen sollte.

Was das Land angeht, so sind wir der Meinung, dass das Hauptaugenmerk des Landes auf der Schaffung der Ausbildungs- und Schulplätze und darauf liegen sollte, genügend Berufsschullehrer zu finden, ein Berufsschulbildungszentrum zu etablieren und eine ausreichende Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Das ist an sich schon eine wirkliche Herkulesaufgabe. Bevor wir an einen Fonds denken, sollten wir realisieren, dass eben nicht immer alles gleichzeitig gemacht werden kann.

Von Ihrem Antrag bleibt im Großen und Ganzen, dass er durchaus einige Vorschläge aufweist, die ohne großen Aufwand umsetzbar wären und dennoch eine große Wirkung entfalten könnten, zum Beispiel die Idee, die Dauer des obligatorischen vorbereitenden Praxisjahres zu reduzieren. Über alles Weitere können und sollten wir im Ausschuss beraten. - Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie in den letzten Wochen die Berichterstattung um die Situation der Erzieherinnen und Erzieher im Land verfolgt haben, wissen Sie, dass das Fazit nicht überraschend war. Wir haben zu wenig Fachkräfte und einen Mangel an Auszubildenden. Nun ist es ja verständlicherweise vielleicht auch die Art der Berichterstattung, die abschreckend auf junge potenzielle Auszubildende wirken mag. Ein Beitrag im Fernsehen fing etwa so an: Zwei der drei Lehrjahre sind unvergütet. Reich wird man damit also nicht. Dafür aber später im Job

häufiger krank; denn die Arbeitsbelastung ist enorm.

Ermutigend, wenn auch auf eine schräge Art, sind wohl Sätze wie diese aus dem sh:z:

„Träger nehmen, wen sie kriegen können.“

Denn bei dem Mangel, den wir haben, sind die Jobaussichten relativ sicher. Der Arbeitsagentur sind in Schleswig-Holstein momentan schon 589 freie Stellen für Erzieherinnen und Erzieher und 212 für SPA gemeldet. Von anderen Stellen hören wir, dass uns weit über 1.000 Fachkräfte fehlen. Ich kann trotzdem gut verstehen, dass die erwartbare Arbeitsbelastung junge Menschen davon abhält, sich frohen Mutes für diesen Weg zu entscheiden.

Nun wird sich mit der Kita-Reform, über die wir gleich noch diskutieren werden, einiges ändern. Aber die Kritik vorab war durchaus, dass die Attraktivität für den Beruf nicht unbedingt gesteigert wird. Da ist ein wichtiger Punkt natürlich die Ausbildung selbst. Deshalb finde ich es - allem vorangestellt - sehr gut, dass wir diesen Antrag vorliegen haben, der die erzieherische und sozialpädagogische Ausbildung anders aufstellen will.

Ich will das einmal Punkt für Punkt durchgehen und fange mit dem ersten Punkt an. Punkt eins wäre wirklich eine Systemveränderung für die SPA, aber keine, der wir uns grundsätzlich verschließen würden. Über Punkt zwei würden wir gern im Ausschuss weiter diskutieren - das haben alle Vorredner schon gesagt -, denn die Weiterbildung zum Erzieher und zur Erzieherin ist ein logischer Schritt für SPA und einer, den wir im Land brauchen und den es ja auch schon gibt. Aber inwieweit diese verkürzt stattfinden sollte, ob und welche Lerninhalte wegfallen können, würde ich nur ungern jetzt entscheiden.

Zu Punkt drei. Bei den 15 Schulen in Schleswig-Holstein mit Ausbildungen für Kita-Berufe kommen jetzt schon Klassen nicht zustande, weil es zu wenige Bewerberinnen und Bewerber gibt. Das Problem liegt also nicht darin, dass wir zu wenig Ausbildungsplätze haben.

Während wir Punkt fünf, sechs und sieben für entweder unkritisch oder unterstützenswert halten, sind wir bei Punkt vier anderer Auffassung; denn wir finden nicht, dass das Abitur derart sozial befähigt, dass ein dreimonatiges Praktikum ein Jahr berufliche Erfahrung ersetzen kann. Im Vergleich dazu wird von Menschen mit mittlerem Schulabschluss eine mindestens zweijährige Ausbildung im sozialen Bereich als Eingangsvoraussetzung gefor-

(Jette Waldinger-Thiering)

dert. Jede, die mal ein Praktikum für drei Monate absolviert hat, weiß doch, wie es ist. Diese Praktika vermitteln mal einen sehr guten, mal einen weniger guten Einblick in ein Berufsfeld. Aber sie sind zu kurz, um wirklich Erfahrung zu sammeln, gerade im sozialen Bereich. In drei Monaten lässt sich kein Entwicklungsprozess beim Kind miterleben.

Insgesamt bleibt die Frage der Ausbildungsfinanzierung vielleicht die drängendste. Das Schüler-BAföG ist am Einkommen der Eltern orientiert und - machen wir uns nichts vor - reicht allein nicht aus. Die Auszubildenden bleiben darauf angewiesen, nebenher arbeiten zu gehen. Sehr schwierig ist die Situation aber in den Praktikumszeiträumen, in denen Auszubildende zwar Vollzeit arbeiten und ein Nebenjob damit nicht durchführbar ist, sie aber nicht per se dafür bezahlt werden. Hier müssen dann oft die Eltern einspringen. Dass eine Erzieherausbildung ein Privileg für Bessersituierte ist, können wir uns einfach nicht leisten. Deshalb freue ich mich auf weitere Beratungen im Bildungsausschuss.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beratungen im Ausschuss sind vielleicht tatsächlich ganz hilfreich, zum Beispiel um die Frage zu betrachten: Warum muss man, wenn man das Abitur hat, bevor man eine Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher anfängt, ein Jahr in einem sozialen Beruf gearbeitet haben? Ich durfte nach dem Abitur Lehramt studieren, ohne vorher ein Jahr in einem sozialen Bereich ein Praktikum gemacht zu haben.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Schade!)

Man darf Arzt oder Krankenschwester werden, ohne ein Jahr nach dem Abitur ein Praktikum absolvieren zu müssen. Nur in diesem einen Bereich sagen wir: Bevor du überhaupt mit der Ausbildung startest, muss du ein Jahr lang irgendetwas anderes tun. Das ist zumindest anders als in anderen Bereichen.

Ein zweiter Punkt: Natürlich kann man die Träger an dem Fonds beteiligen. Das erhöht dann die Betriebskosten, und dann erhöht man die Betriebskostenzuschüsse. Dann können wir das Geld auch

gleich selber in den Fonds legen. Insofern sind wir gern dazu bereit.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Bei den anderen fällt das Geld auch nicht vom Himmel!)

Dass nun ausgerechnet der Zeitpunkt heute Ihr größter Kritikpunkt ist, Herr Knöfler, verwundert; denn wenn Sie eine Reform des Kita-Gesetzes beschließen, die unstrittigerweise die Bedarfe erhöht, dann ist das doch genau der Zeitpunkt, an dem man sich darüber unterhalten muss, wo man denn die Leute herkriegt.

(Beifall SPD)

Niemand hat geleugnet, dass es in einzelnen Teilbereichen schon gute Projekte gibt, dass es an verschiedenen Stellen im Land schon viele sinnvolle Versatzstücke gibt. Was wir gern wollen, ist eine Lösung aus einem Guss, die überall im Land anwählbar ist. Darüber wollen wir mit Ihnen ins Gespräch kommen, und diesbezüglich müssen wir gemeinsam schnell eine Lösung finden.

Wenn es darum geht, Lösungen aus einem Guss zu finden, so haben wir in Schleswig-Holstein natürlich das Problem, dass wir das Sozialministerium beteiligt haben, dass wir das Bildungsministerium beteiligt haben. Ich nehme an, auch Herr Buchholz wird beteiligt sein; denn er ist ja künftig der zuständige Minister für die Schulen, die für die Berufsausbildung zuständig sind. Und bei den ganz wichtigen Themen lässt es sich der Ministerpräsident sicherlich auch nicht nehmen mitzuwirken. Da frage ich mich: Ist meine Hoffnung, die ich in diese Gruppe setze, dann genauso groß wie bei einer KMK-Ad-hoc-Gruppe? Ich sage einfach mal: Ja, ungefähr genauso groß.

Wenn wir uns tatsächlich mit den Arbeitsbedingungen vor Ort beschäftigen, dann sollten wir die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen und ernsthaft über das sprechen, was passiert. Mit den neuen Vorbereitungszeiten, die Sie jetzt im Kita-Gesetz festschreiben, ändert sich an ganz vielen Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein erst einmal nichts, weil diese Zeiten da schon vorhanden sind, teilweise sogar mehr Zeiten zur Verfügung stehen. Wir reden gerade mit den Gemeinden darüber, dass sie diese Mehrzeiten dann nicht einsparen, sondern weiterhin zur Verfügung stellen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten von Kalben?

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin, das tue ich.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Habersaat, Sie haben vorhin gesagt, es sei unstrittig, dass der Fachkräftebedarf durch die Reform steigen werde. Das sehen wir auch so. Wir haben bestimmte Rahmenbedingungen gesetzt, die zwar nicht in allen Kitas zu Qualitätsverbesserungen führen werden, aber in einigen. Insofern wird es dafür mehr Personal brauchen.

Sie sagen allerdings, dies führe nicht zu einer entsprechenden Entlastung. Das ist meiner Meinung nach unlogisch. Die Änderung wird nicht überall zu Entlastungen führen; aber der bessere Fachkraft-Kind-Schlüssel - dazu gehört die Vorbereitungszeit - ist eine Verbesserung für die Einrichtungen.

- Frau Kollegin von Kalben, ich habe meinen Vortrag nicht wissenschaftlich vorbereitet. Ich versuche, es optisch darzustellen: Die Änderung des Fachkraft-Kind-Schlüssels hat ungefähr so einen Einfluss auf den Fachkräftebedarf,

(Der Redner hält die Hände weit auseinander)

und die Änderung der Vorbereitungszeiten hat maximal so einen Bedarf.

(Der Redner hält die Hände nah beieinander - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist fürs Protokoll etwas schwierig! - Zuruf FDP: Haben Sie noch ein Schaubild?)

- Wir können das gerne das nächste Mal aufarbeiten.

Wir stellen fest, dass wir beim Kita-Gesetz zu Recht auch die Interessen der Eltern in einigen Bereichen in den Mittelpunkt stellen werden, zum Beispiel wenn es um die Schließzeiten geht. Die orientieren sich daran, dass die Kinder in den Sommerferien betreut werden, nicht daran, dass es den Erzieherinnen und Erziehern besonders gut geht; das bringt möglicherweise keine Verbesserung der Arbeitssituation mit sich. Das müssen wir ehrlich miteinander betrachten. Wir können das gemeinsam tun. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich fange mit einem Satz zu Ihrer Rede an, Herr Habersaat. Sie haben gesagt, wie sich das Verhältnis darstellt. Es gibt ziemlich genaue Aufstellungen darüber, wieviel die Verbesserung der Qualität kostet. Wir bitten darum, dass es aufbereitet wird. Sie werden daran erkennen, dass die Erhöhung der Verfügungszeiten mehrere Millionen € kostet; Sie erkennen daran, dass das im Verhältnis nicht so wenig ist.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Habersaat?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Martin Habersaat [SPD]: Ich habe eine kurze Zwischenbemerkung. Ich habe noch nicht alle Kitas in meinem Wahlkreis Südstormarn besucht, konnte aber in meinem Wahlkreis noch nicht vor Ort feststellen, dass es eine Kita gibt, in der die Verfügungszeiten unter denen, die Sie jetzt im Gesetz festschreiben, liegen.

- Erstens legen wir Mittelstandards fest. Zweitens ist es schön, dass die Qualität in Südstormarn hoch ist. Drittens beruhen die Verfügungszeiten auf der Erhebung der LAG der Wohlfahrtsverbände, die uns zugeleitet wurde. Da haben wir noch eine halbe Stunde draufgelegt. Wir haben also messen lassen, wie hoch der Durchschnitt ist. Abhängig davon haben wir noch Geld draufgelegt. Es stimmt, dass es trotzdem Kitas gibt, bei denen dies keine positiven Auswirkungen haben wird. Das müssen wir bei der Evaluation beachten. Zum Glück ist der Kreis Südstormarn reich. Vielleicht kann er es mit unterstützen, dass wir an dieser Stelle zu einer weiteren Verbesserung kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf den Antrag zu sprechen kommen, weil wir über die Kita-Reform gleich noch reden werden. Ich bin für den vorliegenden Antrag, den Sie gestellt haben, sehr dankbar. Tatsächlich bedarf es - das habe ich während der Reform immer gesagt -, nicht nur dreier Säulen, sondern noch einer vierten, nämlich eines Fachkraft-Kind-Schlüssels. Wir müssen uns an diese Aufgabe machen. Wir haben dazu im letzten Jahr intensiv gearbeitet und Fachgespräche geführt.

(Eka von Kalben)

Ich bin wirklich dankbar dafür, dass wir an dieser Stelle gemeinsam im Ausschuss weiterkommen.

Ich möchte nur nicht, dass wir die Hoffnung zu hoch hängen. Wir haben viel darüber nachgedacht, wie man das Problem löst. Ines Strehlau hatte es als „Quadratur des Kreises“ bezeichnet. Wir wollen eine hohe Qualität. Die kostet aber auch Zeit für Ausbildung. Wir wissen, dass es die jungen Leute sehr abschreckt, wenn die Ausbildung zum Erzieher fünf Jahre dauert. Eine Verkürzung der Ausbildungszeit bei gleichzeitig hoher Qualität ist nicht ganz einfach.

Wir können die Ausbildungsplätze nicht unendlich erhöhen, solange wir die Lehrkräfte dafür noch nicht ausbilden. Ich habe mit verschiedenen Berufsschulen gesprochen. Diese würden gern mehr ausbilden, haben aber keine Lehrkräfte. Dann habe ich gesagt: Bildet sie doch aus! Da wiederum stellte ich fest, dass es einen Mangel an Studierenden an der Europa-Universität Flensburg gibt.

Der Beruf des Erziehers steht in Konkurrenz zu vielen Berufen. Alle jungen Leute werden künftig gebraucht. Die Ausbildung zum Erzieher steht in Konkurrenz zur Ausbildung zur Pflegefachkraft und vielen anderen Ausbildungsberufen.

Ich fand in dieser Debatte einen Punkt, den Jette Waldinger-Thiering gebracht hat, sehr wichtig: Wir müssen uns wirklich anstrengen, um ein positives Bild des Berufs der Erzieherin zu schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, vereinzelt FDP und SSW)

Wir müssen dafür werben. Denn wir könnten auch dafür sorgen, dass wir noch mehr junge Leute abschrecken, diesen Beruf zu ergreifen. Ich freue mich auf die Debatte zur Kita-Reform. Ich glaube tatsächlich, dass bessere Arbeitsbedingungen und das Gefühl, dass man einen wertvollen Beitrag für die frühkindliche Bildung leistet, ganz wichtige Aspekte sind, um den Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen. Insofern freue ich mich auf die Beratung im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich freue mich zunächst einmal darüber, dass wir diese Debatte führen und uns im Haus einig sind, dass die frühkindliche Bildung und Erziehung eine der ganz großen Herausforderungen unserer Gesellschaft und auch unseres Bildungswesens ist. Wenn wir über Bildungsgerechtigkeit sprechen, dann müssen wir heute in allererster Linie über unsere Kitas sprechen. Dort wird der Grundstein gelegt für Bildungsgerechtigkeit, für ein erfolgreiches lebenslanges Lernen und für unsere innovative Wissensgesellschaft.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Natürlich ist es dann von großer Bedeutung, dass wir den Fachkräften, die in unseren Kitas arbeiten, die entsprechende Wertschätzung entgegenbringen. Da, liebe Frau Waldinger-Thiering, haben wir tatsächlich Luft nach oben. Wenn wir uns darüber einig sind, sind wir uns auch darüber einig sein, dass wir mehr tun müssen, um gute Fachkräfte für die Kitas zu gewinnen, sie gut auszubilden und im Beruf zu halten.

Zu den einfachen Lösungen, wie sie zum Teil diskutiert werden - Frau Midyatli, ich bin mir mit Ihnen da völlig einig -: Eine Herabsenkung des Niveaus der Erzieherinnenausbildung wäre der falsche Weg, wenn man der Überzeugung ist, dass die Kitas eine große Rolle für die Bildung in unserem Land spielen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bin sehr froh, dass da Einigkeit besteht, auch mit den Gewerkschaften. Ich kann Ihnen dazu noch eins sagen: Dass dieser Tagesordnungspunkt von der KMK abgesetzt wurde, ist nicht nur den Gewerkschaften zu verdanken. Ich kann sagen: Wir Schleswig-Holsteiner haben auch dazu beigetragen. Mit mir ist eine solche Herabsenkung definitiv nicht zu machen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich werbe sehr dafür, dass wir uns mit den Gesamtrahmenbedingungen beschäftigen. Lieber Herr Habersaat, der richtige Zeitpunkt, um sich mit diesen Themen zu beschäftigen, war der Tag der Regierungsübernahme. Seit diesem Zeitpunkt beschäftigen wir uns damit. Ich bin sehr froh, dass wir die Rahmenbedingungen in vielen Bereichen deutlich

(Ministerin Karin Prien)

haben verbessern können. Wir haben die Anzahl der Planstellen und die Anzahl der Klassenzahlen, in denen wir Erzieherinnen und Erzieher in Deutschland ausbilden, seit 2017 deutlich erhöht. Das war dringend erforderlich. Die Zahlen sind hier dargestellt worden: 50 weitere Planstellen, 15 weitere Klassenzüge und eine Erhöhung der Zahl der Auszubildenden von 3.551 auf 3.812. Wir machen da weiter, meine Damen und Herren.

Insofern besteht durchaus Übereinstimmung mit den Ansätzen in Ihrem Antrag. Einiges von dem, was Sie fordern, haben wir bereits abgearbeitet. Selbstverständlich ist es heute schon möglich, die sozialpädagogische Assistentenausbildung als berufsbegleitende Ausbildung zu absolvieren. Diese berufsbegleitende Ausbildung wird vergütet.

Wir haben eine Verordnung auf den Weg gebracht, damit die sozialpädagogische Assistentenausbildung unter bestimmten Bedingungen im Rahmen der Weiterqualifizierung verkürzt durchgeführt werden kann.

Die Praxisintegrierte Ausbildung wird an fünf Standorten im Land angeboten. Sieben weitere Standorte planen derzeit die Umsetzung. Da ist also richtig Bewegung in die Sache gekommen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben dafür die Rechtsgrundlagen geschaffen. Wir haben eine Handreichung dazu auf den Weg gebracht, sodass allen Beteiligten die Rahmenbedingungen klar sind. Ich glaube, dass wir auch hier auf einem guten Weg sind.

Wir bilden mehr Lehrkräfte in der Fachrichtung Sozialpädagogik aus. Wir gewinnen in diesem Bereich vor allem durch den Quereinstieg Lehrkräfte. Es ist nicht trivial, Lehrkräfte für dieses Thema zu gewinnen. Die Ausbildungskapazitäten an unserem Landesseminar sind gut ausgelastet. Wir beobachten sehr genau, wie die Bedarfe sind und steuern unmittelbar nach, wenn wir das Gefühl haben, dass wir dort mehr Kapazität brauchen.

Wir werden aber auch noch andere Wege gehen müssen. Frau Klahn hat es erwähnt: Wir haben gemeinsam mit der BA die Maßnahme für den Seiteneinstieg auf den Weg gebracht. Über 100 Frauen und Männer unterschiedlichen Alters steigen dort jetzt in den Erzieherberuf ein. Auch das ist aus meiner Sicht eine wichtige Maßnahme. Wir sind uns insoweit einig.

Ich rate davon ab, jetzt an den Zugangsvoraussetzungen für Abiturienten nur in Schleswig-Holstein

herumzuschrauben. Wir beraten das gerade auf Bundesebene. Wir müssen da wirklich aufpassen, dass wir keine Alleingänge machen. Die Brandenburger und Mecklenburger haben das mit eigenen verkürzten Ausbildungsgängen versucht. Sie haben sie wieder eingestampft, weil sie bundesweit nicht anerkannt werden.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Das hat wenig Sinn. Deswegen sollten wir die bundesweiten Beratungen und unsere Beratungen zu synchronisieren versuchen, damit wir keine Alleingänge machen, die letztlich zu weniger Akzeptanz des Ausbildungsberufes beziehungsweise der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung führen. Wir sind auf Bundesebene weiter unterwegs, die Förderung im Rahmen des Aufstiegs-BAföGs zu erhöhen, damit wir dort die Rahmenbedingungen für die Schülerinnen und Schüler optimieren.

Trotzdem werden wir, wenn wir das Problem vernünftig lösen wollen, die Frage klären müssen: Wie halten wir die Frauen und Männer, die sich für diesen Beruf entscheiden, im Beruf? Dazu gehören die Frage des Sozialprestiges und der gesellschaftlichen Anerkennung genauso wie die Frage der Arbeitsbedingungen. Ich freue mich, wenn wir an diesen Themen alle gemeinsam arbeiten und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/1856, dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und zur finanziellen Entlastung von Familien und Kommunen (KiTa-Reform-Gesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/1699

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 19/1847

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1890

Ich erteile dem Berichterstatter des Sozialausschusses, dem Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat durch Plenarbeschluss vom 27. September 2019 den Gesetzentwurf dem Sozialausschuss zur Beratung überwiesen. Wir haben in vier Sitzungen darüber beraten und sowohl eine schriftliche als auch eine zweitägige mündliche Anhörung durchgeführt.

Im Verfahren der Ausschussberatung wurden zu dem Gesetzentwurf von den Fraktionen und dem SSW insgesamt fünf Änderungsanträge vorgelegt. Die drei von den Regierungsfractionen vorgelegten Änderungsanträge wurden angenommen. Aus dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und aus dem der Abgeordneten des SSW wurde jeweils ein Änderungsvorschlag mehrheitlich angenommen. Im Übrigen wurden diese beiden Vorlagen vom Ausschuss mehrheitlich abgelehnt. Der Ausschuss schloss seine Beratung am 28. November 2019 ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und des Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der SPD empfiehlt der Sozialausschuss dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes in der geänderten Fassung der rechten Spalte der Gegenüberstellung in der Beschlussempfehlung. Änderungen gegenüber dem Ursprungsgesetzentwurf sind dort durch Fettdruck kenntlich gemacht.

Meine Damen und Herren, wir haben dieses Thema mehr als zwei Jahre lang parlamentarisch begleitet. Wir haben mit der Bestandsaufnahme im Herbst 2017 begonnen. Dies war ein ungewöhnlich intensiver Dialog.

(Birte Pauls [SPD]: Was ist das denn? Das ist aber kein Bericht!)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, für diese Form der Zusammenarbeit dem Sozialministerium, dem Herrn Minister und dem Staatssekretär, Frau Schulze-Grotkopp und den Kita-Referaten sehr herzlich zu danken!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Unmittelbar nach der Kabinettsbefassung Mitte September 2019 haben wir alle Unterlagen bekommen. Das hatten wir so vereinbart, und es hat dem

Diskussionsprozess gutgetan. Es gab ein Höchstmaß an Transparenz. Ich möchte auch den Eltern und Elternvertretern Dank sagen, den Beteiligten und den Verbänden. Wir haben eine Anhörung über zweimal sieben Stunden durchgeführt. Sie dürfen sicher sein, dass das, was wir gehört haben, bei uns beraten worden ist. - Vielen Dank für ihr Engagement!

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte auch ein Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ausschussbüros sagen. Es war viel Arbeit dabei, dies immer hinzukriegen.

Ich möchte auch meinen Kolleginnen und Kollegen recht herzlich danken. Wenn man auch selbstverständlich in bestimmten Fragen unterschiedlicher Meinung ist, waren unsere Beratungen doch stets von Sachlichkeit und Fairness gekennzeichnet. Dies ist eine gute Ausgangslage für die weitere Arbeit. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Wolfgang Baasch [SPD] und Özlem Ünsal [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind heute in der zweiten Lesung des neuen Kita-Gesetzes. Nach mehr als zweieinhalb Jahren intensiver Vorbereitung, etlichen Arbeitskreissitzungen und einer mehrtägig angelegten Anhörung kommen wir heute zum vorläufigen Abschluss. Von großer Bedeutung und uns ein wichtiges Anliegen war, ein neues Kita-Gesetz nicht vom grünen Tisch aus zu entwickeln, sondern im engen und konstruktiven Austausch mit den Beteiligten und Betroffenen. Dass wir unseren selbst eng gesteckten Zeitplan einhalten konnten, verdanken wir der überaus engagierten Zusammenarbeit aller Beteiligten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grund möchte ich mich ganz besonders bei unserem Familienminister Dr. Heiner Garg, seinem Staatssekretär Dr. Matthias Badenhop sowie der Finanzministerin Monika Heinold und allen

(Anita Klahn)

hinter ihnen wirkenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Einen ganz besonderen Dank möchte ich aber auch an die ehrenamtlichen Mitglieder der Landeselternvertretung der Kindertagesstätten, stellvertretend hier Yvonne Leidner und Axel Brieger sagen, an die Vertreter der Kindertagespflege und der Kita-Träger. Insbesondere Herrn Markus Potten möchte ich hier als einen ganz besonderen Experten und einen meiner verlässlichen Gesprächspartner hervorheben.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Mit den kommunalen Verbänden, das gebe ich zu, waren die Gespräche nicht ganz so einfach.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach! - Heiterkeit)

Wir werden aber sicherlich während der Evaluierungsphase weiterhin eng mit ihnen im Gespräch sein und so manche Baustelle noch klären können. Ihnen allen - ich glaube, dass darf ich auch im Namen meiner Kollegen sagen - sage ich ein ganz herzliches Danke für den konstruktiven Austausch, für kritische Anmerkungen und letztendlich jetzt für unser gemeinsames Werk. Sie haben hervorragende Lobbyarbeit für die jeweils von ihnen vertretene Gruppe geleistet. Trotzdem sind sie alle zu Kompromissen bereit gewesen. Davon hängt der Erfolg und die Akzeptanz des neuen Kita-Gesetzes maßgeblich ab. Danke schön!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einmal auf die Ausgangslage zurückblicken. Das derzeitige Kita-System ist wohl das unübersichtlichste Verwaltungskonstrukt, was man sich vorstellen kann.

(Zuruf SPD: Nein!)

Es ist aber, muss man ehrlicherweise sagen, historisch gewachsen. Sieben Fördererlasse, 13 Regelungsbereiche und 32 Kriterien der Zuweisung beschreiben die Verteilung der bestehenden Finanzmittel. 2017 wurden so 230 Millionen € verteilt - welch ein Aufwand.

Auch bei den Elternbeiträgen ist Schleswig-Holstein trauriger Spitzenreiter, und das trotz des Krippenhundertens der Vorgängerregierung. Elternbeiträge von über 700 € pro Kind sind leider keine Seltenheit. Dazu kommt, dass die Elternbeiträge im Land völlig unterschiedlich aufgestellt sind, vom Hamburger Rand bis hin zu den Krippen und Kitas in Dithmarschen, Kiel und Flensburg.

In keinem dieser Orte sind die Elternbeiträge auch nur ansatzweise vergleichbar, genauso wenig wie die qualitativen Eigenschaften der Einrichtungen wie beispielsweise Fachkraft-Kind-Schlüssel, Verfügungszeiten, Leitungsfreistellung, Betreuungs- oder Schließzeiten. Kurz gesagt: Eine Reform des Systems war mehr als überfällig.

(Beifall FDP, CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, mit Jamaika haben wir uns von Beginn der Legislaturperiode an den Problemen gestellt. Unter dem von uns entwickelten Dreiklang aus einer Entlastung der Eltern, einer Entlastung der Kommunen sowie qualitativen Verbesserungen innerhalb unserer Kitas haben wir eine Reform initiiert, welche heute ihren Abschluss finden wird. Diesen Dreiklang haben wir mit Leben gefüllt und das trotz der zum Teil harschen Kritik seitens der Opposition.

Mit Erlaubnis der Präsidentin würde ich gern aus dem Plenarprotokoll vom 27. September 2019 zitieren. Frau Abgeordnete Midyatli hatte der Jamaika-Koalition damals in ihrer Rede zur ersten Plenarberatung mit der Kita-Reform mehrerer gebrochener Versprechen bezichtigt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das mache ich auch wieder!)

Unter anderem hieß es - ich zitiere -:

„Den Trägern haben Sie Qualitätsverbesserungen versprochen. ... Bekommen tun diese aber nur noch Mindeststandards, die in über 70 % aller Kitas Schleswig-Holsteins bereits Realität sind und gar keinen Fortschritt darstellen.“

Tatsache ist aber: Das zukünftige KiTa-Reform-Gesetz wird erstmals überhaupt Basisstandards gesetzlich normieren. Damit sind sie für jeden verlässlich.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe SPD)

Das gab es bislang eben nicht. Wir erhöhen den Fachkraft-Kind-Schlüssel von 1,5 auf 2,0. Wir vereinheitlichen die Gruppengrößen auf 20 Kinder, in Ausnahmefällen 22 Kinder. Bisher hatten wir deutlich höhere Zahlen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wo das denn? - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wo denn?)

Wir schreiben erstmals einheitliche Verfügungszeiten fest: Als eines der Ergebnisse aus der Anhörung

(Anita Klahn)

erhöhen wir die Zeit der Verfügungszeiten von fünf Stunden auf 7,8 Stunden pro Woche und Gruppe.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem haben wir eine bedarfsgerechte Lösung bei der Frage der Leitungsfreistellung erarbeitet, nach der bis zu 1,5 Kräfte in Abhängigkeit zur Zahl der bestehenden Gruppen in den Einrichtungen freigestellt werden - auch das ist ein Ergebnis der Anhörung. Wir haben erstmalig Schließzeiten gesetzlich normiert, beruhend auf einen tragfähigen Kompromiss aller Beteiligten: Weihnachten und Silvester sind jetzt inkludiert. Das war den Eltern besonders wichtig, um Berufs- und Familienalltag zu organisieren, aber auch für die Angestellten in den Kitas bildet es eine Perspektive, privat und im Berufsalltag künftig anders planen zu können, etwa den Jahresurlaub mit einem Partner, der auf Schulzeiten keine Rücksicht nehmen kann. Wir haben dafür viel Lob und Anerkennung bekommen.

Meine Damen und Herren, mit der Kita-Datenbank wird es zukünftig einfacher und transparenter sein, einen Platz zu finden. Das Wunsch- und Wahlrecht rief große Sorge bei den Bürgermeistern hervor - inzwischen ist es ein akzeptiertes Instrument, und vor allem wird es die Bedarfsplanung in Zukunft unterstützen, denn es wird unbestechlich sein und ehrliche Zahlen liefern.

Ein weiteres Versprechen halten wir, um die wichtige Elternarbeit bei der weiteren Qualitätsentwicklung zu ermöglichen. Wir unterstützen die Landeselternvertretung mit einer Geschäftsstelle, auch wenn wir uns in Detailfragen sicherlich nicht immer einig sind.

Das Standardqualitätskostenmodell hält ebenso Mittel für den weiteren Ausbau unserer Kita-Landschaft bereit. Davon profitieren nicht 30 %, sondern 100 % aller Einrichtungen im Land.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wichtigste an den Basisstandards ist Folgendes: Niemand wird gezwungen, an Mindeststandards festzuhalten, sondern man kann natürlich individuelle Verbesserungen vornehmen. Nur kann man die Basisstandards nicht unterschreiten. Das gab es bisher nicht.

(Beifall FDP, CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit den zusätzlichen Landes- und Bundesgeldern, die wir ins Kita-System stecken, werden Kita-Trä-

ger beispielsweise in die Lage versetzt, ihre Ausstattung zu verbessern, eine bessere Vergütung ihrer Angestellten oder auch einen höheren Personalschlüssel zu realisieren.

(Wortmeldung Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung?

Anita Klahn [FDP]:

Nein, ich möchte das in Gänze zu Ende bringen.

(Unruhe SPD)

Man schafft auf diese Art und Weise Arbeitszufriedenheit. So bindet man Arbeitnehmer und holt vielleicht sogar abgewanderte Fachkräfte zurück in die Kinderbetreuung. Gleichzeitig haben wir im Gesetz Übergangsvorschriften und damit zeitlich begrenzte Ausnahmeregelungen für jene Einrichtungen geschaffen, die die Standards ab dem 1. August 2020 nicht sofort einhalten können.

Wir haben immer dargestellt, dass die Reform nicht abschließend ist. Das darf sie auch gar nicht sein, weil das Stillstand bedeuten würde.

(Beifall FDP)

Auch wir mussten Kompromisse eingehen, vor allem aus Verantwortung angesichts der Haushaltslage. Ein Mehr kann man immer fordern - das gilt vor allem für die Opposition -, aber ein solches Mehr muss bezahlbar sein.

(Zuruf SPD)

Für die 19. Legislaturperiode haben wir alles aus dem Haushalt herausgeholt, was möglich war.

Ein Versprechen, welches Jamaika laut der SPD gebrochen haben soll, lautet - ich zitiere wieder Frau Abgeordnete Midyatli -:

„Sie haben allen Eltern eine Entlastung ... versprochen.“

(Birte Pauls [SPD]: Ja, natürlich haben Sie das!)

Genau dieses Versprechen werden wir mit den Trägerkommunen auch einhalten.

(Lachen SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das glauben Sie ja selber nicht!)

Eltern, die heute mehr als den künftigen Deckelbeitrag entrichten müssen, werden direkt vom Deckel profitieren. Eltern, die heute weniger als den künfti-

(Anita Klahn)

gen Deckelbeitrag entrichten, müssen durch die Reform keineswegs mehr bezahlen. Tatsache ist, dass die Landesregierung bis 2022 1 Milliarde € in das System stecken wird.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe SPD)

Dieses Geld wird teilweise Qualitätsstandards kompensieren. Ein weiterer Teil wird in die Elternlastung fließen. Wichtig ist uns, dass wir nicht eine Interessengruppe gegen die andere ausspielen: sinkende Elternbeiträge gegen steigende Qualität, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gegen kommunale Entlastung oder Trägerinteressen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Habersaat?

Anita Klahn [FDP]:

Nein, das werde ich nicht tun. Die würde nicht helfen.

(Unruhe SPD)

Erstmals wird die Tagespflege mitgedacht. Erstmals werden Mindestvergütungssätze festgelegt. Die Kooperation zwischen verschiedenen Tagespflegepersonen wird gestärkt, und auch hier wird der Elternbeitragsdeckel gelten.

Meine Damen und Herren, natürlich wird auch für uns langfristig das Ziel die Herabsetzung des Elternbeitrags auf Null bleiben, aber das wird erst dann möglich sein, wenn das Land es finanziell stemmen kann. Das sollte, wie Familienminister Dr. Garg formuliert, ein Ziel der nächsten Legislaturperiode sein. Uns ist wichtig, dass wir zu diesem Zweck keine neuen Schulden machen müssen. Wir wollen nicht, dass die Beitragsfreiheit Qualitätseinbußen zur Folge hat.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dort, wo wir als Land nun verstärkt vorangehen, wird uns der Bund zukünftig unterstützen müssen. Allen Mühen zum Trotz wird das Land es nicht allein finanzieren können. Mit dem von Bundesfamilienministerin Giffey initiierten Gute-KiTa-Gesetz bewegt sich der Bund in die richtige Richtung.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Anita Klahn [FDP]:

Ja, ich bemühe mich. Vielen Dank.

(Zuruf SPD: Ich bemühe mich!)

Ein Bundesgesetz sollte den Anspruch haben, nicht nur nett zu klingen, sondern über die laufende Legislaturperiode verlässlich zu unterstützen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete!

Anita Klahn [FDP]:

Mein letzter Satz ist: Mit uns wird es zukünftig keine steigenden Elternbeiträge mehr geben. Dieses haben wir den Eltern versprochen.

(Birte Pauls [SPD]: Entlastung!)

Dieses setzen wir um. Das KiTa-Reform-Gesetz schafft die Voraussetzungen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

(Anhaltender Beifall FDP)

Serpil Midyatli [SPD]:

Jetzt starte ich einmal mit Applaus.

(Beifall SPD)

Vielen herzlichen Dank. - Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst einmal feststellen, dass diese Kita-Reform nötig war. Da sind wir uns tatsächlich alle einig. Es wurden lange Zeit ein undurchsichtiges, intransparentes Finanzsystem aufgebaut und immer neue Aufgaben - da haben Sie absolut recht, Frau Klahn -, immer neue Inhalte an das System ange dockt. Gestartet sind Sie, liebe Landesregierung, dabei mit drei großen Versprechen: erstens landesweit die Qualität zu steigern und zu verbessern, zweitens die Eltern von den hohen Kita-Beiträgen zu entlasten

(Birte Pauls [SPD]: Alle!)

und drittens gleichzeitig die Kommunen zu entlasten.

Ich freue mich sehr, dass dieser Dreiklang bereits in der Küstenkoalition die Grundlage dafür gelegt hat. Ich möchte mich herzlich bei allen Beteiligten be-

(Serpil Midyatli)

danken, die sich intensiv an diesem Dialog beteiligt haben. Mein Dank geht selbstverständlich an das Sozialministerium und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die große Aufgabe hatten, das größte Reformprojekt der Landesregierung umzusetzen und die drei Versprechen einzuhalten. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Landesverbände, den Kita-Trägern und allen, die an diesem Prozess beteiligt waren. Das war eine große Anstrengung.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ganz besonderer Dank und meine Bewunderung geht an die Landeselternvertretung, die das Ganze komplett ehrenamtlich auf die Beine gestellt hat. Vielen herzlichen Dank dafür!

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Rede ist sehr lang, deswegen rede ich so schnell, sorry. - Kommen wir nun zu den einzelnen inhaltlichen Punkten. Grundsätzlich finden wir als SPD-Fraktion - jetzt kommt Lob, aufpassen, Koalition! - das Standardqualitätskostenmodell eine gute Form der Kostenermittlung.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Unruhe)

Dieses erleichtert in Zukunft die Arbeit.

Die umfangreiche mündliche Anhörung hat jedoch viele Schwächen des Gesetzes aufgezeigt. Ausdrücklich loben will ich Sie dafür, dass sie mit den Veränderungen zu den Natur- und Wald-Kitas Klarheit geschaffen haben. Vielen Dank dafür, Koalition.

(Beifall CDU, FDP und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn die Sorgen waren aus unserer Sicht begründet.

Ich erkenne auch die Bemühungen der Koalitionäre an, mit den Veränderungen bei den Qualitätsstandards im Bereich der Verfügungszeiten und Leitungsfreistellungen nachbessern zu wollen. Bemühungen reichen allerdings nicht aus.

(Beifall SPD)

Denn Sie bleiben hinter ihren vollmundigen Ankündigungen zurück. Sie haben Verbesserungen versprochen. Mindeststandards sind keine Verbesserung, Frau Klahn.

(Beifall SPD - Zurufe CDU und FDP - Wortmeldung Anita Klahn [FDP])

- Ich ziehe die Klahn-Karte und lasse keine Zwischenfragen zu. Überall, wo ich hinkomme, sind Erzieherinnen und Erzieher enttäuscht; überall im Land, wo ich hinkomme, wird dies vorgetragen. Daher wundert es mich nicht, dass die GEW binnen drei Wochen 6.000 Unterschriften gegen das Kita-Gesetz gesammelt hat.

(Beifall SPD)

Bereits jetzt haben wir einen hohen Bedarf an qualifiziertem Personal und bei der Sicherung der Fachkräfte.

(Anita Klahn [FDP]: Das war doch auf einer alten Basis! - Glocke Präsidentin)

- Alles gut. - Frau Kollegin Klahn, der Unmut wird weiterwachsen, wenn die Erzieherinnen ab August feststellen, dass die Reform an ihrer Arbeitssituation nichts ändert.

(Beifall SPD - Lachen Werner Kalinka [CDU] - Werner Kalinka [CDU]: Das ist ja nicht zu fassen!)

Auch die Eltern befürchten, dass die Qualitätsstandards abgesenkt werden, weil die Kommunen für die höheren Standards von Ihnen nicht entlastet werden.

(Zurufe CDU und FDP)

Unsere Änderungsvorschläge haben Sie leider abgelehnt.

(Zurufe CDU und FDP)

Die gleiche Situation finden wir bei den Kreisen und Gemeinden.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren!

Serpil Midyatli [SPD]:

Ich komme damit klar.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich aber nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, wir reden hier über ein Thema -

Serpil Midyatli [SPD]:

Zeit stoppen!

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

ja -, bei dem in den Kindertagesstätten gilt: Wenn du redest, höre ich zu. So machen wir das hier jetzt auch. Die Rednerin hat das Wort, und wir hören zu.

(Werner Kalinka [CDU]: Wir können doch unsere Meinung dazu sagen! - Unruhe)

Serpil Midyatli [SPD]:

Nehmt Herrn Vogt die Schaufel weg!

(Anhaltende Unruhe)

- Es ist doch in der Kita so, dass die einen den anderen die Schaufel wegnehmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bereits jetzt gibt es in etlichen Kreisen und Gemeinden Resolutionen gegen Ihre Reform, denn die versprochene Entlastung tritt nicht ein. Im Gegenteil, die Landesregierung reicht den Schwarzen Peter einfach an die Kommunen weiter. Das ist übrigens ein Zitat, das ich von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern mehrfach gehört habe.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist doch nicht zu fassen!)

Noch deutlicher und viel schärfer wurde das auf den zahlreichen Veranstaltungen des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages diskutiert. Lieber Herr Kalinka, Sie waren doch dabei! Kommunen erwarten Finanzlöcher. Da reicht es nicht aus zu sagen, es handele sich um eine kommunale Aufgabe. Wir alle wissen - das hat vorhin auch die Bildungsministerin gesagt -: Die Kita ist die erste Bildungseinrichtung, und wir müssen hier alle gemeinsam anpacken. Dieses Versprechen hat die Landesregierung gebrochen, und daran werden wir Sie weiter messen.

(Beifall SPD)

Wir haben im Haushalt Gelder für weitere Investitionen beantragt, denn uns fehlen im ganzen Land Kita- und Krippenplätze. Solange wir nicht ausreichend Kita- und Krippenplätze haben, muss es weiter einen Investitionsfonds geben. Darauf warten die Kommunen.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Serpil Midyatli [SPD]:

Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

(Zurufe)

- Anita Klahn, „feige“ hat Tietze gesagt.

Kommen wir zum letzten Versprechen, die Eltern zu entlasten. Hier kann man nur sagen: Fehlanzeige. Es gibt dabei regional große Unterschiede. In einigen Regionen werden die Eltern entlastet - das ist wahr, zum Teil sogar richtig gut -, in anderen Regionen allerdings gar nicht. Durch den Wegfall des Kita-Geldes kommt es sogar zu einer Mehrbelastung, insbesondere in den Städten.

(Beifall SPD)

Wir bleiben dabei: Kita ist Bildung, und Bildung gehört beitragsfrei.

(Beifall SPD - Tobias von der Heide [CDU]: Steigen die Beiträge in Kiel?)

Das große sozialdemokratische Versprechen ist heute noch genauso aktuell wie vor hundert Jahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es stimmt, und es ist gut, dass die Landesmittel weiter erhöht wurden.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Ich erinnere daran, dass dieser Haushaltsposten auch in unserer Legislaturperiode am meisten gestiegen ist.

Grundsätzlich sind wir uns einig, dass wir bei der frühkindlichen Bildung gemeinsam vorankommen müssen.

(Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hier noch einmal ganz deutlich sagen, dass ich großen Respekt vor der Aufgabe habe, die Sie gemeinsam mit Ihrem Staatssekretär gehabt haben, Heiner Garg. Sie haben sich tatsächlich tief in die Thematik eingearbeitet und auch Selbstkritik geübt, und Sie haben es geschafft, die Ordnung der Finanzströme hinzubekommen.

Letztendlich ist das aber nicht nur Ihre Reform, sondern es ist die Reform der Jamaika-Regierung. Sie haben vielleicht festgestellt, dass von Herrn Kalinka und Frau Klahn an alle Dank ausgesprochen wurde, nur einer in diesem Haus keinen Dank erhalten hat, und das ist der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein. Er hat sich vornehm zurückgehalten, weil allen Beteiligten und auch den Fachsprecherinnen und Fachsprechern im Laufe des Prozesses deutlich wurde, dass das Versprechen, das er gegeben hat - Sie sind wirklich großartig gestartet, Heiner Garg hat das wirklich sehr gut vorbereitet -,

(Serpil Midyatli)

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

mehr Geld erfordert. Wenn Sie nachgesteuert hätten, wenn der Ministerpräsident wirklich gewollt hätte, dass es die größte Reform dieser Landesregierung ist, dann hätten Sie Geld hineinbuttern müssen. Dann hätte Heiner Garg tatsächlich die beste Reform in der Republik auf die Beine gestellt, aber das haben Sie versäumt.

(Beifall SPD - Widerspruch CDU und FDP)

Sie werden feststellen - -

(Tobias von der Heide [CDU]: Wie viel Geld denn? - Weitere Zurufe)

Allen Beteiligten ist klar, dass Geld in diesem System fehlt, um Ihre drei Versprechen einzuhalten.

(Zurufe CDU und FDP: Wie viel?)

Wenn man ehrlich gewesen wäre und den Minister nicht im Regen hätte stehen lassen, hätte man gesagt: Wir müssen mehr Geld ins System geben. Herr Minister Garg, ich bin an Ihrer Seite, und Sie wissen, dass ich auch weiter mit Ihnen in Berlin dafür kämpfen werde, dass es in diesen Bereichen vorgeht. Franziska Giffey hat ja losgelegt. Sie haben mich an Ihrer Seite. Auf der Bundesebene können Sie sich zumindest auf mich verlassen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD - Zurufe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich möchte mich dem Dank meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschließen; dann spare ich Redezeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich schließe dabei übrigens die ganze Regierung ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben im September eine ausführliche Debatte gehabt und danach unzählige Gespräche geführt. Ich möchte insbesondere denjenigen danken, die sich die Zeit genommen haben, sich mit uns auszutauschen, in Veranstaltungen,

in Einzelgesprächen - bis gestern Abend -, bei der LAG der Wohlfahrtsverbände, die noch einmal Hilfestellung gegeben hat.

Wir haben gemerkt, dass bis zum letzten Moment an dieser Reform gearbeitet wird, und ich sage zu: Es wird weiter daran gearbeitet werden, und wir werden Ihre Stimmen und Ihre Unterstützung weiter brauchen, auch die der Menschen, die vor Ort in den Kitas und der Kindertagespflege arbeiten. Ihnen, die heute nicht hier sind, einen herzlichen Dank für die Unterstützung!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Anita Klahn [FDP])

Wir haben viel gelernt, viele Wünsche sind an uns herangetragen worden, und natürlich widersprechen sich auch Wünsche. Ich nehme einmal das Beispiel der Schließzeiten: Die Landeselternvertretung möchte natürlich, dass es möglichst wenig oder gar keine Schließzeiten gibt, dass die Kita möglichst das ganze Jahr über offen hat. Natürlich haben die Einrichtungsträger, gerade der kleineren Kitas, gefragt: Wie sollen wir das organisieren? Das kriegen wir mit dem vorhandenen Personal nicht hin; dann sind über das Jahr zu viele Gruppen nur mit einer Kraft besetzt. Deswegen haben wir an vielen Stellen im Gesetz Kompromisse finden müssen, und ich finde, dass wir gute Kompromisse gefunden haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Frau Midyatli, als Erstes möchte ich auf die Kritik eingehen, die bereits beim letzten Mal vorgetragen wurde, nämlich dass wir nicht alle Eltern, alle Kommunen und alle Erzieherinnen und Erzieher entlasten. Geht man von dem Durchschnitt im Land aus,

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

nimmt 1 Milliarde € in die Hand und packt sie oben drauf,

(Martin Habersaat [SPD]: Und gibt die einer Erzieherin! Dann wäre der Durchschnitt entlastet!)

ist es natürlich so, dass nicht überall eine Entlastung stattfindet. Die Alternative wäre gewesen - das hätte man sich anschauen müssen - zu fragen: „Wo ist die höchste Qualität?“, das - beispielsweise Flensburg - als Standard zu nehmen und die Qualität im Land danach auszurichten. Wir könnten fragen: „Wo gibt es die niedrigsten Beiträge?“, zum Beispiel Kiel, und das zum Maßstab nehmen. Wir hätten auch fragen können, welche Kommune be-

(Eka von Kalben)

sonders wenig Geld für Kitas ausgibt, und ermitteln können, wie viel draufgepackt werden muss, um sie zu entlasten. Das könnte man machen. Das würde aber einen wesentlich höheren Betrag kosten.

Wenn wir hier darüber reden, wie wichtig frühkindliche Bildung ist, könnte man politisch zu dem Schluss kommen,

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau!)

dass man das machen müsste, zum Beispiel statt 1 Milliarde € 3 Milliarden € ins System geben. - Dieses Geld ist aber nicht da.

Wenn man das anders machen will, muss man sagen, an welchen Stellen im Haushalt man etwas einsparen will. Will man weniger Lehrerstellen, weniger Polizeistellen, weniger Straßenbau? Ich könnte mir auch etwas vorstellen. Dafür müsste man Mehrheiten finden. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie uns sagen, wo Sie das strukturell herholen sollen.

(Zurufe SPD)

Dann kann man sich Gedanken darüber machen. Anderenfalls ist es ein reines „mehr, mehr, mehr“. Da bin ich bei Ihnen. Ich bin auch für mehr.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das war euer Versprechen! Eure Kasse stimmt nicht!)

- Wenn das Ihr Mehr-mehr-mehr-Gerufe ist, ist das okay. So kann man aber keine ernsthafte Politik machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Martin Habersaat [SPD]: Sie haben Ihr Versprechen nicht umgesetzt!)

Meiner Meinung nach verwenden Sie ein sehr hilfloses Sprachkonstrukt. Wenn Sie beispielsweise sagen, der Mindestlohn hilft den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, würde ich das nie anzweifeln, nur weil er möglicherweise einer Person nicht hilft. Natürlich hilft er. Natürlich hilft es den Kitas, wenn wir 1 Milliarde € ins System geben. In den Kitas sind Eltern betroffen, Erzieherinnen und Erzieher und Kommunen. Sie müssen mir erklären, warum es, wenn wir 1 Milliarde € in das System hineingeben, nicht helfen soll. Das ist für mich einfach nicht nachvollziehbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin von Kalben, Frau Midyatli hat Ihnen ja gar nicht die Dinge vorgehalten, die wir uns wünschen. Das Einzige, was wir tun, ist, Sie an Ihren eigenen Versprechungen zu messen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja!)

Deswegen finde ich Ihre Empörung hier eigentlich daneben. Es ist doch ein Mindeststandard für Opposition, wenn ich das einmal sagen darf, Sie an Ihren eigenen Versprechen zu messen. Da fallen Sie einfach durch. Das ist der Punkt.

(Beifall SPD)

- Lieber Herr Dr. Stegner, meine Versprechen und die meiner Fraktion spiegeln sich im Koalitionsvertrag wieder. Darin steht, dass wir 210 Millionen € in Qualität, 136 Millionen € in Elternentlastung und 135 Millionen € in Entlastung von Kommunen investieren wollen. Genau dieses Versprechen, das im Koalitionsvertrag ausgehandelt wurde, ist umgesetzt, genau diese Beträge sind für diese drei Zwecke vorgesehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Genau das haben wir versprochen. Genau das kommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bravo!)

Die Zusammenarbeit in der Koalition und mit dem Ministerium war sehr gut. Wir haben die Äußerungen in der Anhörung sehr ernst genommen.

(Martin Habersaat [SPD]: Im Gegensatz zu anderen?)

Wir haben von vornherein gesagt, dass wir für Veränderungen offen sind. Die Anzahl der Änderungsvorschläge, die von den regierungstragenden Fraktionen kommen, zeigt, dass wir an dieser Stelle auch für weitere Anregungen offen waren. Ich danke, dass es Nachberechnungen gab. Ich weiß, das war viel Arbeit. Ich glaube, dass wir an einigen Stellen, zum Beispiel bei den Verfügungszeiten, noch weiterarbeiten müssen. Die Evaluation wird zeigen, an welchen Stellen wir noch nachlegen müssen.

Herr Habersaat, ich habe das recherchiert. Eine Stunde Verfügungszeit mehr kostet das Land 12 Millionen € Sie können sich vorstellen, wie

(Eka von Kalben)

groß die Möglichkeiten sind, fünf Stunden draufzulegen. Wie gesagt, man kann das machen, aber dann muss man auch wissen, wo man es hernehmen will.

In der gesamten Debatte habe ich festgestellt - das hat auch etwas mit Veränderungen zu tun -: Wir haben eine sehr bunte Kita-Landschaft. Zum Teil haben wir sehr praktikable Lösungen gefunden - zum Beispiel bei den Naturkindergärten,

(Vereinzelter Beifall CDU)

zum Beispiel in der Kindertagespflege -, die nicht immer den bisherigen Regelungen entsprechen.

Bei Waldkindergärten gibt es Bauwagen, die irgendwo im Wald stehen, die nur als Abstellwagen genutzt werden dürfen, aber die natürlich auch genutzt werden, um darin einmal ein Brötchen zu essen oder Ähnliches. Unsere schwierige Aufgabe war, eine Lösung zu finden, dass Naturkindergärten, die eine super Arbeit leisten, erhalten bleiben und das Angebot nicht eingeschränkt wird, dass dies aber auf der Grundlage von Vorschriften der Heimaufsicht und des Gesetzes geschieht. Das ist uns an vielen Stellen gelungen, beispielsweise dadurch, dass wir das Mindesteintrittsalter auf 20 Monate gesenkt haben. Das ist der Zeitpunkt, zu dem viele Kinder laufen können. Es ist in einer Natur-Kita nicht von Nachteil, wenn man das kann. Es ist grundsätzlich von Vorteil, aber in einer Natur-Kita besonders.

Jetzt der Ausblick: Wir müssen in den nächsten Jahren sehr aufpassen müssen, dass uns keine Angebote der Kindertagesbetreuung flöten gehen, weil sich etwas verändert. Wenn es irgendwo ruckelt, bin ich für kurzfristige Rückmeldungen dankbar. Ich weiß, dass das Ministerium über die Verordnung versuchen will, es so hinzubekommen, dass wir keine Probleme bekommen.

Das zweite Beispiel, bei dem Anspruch und das, was man regeln kann, ein bisschen auseinandergehen, ist der Bereich Kindertagespflege. Ich bin sehr froh, dass wir uns in diesem Gesetz sehr ausführlich damit beschäftigen. Bereits 2017 sind 7.000 Kinder in der Kindertagespflege betreut worden, davon die meisten unter drei Jahre alt. Ohne die Menschen, die Kinder zu Hause betreuen, könnten wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Menschen schon gar nicht mehr ermöglichen.

Das Problem ist eben, dass Kindertagespflege so konzipiert ist, dass sie eine Betreuung im familiären Umfeld sein soll und der Krippe nicht gleichgestellt ist. Gleichzeitig hat sich diese Berufung ein bisschen professionalisiert in dem Sinne, dass von den

Personen, die das zum Teil mit angemieteten Wohnungen als Job machen, der Anspruch erhoben wird, mit einer Krippe gleichbehandelt zu werden. Dort aber arbeiten ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Wir haben vorhin gehört, dass es einer sehr langfristigen Ausbildung bedarf.

Hier einen Ausgleich zu finden und gleichzeitig einen Deckel einzuziehen und zu sagen, dass Tagespflegepersonen selbstständig sind und sehen müssen, dass sie ihr Auskommen haben, sind Dinge, bei denen uns noch viele Aufgaben bevorstehen.

Zum Schluss möchte ich auf das eingehen, was ich bedauere, was wir noch nicht geschafft haben: Wir müssen noch mehr und bessere Möglichkeiten für Inklusion schaffen,

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar auch in Verbindung mit Eingliederungshilfe und dem Bundesteilhabegesetz. Wir haben von Anfang an gesagt, dass das eine Aufgabe ist, die wir aufgrund der Größe der Reform nicht schaffen. Das ist hier zu Recht von Herrn Baasch schon mehrfach kritisiert worden. Ich glaube, da müssen wir noch einen drauflegen.

(Birte Pauls [SPD]: Wichtiger Punkt!)

Ich verspreche Ihnen, dass das im Zuge der Evaluation ein ganz wichtiger Punkt für uns sein wird.

Wir müssen die Sprachförderung überprüfen. Wir müssen den Kita-Ausbau weiter fördern. Wir müssen - das ist heute Vormittag schon zur Sprache gekommen - den Fachkräftemangel noch mehr in den Blick nehmen. Perspektivisch müssen wir die Schulkinderbetreuung ebenfalls in den Blick nehmen. Sie sehen, das ganze Feld ist noch riesengroß. Es wird noch viel Arbeit bleiben - sowohl für das Sozialministerium als auch für das Bildungsministerium.

Wir wollen, wie auch in anderen Bundesländern, perspektivisch eine Beitragsfreiheit. Wir wollen, dass jedes Kind nach den eigenen Bedürfnissen so gefördert wird, wie es das verdient hat und braucht. Wir wollen, dass Erzieherinnen und Erzieher und Tagespflegepersonen so entlastet werden, dass sie ihrer Arbeit mit Freude und Perspektive nachgehen können.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete!

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das KiTa-Reform-Gesetz liegt nun auf dem Tisch. Damit haben wir den Weg zum familienfreundlichsten Bundesland eingeschlagen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Es liegt noch ein weiter Weg vor uns. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Poul-Due-Jensen-Schule aus Wahlstedt. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ich habe ja noch gar nichts gesagt. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Heiner und lieber Daniel Günther! Ich möchte mich bei allen, damit ich auch ja keinen vergesse, für die gute Zuarbeit und für die gute konstruktive gemeinsame Arbeit bedanken. Ich bedanke mich auch bei den Koalitionspartnerinnen und den Koalitionspartnern, denn diese Reform war überfällig.

Wir haben lange daran gearbeitet. Ich weiß, es stand bei fast allen Parteien im Parteiprogramm, dass sie eine Reform der Kita-Finanzierung in Schleswig-Holstein anstreben. Das stand aber schon länger darin, dieser Wunsch bestand schon ganz lange. Es hat sich nur niemand richtig range-
traut. Wir haben das gemacht, und das war ganz schön anstrengend. Mit dem Beginn dieser Koalition vor zweieinhalb Jahren haben wir angefangen, uns dafür einzusetzen und dafür die Vorarbeit zu leisten. Zum Schluss geht es immer ganz schnell. Es war dann so, dass im September 2019 die erste Lesung war und wir in das Beteiligungsverfahren gingen.

Was wollen wir? - Wir wollen die Eltern entlasten. Das ist für die einen nicht genug, aber hier ist eine Zahl ganz wichtig.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Wir haben in Schleswig-Holstein - das gilt auch für Frau Pauls - die höchsten Elternbeiträge in ganz

Deutschland. Ich halte es für unerträglich, dass wir weiterhin an der Spitze dieser negativen Entwicklung sind. Deswegen wollen wir diese Spitze räumen, und das werden wir mit diesem Gesetz tun, sodass die Eltern nicht mehr so belastet werden.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben nicht genug Geld für eine Beitragsfreiheit. Das kann man auch sagen. Die finden wir auch toll, aber wir müssen sehen: Wir stecken 1 Milliarde € zusätzlich in das System, aber wir haben jetzt erst einmal den Kita-Deckel eingesetzt. Davon sind sehr viele sehr begeistert. Selbst meine eigenen Enkelkinder profitieren davon. Die wohnen in Schleswig-Holstein an unterschiedlichen Orten. Es gibt immer Fälle, die nicht so sehr profitieren. Die können aber froh sein. Ich bin froh, dass jemand weniger bezahlen muss. Das ist in Norderstedt so, das ist in Neumünster, in Kiel und in Flensburg so. Die Standards sind hoch. Was ist denn daran schlimm?

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Meine Kinder zahlen für meine Enkel weniger als vom Kita-Deckel vorgesehen. Einmal richtig zuhören!

(Zurufe SPD)

Man kann doch froh sein, dass die Eltern dort schon in einer besseren Situation sind. Wir haben aber nicht nur die Städte im Auge, sondern das ganze Land. Wir wollen Gerechtigkeit und Chancengerechtigkeit und erst einmal die Eltern im ganzen Land entlasten und eine Norm einführen. Deswegen haben wir diesen Deckel beschlossen. Er ist vernünftig, und er wird den Eltern gut gefallen. Jedenfalls kommen sie zu mir und sagen: Frau Rathje-Hoffmann, das ist in Ordnung, wir finden das gut. - Es kommen auch die Erzieherinnen und sagen: Wir finden das gut.

Ich wusste es nicht, aber es gibt Kindertagesstätten, in denen es keine Vor- und Nachbereitungszeiten gibt. Wir diskutieren hier. Ich kann verstehen, es kann nie genug sein. Frau von Kalben hat es gesagt, wir haben noch weitere Ziele. Aber dort, wo es keine Standards gibt, gucken einige in die Röhre. Dort sind keine Vor- und Nachbereitungszeiten vorgesehen, und dort können sie nicht geleistet werden. Für die machen wir dieses Gesetz. Für die normieren wir das auf einem hohen Level, sodass die meisten davon profitieren.

Wenn man sagt, dass davon nur wenige profitieren, muss man einmal ins Land gehen und gucken, was

(Katja Rathje-Hoffmann)

da wirklich los ist. Da gibt es viele, die dadurch entlastet werden und von diesen Standards profitieren.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Birte Pauls [SPD]: Wo denn?)

- In Wakendorf II, in Henstedt-Ulzburg, und, und, und. Guck dir den Kreis Segeberg an! Den kenne ich ziemlich gut; ich wohne da. Norderstedt ist die Ausnahme, aber Norderstedt erhält auch noch 8 Millionen €mehr pro Jahr, also mehr pro Kind.

(Beifall CDU und FDP)

Wir haben jetzt einen Rahmen geschaffen, in dem wir erst einmal arbeiten wollen. Ich glaube, wir werden uns mit den Beteiligten - -

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

- Darf ich weiterreden? - Mit den Beteiligten werden wir im intensiven Austausch stehen, auch mit den Eltern. Deren Situation und deren Position haben wir gestärkt. Einmal pro Halbjahr gibt es eine zusätzliche Elternversammlung, und wir haben die Anzahl der Landeselternvertreter von 12 auf 16 erhöht, sodass aus jedem Kreis und aus jeder kreisfreien Stadt Vertreter in der Landeselternvertretung mitarbeiten können. Das ist sehr wichtig, weil die Eltern ein wesentlicher Punkt in dieser Reform sind. Wir haben sie beteiligt, und wir haben uns oft ausgetauscht. Das war nicht immer nur lustig, aber so ist das nun einmal, wenn man miteinander verhandelt. Das ist nicht immer einmütig. Das ist aber sehr gut gelaufen.

Frau Midyatli, ich freue mich. Sie finden die Reform im Prinzip ja auch gut, denn das Herzstück der Reform ist das SQKM. Dieses SQKM haben Sie ausdrücklich gelobt. Das ist schon einmal die halbe Miete. Dass das nicht genug sein kann - wir wissen, das gibt es immer. Aber wir haben eine Geschwistermäßigkeit. Die kann noch besser werden. Wir haben jetzt wirklich für alle eine Sozialstaffel für ganz Schleswig-Holstein. Da ist es egal, wo eine Familie wohnt, ob in Ostholstein oder im Kreis Segeberg, denn manchmal sind es wenige Meter, die entscheiden, ob Eltern mehr oder weniger entlastet werden. Diese Unterschiede haben wir abgeschafft. Für ganz Schleswig-Holstein gibt es eine Sozialstaffel, und das finde ich sehr gut.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das haben wir uns schon ganz lange auf die Fahnen geschrieben.

Jetzt springe ich ein bisschen. Für uns ist auch wichtig, dass die Evaluation ständig erfolgt. Wir probieren diese Reform ja erst einmal aus. Wir haben so etwas noch nie gemacht. Theoretisch sieht das gut aus, aber wir müssen gucken, dass es funktioniert. Wenn sie nicht funktioniert oder irgendwo aus dem Ruder läuft, dann werden wir sofort gegensteuern. Wir haben eine lange Evaluationsphase bis 2024, und ich glaube, das ist gut so. Von den kommunalen Landesverbänden wurde gewünscht, dass diese Phase so lang ist, in der wir uns das System angucken und es optimieren.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ein wesentlicher Punkt ist die Wahlfreiheit für die Eltern. Wir machen das ja nicht für uns, sondern für die Eltern und ihre Kinder und für die frühkindliche Bildung. Manchmal ist es so, dass man Kinder an dem Ort betreuen muss, an dem man arbeitet. Deshalb ist die Wahlfreiheit des Platzes in der Kita ihrer Kinder für die Eltern so wichtig. Früher wurden die Eltern erst einmal zum Bürgermeister geschickt. Der musste gucken, und es wurde gefragt: Kann man das machen? - Es ging natürlich auch immer ums Geld. Jetzt haben die Eltern, sofern ein Platz frei ist, das Recht, sich außerhalb des Wohnorts anzumelden. Ich finde, das ist eine innovative Idee. Das findet der SSW ja auch, und ich glaube, auch Sie können uns darin unterstützen, dass dies ein neuer Weg ist und dass wir in Schleswig-Holstein endlich mehr Flexibilität für die Eltern ermöglichen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein weiterer Punkt, der uns ganz wichtig war, war es, die Rechte und die Möglichkeiten der nationalen Minderheiten und Volksgruppen zu berücksichtigen. Hier haben wir ganz viele Anregungen aus der Anhörung aufgenommen, um zu ermöglichen, dass die dänischen Kindergärten - von denen rede ich gerade - weiterhin gut teilnehmen können und weiterhin ihre besonderen Rechte haben. Das ist uns ganz wichtig, und ich glaube, da haben wir uns an vielen Stellen gut positioniert und dies gut berücksichtigt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich möchte noch einmal auf die Anhörung zurückkommen. Sie wurde schon erwähnt. Wenn man hier als vierte Rednerin redet, dann bleibt gar nicht mehr so viel übrig. Die Anhörung hat zwei Tage lang gedauert. 34 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab es.

(Katja Rathje-Hoffmann)

Ich muss ein Lob an alle aussprechen. Wir haben wirklich alle intensiv zugehört. Zuhören ist ganz schön, aber man muss das auch umsetzen. Ich glaube, wir haben sehr viele Punkte aus dieser Anhörung umgesetzt.

Zu den Wald-Kitas: Ich gebe zu, ich war keine große Freundin der Wald-Kitas, aber ich bin überzeugt worden, dass dies eine richtige Geschichte ist und dass wir diese in keiner Weise stören dürfen, sondern sie fördern müssen. Deswegen bin ich froh, dass künftig Kinder ab dem 20. Lebensmonat, wenn die orale Phase, in der sie alles in den Mund stecken, überwunden ist, im Wald betreut werden können. Ich halte das für eine gute Sache, und deswegen freue ich mich.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Auch die Kita-Bedarfsplanung ist uns wichtig. Aber was immer vergessen worden ist - darüber haben wir innerhalb einer Klausurtagung geredet -, ist die wohnbauliche Entwicklung in der Kommune; denn diese muss natürlich auch in die Bedarfsplanung aufgenommen werden. Das war vorher nicht in ausreichendem Maße der Fall, und schwuppdiewupp war der frische neue Kindergarten auch schon wieder zu klein. Ich hoffe, dass wir das mit diesem weitschauenden Blick künftig besser in den Griff bekommen werden, als es in der Vergangenheit der Fall war. Zu wünschen wäre es. Ich hoffe, dass man da zwischen Kommune und Kita-Träger - häufig ist der Träger ja auch die Kommune - Hand in Hand geht, um das künftig alles besser zu berücksichtigen.

Bei den neuen Kindergärten muss auch die Barrierefreiheit eine wichtige Rolle spielen. Die Neubauten müssen barrierearm sein. - Ich sehe, die Präsidentin ist nachher wieder so böse; deswegen muss ich aufhören.

(Heiterkeit)

Krippen wird es aber künftig auch im zweiten Stock geben, damit im urbanen Bereich eine Erweiterungsmöglichkeit für Ausbauten besteht.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen. Ich habe 18 Sekunden überzogen und hoffe, Sie sehen es mir nach. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Im Sozialausschuss haben wir dem Gesetzentwurf in der geänderten Form bereits zugestimmt, und wir werden in dieser abschließenden Abstimmung an unserer Zustimmung festhalten. Ich will Ihnen kurz erklären, warum.

Im Ergebnis halten auch wir das Kita-Reformgesetz bei aller durchaus berechtigten Kritik in Einzelbereichen für einen wichtigen und richtigen Schritt. Aber kommen wir auf die wesentlichen Punkte zu sprechen, die in der AfD-Fraktion für die Zustimmung gesorgt haben:

Das waren zum einen die Fragen der Betreuungsqualität. Bei den über Dreijährigen kümmern sich künftig rechnerisch 2,0 Fachkräfte um eine Gruppe; bisher waren es 1,5. Gruppen dürfen bisher im Ausnahmefall auf 25 Kinder vergrößert werden; künftig liegt diese Grenze bei 22 Kindern pro Gruppe. Die Regelgröße liegt bei 20 Kindern; wir hörten das bereits.

Die AfD fordert seit Langem, dass sich die Qualität in Krippen- und Kindergartengruppen hinsichtlich des Betreuungsschlüssels an international geforderten Standards orientieren muss. Diese sind schlicht und ergreifend höher als die eigenen.

(Beifall AfD)

Nach den Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung für eine kindgerechte Betreuung sollen in Kindergartengruppen 7,5 Kinder auf eine pädagogische Fachkraft kommen und in Krippengruppen maximal drei Kinder. Dieses Ziel sollten auch wir anstreuen. Die skandinavischen Länder, allen voran Schweden, haben uns vorgemacht, wie es geht.

Zum leidigen Thema der Schließzeiten: Es war schwierig, hier einen Kompromiss zu finden, denn die unterschiedlichen Vorstellungen sind für sich allesamt berechtigt gewesen. Künftig werden also Schließzeiten auf 20 Tage im Kalenderjahr begrenzt, davon drei bis maximal fünf außerhalb der Schulferien. Kleine Kitas mit maximal drei Gruppen dürfen bis zu sechs Wochen im Jahr schließen.

Nach den im Sozialausschuss durchgeführten Anhörungen nähert sich diese Regelung gerade dem Wunsch vieler berufstätiger Eltern an. Dem wollen auch wir uns nicht verschließen und tragen diese Regelung mit. Wir sind uns jedoch darüber im Klaren, dass dies nur ein Kompromiss bei all den Interessen und Wünschen sein konnte; denn hier galt

(Claus Schaffer)

es, einen Ausgleich zu finden zwischen dem Anspruch des Kindes auf Urlaub von der Kita - das gibt es tatsächlich -

(Beifall AfD)

und den Widrigkeiten, die Beruf und Familie bei der Urlaubsplanung nun einmal mit sich bringen, um von den Anforderungen an die Kräfte selbst an der Stelle gar nicht zu reden.

Ich möchte die Position der AfD hierzu erneut herausstellen. Die Betreuung in der Kita - das gilt gerade auch für die Krippenbetreuung - darf nicht einseitig staatlich bevorzugt werden. Wir sollten stattdessen die Erziehung in der Familie und Fremdbetreuung gleichberechtigt nebeneinander sehen und auch so aufstellen.

(Beifall AfD)

Erst dann erhalten wir eine echte Wahlfreiheit; denn echte Wahlfreiheit nimmt die elterliche und familiennahe Betreuung mit in den Blick. Die einseitige staatliche Förderung der Fremdbetreuung geht nach unserer Auffassung zulasten der elterlichen und familiennahen Betreuung. Sie ist damit für die AfD nicht der richtige Weg.

Dann kommen wir auch schon zur Kindertagespflege, die wir als AfD als gleichberechtigte dritte Säule der Kinderbetreuung stärker fördern und unterstützen wollen. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass im Zuge der Kita-Reform die Finanzierungsregelungen für Kitas und Tagespflege harmonisiert und zukünftig nach einheitlichen Standards jeweils über die Träger abgewickelt werden. Das gilt nun auch für die Deckelung der Elternbeiträge.

Zu begrüßen ist auch, dass die Position der Kindertagespflegepersonen gestärkt und hinsichtlich der zu zahlenden, laufenden Geldleistung auf eine sichere finanzielle Grundlage gestellt worden ist. Es gibt jetzt landesweite Mindestsätze, die sich der Höhe nach an der wegweisenden Expertise von Professor Dr. Johannes Münder orientieren. Den Kindertagespflegepersonen ist nun beispielsweise mehr Spielraum bei der zeitlichen Betreuung eingeräumt.

Auch die Aufnahme einer Härtefallklausel bei nicht belegten Plätzen wurde zugunsten der Kindertagespflegepersonen aufgenommen. Auch hier waren es die Anhörungen im Sozialausschuss, die dazu führten, dass der Gesetzentwurf nachgebessert und für uns damit zustimmungsfähig wurde.

Als früher einmal betroffener Vater - auch ich hatte ein kleines Waldkind - freue ich mich über den ge-

troffenen Kompromiss bei den Naturgruppen und Waldkindergärten. Nach dem ursprünglichen Gesetzentwurf sollten Naturgruppen ausschließlich für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt gefördert werden. In der Anhörung im Sozialausschuss hat die ganz überwiegende Mehrheit der Elternvertreter den Wunsch geäußert, dass Naturgruppen für Kinder jeden Alters angeboten und entsprechend gefördert werden. Das gilt sowohl für Krippengruppen als auch für Hortgruppen. Immerhin ist der Gesetzentwurf jetzt dahin gehend angepasst worden, dass Kinder ab der Vollendung des 20. Lebensmonats aufgenommen werden können. Das war ein wichtiger Kompromiss.

Zudem gibt es nun auch Erleichterungen für den Aufenthalt in Innenräumen, beispielsweise für die Einnahme von Mahlzeiten. Wie gesagt, das ist ein Kompromiss, den auch wir an dieser Stelle sehr gern mitgehen.

Nun zu den Elternbeiträgen und dem Deckel. Meine Damen und Herren, natürlich tragen auch wir die Deckelung der Elternbeiträge mit. Hierzu bedarf es im Grunde keiner großen Worte mehr. Dasselbe gilt für die Geschwisterermäßigung und die Einführung einer jetzt landeseinheitlichen Sozialstaffel. Das kommt gerade Eltern mit kleineren Einkommen zugute, sodass wir diese Regelung ganz klar befürworten.

Zum Schluss möchte ich noch einmal an meine Rede zur ersten Lesung des Kita-Reformgesetzes anknüpfen. Hier geht es nach wie vor um einen gravierenden Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung. Zur Erinnerung - wir hörten die Zahlen vorhin bereits -: Bis zum Jahre 2025 werden bundesweit rund 190.000 Erzieher fehlen. In Schleswig-Holstein sind derzeit rund 2.000 Erzieherstellen nicht besetzt. Eine Besserung der Lage ist noch immer nicht in Sicht. Das hat fatale Folgen für die Kitas; denn die können schon jetzt aufgrund des Erziehermangels oft nicht die Leistungen anbieten, die sie gerne erbringen möchten.

Der beste Fachkraft-Kind-Schlüssel nutzt halt nichts, wenn die Fachkräfte schlichtweg nicht vorhanden sind. Hierzu bedarf es einer gemeinsamen Initiative von Bund, Ländern und Kommunen, um wirksam Abhilfe zu schaffen. Auf Bundesebene gibt es hierzu eine Fachkräfteoffensive. Der Schwerpunkt liegt auf der Gewinnung und Ausbildung neuen Personals für die Kitas. So fördert das Programm 5.000 Plätze in der Praxisintegrierten Ausbildung von Erzieherfachschülern ab dem Ausbildungsjahr 2019.

(Claus Schaffer)

Damit sich mehr Erzieher zu professionellen Anleitungsfachkräften weiterqualifizieren und Zeit für die Ausbildung des Nachwuchses in der Praxis bekommen, werden entsprechende Weiterqualifikationen und Freistellungen gefördert. Damit sich höhere Qualifikationen und die Übernahme besonderer Verantwortung stärker bezahlt machen, werden Zuschüsse zur Vergütung von Fachkräften ebenfalls gefördert.

Das ist aber nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, meine Damen und Herren. Denn geplant ist, von 2019 bis 2022 insgesamt rund 300 Millionen € als Impuls den Ländern und damit den Einrichtungen vor Ort zur Verfügung zu stellen, und zwar zusätzlich zu den 5,5 Milliarden € aus dem Gute-KiTa-Gesetz. Allein diese Relation zeigt, dass hier wesentlich mehr investiert werden muss.

So hat Prognos in einer Studie für das Bundesfamilienministerium anschaulich dargelegt, wie dem Fachkräftemangel wirksam begegnet werden kann. Um diesem Mangel entgegenzuwirken, muss der Beruf des Erziehers schlichtweg attraktiver werden. Dazu bieten sich drei strategische Ansätze an: die offensive Verbesserung von Ausbildungsbedingungen, die Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes und eine öffentlichkeitswirksame Aufwertung des Berufsbildes.

Besonders große Potenziale zeigen sich kumuliert bis 2030 unter anderem hier. Mit einer Vergütung der Ausbildungszeit könnte das Potential von 50.500 Personen, die Interesse an einer Erzieherausbildung aufgrund einer fehlenden Vergütung verwerfen, erreicht werden. Gelingt es, durch attraktive Ausbildungsbedingungen das hohe Niveau der Absolventenzahlen im letzten Jahr dauerhaft zu stabilisieren, entspricht das 104.000 Neuzugängen in der frühkindlichen Bildung, so Prognos.

Aufgrund schwieriger Arbeitsbedingungen und fehlender Karrierechancen verlassen viele Fachkräfte das Arbeitsfeld schon in den ersten fünf Jahren. Wenn der Anteil des vorzeitigen Ausscheidens um die Hälfte reduziert werden kann, bleiben der frühkindlichen Bildung 35.000 Fachkräfte mehr erhalten. Die Förderung von 5.000 Ausbildungsplätzen reicht also bei Weitem nicht aus. Das muss bei diesen Zahlen jedem klar sein.

Meine Damen und Herren, ich folge einmal dem etwas gewöhnungsbedürftigen Stil bei der Namensgebung von neuen Gesetzen und fordere neben dem Gute-KiTa-Gesetz ein „Mehr-und-gute-Erzieher-Gesetz“. Hierfür müssen vom Bund und vom Land finanzielle Mittel in angemessener Größenordnung

zur Verfügung gestellt werden. Nur so wird es uns gelingen, dem schon jetzt bestehenden Erziehermangel und dem drohenden Erziehernotstand wirksam zu begegnen. Dann funktioniert auch das Kita-Reformgesetz. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat das Wort der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es ist wohl klar, dass die Reform der Kita-Gesetzgebung eine anspruchsvolle Aufgabe ist. Zum einen, weil sehr viele unterschiedliche Akteure betroffen und Interessen berührt sind, zum anderen, weil dieses Gesetz unmittelbaren Einfluss auf die Zukunftschancen unserer Kinder hat. Ich gebe gerne zu, dass es nicht einfach ist, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Ich habe für den SSW mehrfach gesagt, dass wir die grundlegende Zielsetzung dieser Reform teilen. Vor allem, weil es im Kern um die bestmögliche Förderung unserer Kinder geht, tragen wir diese Änderungen mit. Wir werden uns natürlich auch in Zukunft konstruktiv an diesem Prozess beteiligen.

Wenn wir ehrlich sind, dann war die Unzufriedenheit auch nach der letzten Debatte zum Thema greifbar. Viele Beteiligte haben weiterhin das Gespräch mit uns gesucht. Nicht nur hier, sondern auch in der zweitägigen mündlichen Anhörung wurden unterschiedliche Bedenken vorgetragen. Das ist bei einem so umfangreichen Gesetzentwurf auch nicht verwunderlich, genau wie die Tatsache, dass nicht allen Betroffenen ihre Sorgen genommen werden konnten. Das zeigt uns, dass auch im weiteren Verlauf nachgebessert werden muss. Grundsätzlich ist das Engagement, mit dem sich die Anzuhörenden in diesen Prozess eingebracht haben, wirklich beeindruckend, nicht zuletzt, weil viele Beteiligte ehrenamtlich tätig sind. Ich möchte mich hier von dieser Stelle ausdrücklich für diesen Einsatz bedanken.

(Beifall SSW, FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will alle ermutigen, den Reformprozess weiter kritisch zu begleiten. Gleichzeitig ist klar, dass der Entwurf in einer ganzen Reihe von Punkten nachgebessert wurde. Das will ich ausdrücklich anerkennen. Doch ist mir ein Hinweis wichtig: Allein

(Flemming Meyer)

das Kita-Finanzierungssystem ist sehr kompliziert. Außerdem gehen die Regelungen in diesem Gesetz weit darüber hinaus. Das bedeutet, dass wir viele Effekte erst nach Inkrafttreten des Gesetzes wirklich bewerten können. Vor allem mit Blick auf wichtige Kritikpunkte wie Verfügungszeiten oder Freistellung von Leitungskräften muss sich noch zeigen, ob die Korrekturen ausreichen. Bei der Inklusion steht für mich schon fest, dass es eben nicht ausreicht und dass da wirklich noch nachgebessert werden muss.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt CDU)

Natürlich sollen Eltern und Kommunen entlastet und vor allem die Kita-Qualität erhöht werden. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass niemand schlechtergestellt wird als bisher. Hier gibt es zumindest noch Restzweifel.

Ich denke, uns allen muss also klar sein, dass dieses Gesetz nur ein erster Schritt sein kann. Natürlich begrüßen wir es, wenn das Land seine Finanzierungsanteile erhöht. Auf dem Papier sieht es erst einmal schön aus, wenn in Zukunft mehr Fachkräfte kleinere Gruppen betreuen. Auch die geplante Deckelung der Elternbeiträge hört sich gut an. Trotzdem gibt es hier immer noch offene Fragen. So lässt sich zum Beispiel bezweifeln, ob die gesetzten Standards wirklich zu flächendeckenden Qualitätsverbesserungen führen. Die Sorge, dass Kommunen diese Standards sogar absenken, wenn sie diese schon übererfüllen, liegt zumindest nahe. Hier bleibt zu hoffen, dass sich die kommunale Ebene ihrer Verantwortung für eine bestmögliche frühkindliche Bildung bewusst ist und entsprechend handelt.

Für den SSW kann es gar keine Alternative zu einer guten frühkindlichen Bildung geben. Mittlerweile wird wohl auch jede oder jeder diese positiven Effekte einer guten frühkindlichen Bildung kennen: Krippe, Kita oder Tagespflege sind die Orte, an denen die Weichen für einen erfolgreichen Bildungsweg gestellt werden. Frühkindliche Bildung hilft nachweislich dabei, unterschiedliche Startchancen zumindest anzugleichen. Sie ist damit ein wesentlicher Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Daher muss jeder Euro, der in dieses System gesteckt wird, bei den Kindern ankommen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Christopher Vogt [FDP])

Der Zugang zu diesen Angeboten muss allen Kindern offenstehen, egal ob mit oder ohne Handicap und ohne finanzielle Hürden für die Familien.

Nicht zuletzt beim Ziel, Transparenz und Effizienz in der Kita-Finanzierung zu schaffen, geht der vorliegende Entwurf in die richtige Richtung. Grundsätzlich gesehen ist er ein Auftakt für die dringend notwendige Weiterentwicklung des gesamten frühkindlichen Bildungssystems, aber er ist eben nur ein Anfang. Denn wenn wir zum Beispiel über Kita-Qualität reden, müssen wir uns um mehr als die Verfügungszeiten und den Fachkraft-Kind-Schlüssel kümmern. Wir müssen weiterdenken und schon bald zu echten Lehrplänen für diesen Bereich kommen. Wir müssen dringend Arbeitsbedingungen und Ausbildungen schaffen, die es ermöglichen, diesen umfassenden frühkindlichen Bildungsauftrag überhaupt zu erfüllen.

Wie erwähnt, sind im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens verschiedene Änderungen vorgenommen worden. Die Naturpädagogik - genauer gesagt: die Waldkrippen - sind hier ein sehr erfreuliches Beispiel.

Aber auch als Zugehöriger der dänischen Minderheit will ich ein Lob loswerden; denn der Dänische Schulverein ist mit Blick auf das Kita-System in einer besonderen Situation. Er ist nicht nur für den Betrieb unserer Schulen zuständig, sondern als Träger unserer 57 dänischsprachigen Kindertagesstätten auch unmittelbar von der Kita-Gesetzgebung betroffen. Natürlich unterliegt Dansk Skoleforening der deutschen Rechtsprechung. Aber unser Schulverein ist nicht zuletzt der dänischen Pädagogik verpflichtet. Sie können sich vorstellen, dass diese dänischsprachigen frühkindlichen Bildungseinrichtungen für uns als Minderheit enorm wichtig sind. Sie erfüllen unseren Bildungsauftrag, genauso wie unsere Schulen es tun. Sie haben zur Aufgabe, neben den allgemeinen Inhalten zusätzlich auch die dänische Sprache und Kultur zu vermitteln.

Diese Einrichtungen haben also etwas andere Voraussetzungen und Bedarfe als deutschsprachige Einrichtungen. So muss zum Beispiel sämtliches Kita-Personal nicht nur die dänische Sprache beherrschen, sondern auch die dänische Kultur und Tradition kennen. Das hat unter anderem Konsequenzen für die Personalgewinnung. Ich will deshalb ausdrücklich loben, dass dieser und andere Aspekte, die mit der Ausrichtung im Sinne der skandinavischen Pädagogik einhergehen, im Gesetz jetzt berücksichtigt werden. Das ist Ausdruck guter Minderheitenpolitik.

(Beifall SSW und vereinzelt CDU)

Wie schon gesagt, können wir viele Auswirkungen dieses Entwurfs noch nicht im Detail bewerten.

(Flemming Meyer)

Deshalb ist es so wichtig, dass man mit der Verabschiedung dieses Gesetzes nicht einfach die Füße hochlegt. Das hier ist ein Startpunkt. Streng genommen fängt die Arbeit erst jetzt richtig an. Nur zur Erinnerung: Nicht nur die Übergangsphase, sondern vor allem auch eine gründliche Evaluation sind verbindliche Bestandteile des Gesetzes. Wir erwarten, dass man Kritik und Anregungen, die im weiteren Verlauf zur Sprache kommen, entsprechend ernst nimmt. Wir erwarten ebenfalls, dass erkannte Probleme behoben werden. Das ist uns gerade aufgrund der Bedeutung und Tragweite dieser Reform besonders wichtig.

Wir alle haben das Ziel, Schleswig-Holstein familienfreundlicher zu gestalten. Dafür müssen wir den Familien im Land aber auch deutlich bessere Perspektiven bieten. Eine bestmögliche frühkindliche Bildung ist hier ein wichtiger Baustein. Deshalb müssen wir diesen Bereich langfristig verlässlich fördern. Wir müssen dieses Kita-Gesetz als Grundlage nutzen und es weiterentwickeln, und zwar so, dass wir am Ende allen Eltern nicht nur ein vielfältiges, sondern auch inklusives Angebot machen können.

Genau wie bei allen anderen Bildungsangeboten müssen wir eben auch daran arbeiten, den Zugang kostenlos zu gestalten. Das ist nicht nur aus familienpolitischer Sicht geboten, sondern es zahlt sich langfristig aus, für unsere Kinder und Familien, aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Es gibt also noch viel zu tun, und wir möchten uns gerne konstruktiv einbringen. - Jo tak.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Birgit Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Kollegin Midyatli hat neben ihrer Kritik an dieser Reform durchaus Lobendes erwähnt. Ich fand ihren Beitrag sehr differenziert. Eka von Kalben, niemand hat behauptet, dass zusätzliches Geld nicht auch irgendwo hilft, logischerweise. Es ist gut, dass mehr Geld ins System geht. Wir haben nur kritisiert, dass der von euch versprochene große Wurf nicht gelungen ist. Die Debattenbeiträge haben gezeigt, dass alle schon ein wenig bemüht waren, positive Aspekte in diesem ganzen Reformprozess zu finden. Wenn wir hier über Bauwagen oder

über die Berücksichtigung der Bauplanung in der Bedarfsplanung reden, dann ist das schön und richtig. Aber das sind nun wirklich keine revolutionären Reformgedanken.

Wo es mich allerdings tatsächlich nicht auf dem Stuhl gehalten hat, das war, als die Kollegin Klahn zu ihrer Mogelpackung in Sachen Qualitätsverbesserung ansetzte.

(Christopher Vogt [FDP]: Wie bitte?)

Frau Klahn, ich finde es wirklich schäbig, hier den Eindruck zu erwecken, Kommunen und Träger hätten bisher in einem standardfreien Raum gearbeitet.

(Beifall SPD)

Seit dem 13. November 1992 gibt es in Schleswig-Holstein eine Mindeststandardverordnung, an die sich die Kindertagesstätten halten müssen. Diese Mindeststandardverordnung formuliert Gruppengrößen - also das, was Sie hier als so revolutionär dargestellt haben - und ist Grundlage für Betriebs-erlaubnisse von Einrichtungen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Seit 27 Jahren!)

Also ich weiß nicht, ob Sie es selber glauben. Aber einen solchen Popanz aufzubauen, den alle fachlich Beteiligten durchschauen, geht aus meiner Sicht wirklich an diesem Thema und an diesem Reformprojekt vorbei und ist nicht angemessen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Feststellungen zu diesem Reformprozess: Ja, der Reformprozess war überfällig, und es ist notwendig, dass wir an diese Aufgabe - egal, in welcher Konstellation - herangehen.

Zweitens. Dieses Ergebnis ist unzureichend, und zwar schlicht und ergreifend deshalb, weil alles, was mit Inklusion zu tun hat, in diesem Gesetzentwurf unzureichend abgebildet ist. Es gibt keinen Plan, wie Inklusion umgesetzt werden soll.

(Beifall SPD)

Ich finde, das alles ist noch verheerender, weil Sie unseren Antrag, schon in der Evaluationsphase über Inklusionsprozesse zu diskutieren und Inklusion einzuarbeiten, in der Sitzung des Sozialausschusses

(Wolfgang Baasch)

abgelehnt haben. Es ist also nicht so, wie Frau von Kalben hier sagte, dass man sich schon in der Evaluationsphase um Inklusion kümmern wird. Nein, Jamaika hat das abgelehnt.

Was bedeutet das in der Konsequenz, wenn man die Evaluationsphase bis 2024 laufen lässt? Das bedeutet fünf Jahre Stillstand bei der Inklusion in der frühkindlichen Betreuung. Das ist ein Skandal und geht überhaupt nicht.

(Beifall SPD - Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Nein, ich will das noch an zwei, drei Punkten weiter aufziehen. - Vorhin hieß es ja, keiner wird in dem Reformprozess schlechtergestellt. Bis jetzt sind für Kinder, die Inklusionsbedarf haben und heilpädagogische Betreuung bekommen, keine Beiträge gezahlt worden. Die Eltern brauchten keine Beiträge für diese Kinder zu zahlen. In Zukunft müssen sie Beiträge zahlen, aber sie haben nicht mehr den automatischen Zugang zur Betreuung; denn Zugang haben sie nur, wenn die Voraussetzungen vorhanden sind. Das heißt, diese Eltern und diese Kinder werden schlicht und ergreifend schlechtergestellt.

(Beifall SPD)

Da kann mir doch keiner erklären, dass das hier ein Reformprozess ist, der mit Hurra aufgenommen werden muss. Nein, ganz im Gegenteil. Ich finde, Sie von Jamaika sollten sich dafür schämen, dass Sie Kinder mit Behinderungen ausgrenzen. Das ist die Folge dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall SPD - Ole-Christopher Plambeck [CDU]: Das ist falsch!)

- Wenn Sie es mir nicht glauben, dann erinnere ich an die von vielen - ich finde, zu Recht - gelobte Anhörung, die wir durchgeführt haben. Dort hat der Verein ElternSTIMME Ihnen und uns allen doch ganz deutlich gesagt:

„Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Einrichtungen Kinder ablehnen oder den Vertrag kündigen dürfen, wenn sie aufgrund einer bestehenden oder drohenden Behinderung dort nicht bedarfsgerecht betreut werden können.

Dies verstößt gegen die UN-Behindertenrechtskonvention.“

Das hat uns der Elternverband ElternSTIMME mit ins Stammbuch geschrieben. Sie tun so, als hätten Sie das nicht gehört, und lehnen unseren Antrag, mit dem wir versucht haben, das zu regeln, im Ausschuss auch noch ab. Also mitnichten haben Sie gut zugehört, und Sie haben es vor allem nicht umgesetzt. Das ist viel schlimmer.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte jetzt zum Ende.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja. Frau Präsidentin. - Ich hätte noch zwei, drei andere Punkte, aber für mich reicht das bisher Gesagte schon, um deutlich zu machen: Diesem Reformprozess kann ich so nicht zustimmen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich diese Diskussion und die Kritik an der Kita-Reform anschaut, dann hätten wir es uns mit der Kita-Reform auch einfacher machen können. Um die Kommunen zu entlasten, hätten wir den Betriebskostenzuschuss des Landes um 10 Millionen € erhöhen können, wie es zuletzt 2017 gemacht wurde. Wir hätten dann vollmundig behaupten können, wir hätten die Kommunen entlastet. Eine echte Lösung wäre das natürlich nicht gewesen. Um die Eltern zu entlasten, hätten wir den nächsten 100-€ Kita-Gutschein ausstellen können, wie es die SPD in ihrem Wahlprogramm vorgesehen hatte. Dann hätten wir auch vollmundig behaupten können, wir hätten Eltern entlastet. Eine echte Lösung im Hinblick auf die bundesweit höchsten Beitragssätze wäre das natürlich nicht gewesen.

Bei der Qualität hätten wir einen ersten Verbesserungsschritt machen können, um den Fachkraft-Kind-Schlüssel von 1,5 auf 1,6 zu erhöhen. Das hatten wir in der letzten Wahlperiode schon gefordert. Das wäre natürlich auch keine dauerhafte Lösung gewesen.

(Tobias Koch)

Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir uns ganz bewusst für einen großen Reformentwurf entschieden, der alle Aspekte regelt: Stärkung des Wunsch- und Wahlrechts, landesweite Sozialstaffel, verlässliche Schließzeiten, Beitragsdeckel, Verfügungszeiten, Leitungsfreistellung, Begrenzung der Gruppengrößen, Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels auf 2,0 Reduzierung des Gemeindeanteils auf 39 % und eine mehr als verdoppelte Landesförderung pro Kind inklusive zukünftiger Dynamisierung. All das und noch vieles mehr regeln wir mit dieser Reform.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen finde ich, auf dieses Ergebnis können wir wirklich stolz sein. Das ist eine große Reform. Da kann man nur sagen: Das haben wir wirklich gut gemacht.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Aber schauen wir einmal umgekehrt auf die SPD. Sie sind unserer Kita-Reform zwei Jahre lang mit der Forderung nach einer kompletten Beitragsfreiheit begegnet. Das stand zwar noch nicht einmal in Ihrem eigenen Wahlprogramm, aber das haben Sie in den letzten zwei Jahren vollmundig vor sich hergetragen: komplette Beitragsfreiheit. Und jetzt, da es zur Abstimmung kommt, frage ich einmal: Was ist denn aus dieser kompletten Beitragsfreiheit bei Ihnen geworden? - Eine kostenfreie Fünf-Stunden-Betreuung in der Krippe,

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

so von Ihnen beantragt, also nicht für alle Kita-Kinder und auch nicht für alle Betreuungszeiten. Sie formulieren in Ihrem Änderungsantrag, den Sie gestern vorgelegt haben - ich zitiere -:

„Eine beitragsfreie Kindertagesbetreuung in Höhe von fünf Stunden täglich soll für alle Kinder bis zum Schuleintritt ab 1. August 2023 realisiert werden.“

Also von einer kompletten Beitragsbefreiung kann bei Ihnen selbst ab 2023 keine Rede sein.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie machen nicht einmal den ersten Schritt mit!)

- Wir machen den ersten Schritt, indem wir den Beitragsdeckel einführen und für ganz viele Eltern die Beiträge wirklich spürbar senken werden. Sie hingegen haben eine komplette Beitragsfreiheit versprochen, werfen uns hier gebrochene Versprechen vor und dokumentieren mit Ihrem eigenen schriftlichen Antrag, dass Sie das nicht einhalten, was Sie

hier vollmundig in den letzten zwei Jahren verkündet haben. Das wollte ich noch einmal deutlich machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte mich noch einmal zu dem Thema Standards und zu dem, was Frau Herdejürgen gesagt hat, melden. Natürlich gibt es Vorgaben der Heimaufsicht. Die gibt es schon lange. Das wissen wir auch; das ist uns nicht neu.

(Zurufe SPD)

Diese entsprechen aus unserer Sicht aber nicht dem, wie wir uns zukünftig eine qualitätsvolle Kita vorstellen. Das ist nicht das, was wir mit frühkindlicher Bildung meinen, wenn wir einen Mindeststandard festlegen. Das ist nicht unsere Vorstellung von einer guten Kita. Deshalb ist es richtig, dass wir erstmals Verfügungszeiten, Leitungsstunden, eine Sozialstaffel, Planstellen, Geschwisterermäßigungen, und, und, und in das Gesetz aufgenommen haben. Das ist bisher nicht geregelt gewesen. An dieser Stelle haben wir neue Mindeststandards festgelegt, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir sind auf einzelne Sache eingegangen, die wir im Prozess verändert haben. Für Sie mag das vielleicht Pillepalle sein. Aus unserer Sicht sind zum Beispiel Naturkindergärten ein ganz wichtiger Punkt, den man auf keinen Fall niedermachen sollte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wenn in den Kommunen ein Neubaugebiet geplant wird, wird nicht immer geguckt, dass eine Kita in die Bedarfsplanung aufgenommen wird. Das war ein Punkt, der uns in den Gesprächen mit den kommunalen Vertretungen vor Ort entgegengebracht wurde. Es ist doch super, wenn wir diese Dinge in das Gesetz aufnehmen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das haben wir doch gar nicht bezweifelt!)

(Eka von Kalben)

Sie tun so, als sollten wir hier platte Reden schwingen. Das mag schön sein; aber es ist ein wichtiger Punkt in Zusammenhang mit dieser Reform, dass wir uns die Dinge vor Ort im Detail angeguckt haben.

(Zurufe SPD)

Genau deshalb ist es richtig, dass wir diese Punkte in der Landtagssitzung zur Sprache bringen: weil sie wichtig sind, weil sie vor Ort entscheidend sind.

(Unruhe)

Deswegen ist es nicht unwichtig, dass Frau Klahn auf diesen Punkt hingewiesen hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir können weiter darüber streiten, welche Änderungsanträge wir bezüglich der Inklusion hätten aufnehmen müssen. Vielleicht schauen Sie nach, wie die Abstimmung war. Wir haben bestimmte Punkte in unseren Änderungsantrag aufgenommen. Diesen haben Sie dann abgelehnt, okay. Trotzdem sind aufgrund Ihrer Anregungen einige Teile aufgenommen worden.

Nun befinden wir uns im Prozess zur Evaluation der schon bestehenden Arbeitsgruppe zum Thema Inklusion. Diese wird in den nächsten Jahren natürlich weiterarbeiten. Das ist uns sehr wichtig. Wie Sie wissen, gibt es Modellprojekte, die weiterfinanziert werden - Gott sei Dank. Ich sage Ihnen zu: Es wird in den nächsten zwei Jahren keinen Stillstand bei diesem Thema geben. Da können Sie mich beim Wort nehmen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir uns auch um das Thema Inklusion kümmern werden, Herr Baasch.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gerne.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Frau von Kalben, Sie sind in Ihrer Antwort auf die konkreten Fragen von Herrn Baasch im Ungefähren geblieben. Mit anderen Worten: Was haben Sie konkret übernommen? Haben Sie die Beitragsfreiheit übernommen? Wenn nicht, warum nicht?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe gesagt, dass wir bestimmte Punkte übernommen haben. Dabei handelt es sich um Punkte, bei denen es darum ging, den Zugang noch deutlicher zu machen. Wir haben zum Beispiel in unserem Antrag gefordert, dass man ein Kind nicht wegen Behinderung oder drohender Behinderung ablehnen dürfe. Diese Erweiterung zu schaffen, war uns sehr wichtig. Wir haben nicht alle Punkte übernommen. Das habe ich gesagt, und auch, dass wir da nachbessern müssen.

Nein, Eltern, deren Kinder mit Behinderung eine Kita besuchen, müssen einen Beitrag entsprechend der Höhe ihres Einkommens zahlen. Sie sind von dem Beitrag nicht befreit, das haben wir nicht verändert.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Warum?)

- Meine Redezeit ist zu Ende. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihre Erregung in dieser Debatte mag ein bisschen damit zusammenhängen, dass Sie immer von der größten Reform aller Zeiten reden. Sie reden vom mittelstandsfreundlichsten Bundesland, vom familienfreundlichsten. Unter einem Superlativ geht es bei Ihnen nicht.

Sie erwarten Lobpreisungen von allen anderen. Sie wollen nicht einmal den Mindeststandard erfüllen und Ihre eigenen Versprechungen einhalten. Nicht einmal daran darf man Sie messen. Sie sind dann beleidigt, dass es keine Lobpreisungen gibt, sondern Kritik.

Ich muss Ihnen dann ganz ehrlich sagen: Sie haben versprochen, die Eltern zu entlasten, die Qualität zu verbessern, die Kommunen zu entlasten. Das galt nicht für ein paar Wenige. Ich verweise auf die Ausführungen von Frau Kollegin Klahn zu den Verfügungszeiten: Wir wissen, dass sich diese bei 84 % der Beschäftigten nicht verbessern. 16 % sind eine kleine Minderheit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie müssen die Kritik dann auch akzeptieren.

(Dr. Ralf Stegner)

Sie stellen sich hier hin und sagen, es gebe hier die höchsten Beiträge. Sie verschweigen, dass Schwarz-Gelb die Regelung, dass das letzte Jahr in der Kita beitragsfrei ist, abgeschafft hat. Das ist unredlich. Das war nicht vor 100 Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Sie sagen, wir von der Opposition forderten mit unseren Haushaltsanträgen nicht genug.

Wenn man sich all das anschaut, stelle ich fest: Das Einzige, was bei Ihnen funktioniert, ist die Abteilung Selbstlob - faktenfreies Selbstlob.

(Tobias Koch [CDU]: Ja, ja!)

Sie haben nicht einmal zur Kenntnis genommen, dass Frau Midyatli in ihrem sehr differenzierten Beitrag durchaus gesagt hat, dass das Modell, das sie gewählt haben, gut sei.

(Peer Knöfler [CDU]: Faktenfreies Reden?)

Sie ertragen nichts anderes als Lobpreisungen, weil Sie auf Ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit hereinfallen. Das ist das Problem. Es ist keine Jahrhundertreform, sondern etwas, was verbessert werden muss.

Das, was Herr Kollege Baasch vorgetragen hat, ist keine kleine Petitesse. Er hat konkrete Fälle geschildert, in denen sich für die Kinder in diesem Land etwas richtig verschlechtert. Nicht einmal das können Sie zugeben.

Lassen Sie sich loben für die Fortschritte, die Sie machen! Aber ein bisschen kleiner sollten sie es sehen. Sie sind nämlich nicht die tollste Regierung aller Zeiten. Sie machen bei vielen Dingen einfach Murks, weil Sie sich nicht an Ihre Versprechungen halten.

(Beifall SPD - Zurufe CDU: Oh! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Sie werden ja sehen, wie die nächste Wahl ausgeht!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Inklusion ist nicht irgendetwas. Sie ist in unserer Landesverfassung festgeschrieben und wird bei der Reform schlichtweg nicht berücksichtigt - elf Jahre nach Unterschrift der Behindertenrechtskonvention. Elf Jahre danach wird eine Kita-Reform auf den Weg gebracht, mit der die Kleinsten

ins System gebracht werden, und Sie denken das so wichtige Thema Inklusion nicht einmal mit. Das ist, gelinde gesagt, ein Armutszeugnis für Jamaika. Es ist so unanständig gegenüber diesen Kindern, die diese Hilfe so dringend brauchen.

(Beifall SPD - Ole-Christopher Plambeck [CDU]: Falsch! - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dich, Eka von Kalben, spreche ich jetzt an; das passt ganz gut. Wir haben im Sozialausschuss noch rechtzeitig entsprechende Lösungsvorschläge vorgebracht, die Adelby 1 und die Lebenshilfe mit auf den Weg gegeben haben; von euch wurden diese komplett ignoriert. Wir haben dieses Thema in der letzten Abstimmung darüber im Sozialausschuss nochmals einzuspeisen versucht. Daraufhin kam von Eka von Kalben die Antwort: Es ist eben nicht für alles Geld da. - Das ist ein echtes Armutszeugnis.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Birte Pauls [SPD]:

Nein, die gestatte ich nicht. - Eine andere Sache: Hier wird immer von Elternentlastungen im Land gesprochen. Ich würde das gern regionalisieren. Im Kreis Schleswig-Flensburg haben wir uns das natürlich angeguckt. Da reden Bürgermeister tatsächlich vom Angriff auf den ländlichen Raum.

(Unruhe)

- Ach komm, Johannes Callsen, bei euch im Kreis gab es diesbezüglich wirklich genug Ärger.

(Unruhe)

- Alles gut, alles ruhig, ja, ja, ja. - Allein im Amt Südangeln werden die Eltern zukünftig nach Wegfallen des Krippengelds monatlich 80 € mehr zahlen. Das zum Thema „Wir entlasten alle Eltern“.

Mit der Qualität lassen Sie die Kommunen - -

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie doch einmal! Da steht nicht „alle Eltern“!)

- Ich habe mir gerade noch einmal alle Pressemitteilungen angeguckt. Ich gebe sie Ihnen gern alle noch einmal.

(Unruhe)

Sie haben versprochen, Sie wollten die Eltern entlasten, Sie wollten die Kommunen entlasten, Sie si-

(Birte Pauls)

cherten die Qualität. Allein Ihre Aufregung zeugt davon, dass Sie ein schlechtes Gewissen haben.

(Beifall SPD)

Sie haben alle drei Versprechen gerissen. Sie sind mit diesem Problem unmöglich umgegangen.

(Zuruf Klaus Schlie [CDU])

Sie haben sich das herausgepickt, was gerade geht. Das Allerwichtigste, nämlich die kleinen Kinder, haben Sie an vielen Stellen vergessen. - Danke.

(Beifall SPD - Klaus Schlie [CDU]: Hohle Phrasen! - Weitere Zurufe CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Christopher Vogt [FDP]:

Meine Damen und Herren! Die Schleswig-Holsteiner können sich auf ein vernünftiges Kita-Gesetz freuen. Noch schöner wäre es, wenn es in diesem Landtag auch eine vernünftige Opposition gäbe.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es ist unterirdisch, Herr Oppositionsführer, von gebrochenen Versprechen zu reden. Sie haben offenbar weder den Koalitionsvertrag noch die Wahlprogramme der Koalitionsparteien gelesen. Das kann ja mal durchrutschen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Wir erfüllen unsere Versprechen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie haben in den letzten zwei Jahren immer gesagt: Ja, wenn wir unsere Reform durchsetzen, sind wir das einzige Land in Norddeutschland, das es so macht. Die anderen Länder - alle SPD-regiert - sind alle beitragsfrei. - Schon das stimmt nicht. Sie haben noch nicht einmal einen Vorschlag gemacht, wie wir es hinbekommen sollen. Das haben wir Ihnen vorhergesagt. Sie haben nicht geliefert. Herr Stegner: Setzen, sechs! - Das ist wirklich armselig.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre verzweifelte Suche nach dem Haar in der Suppe haben wir heute die ganze Zeit erlebt.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Frau Midyatli hat hier gesagt, Heiner Garg sei vom Ministerpräsidenten bei den Finanzen im Regen stehen gelassen worden. 1 Milliarde € mehr Landeszuschuss in fünf Jahren: Das ist pro Kind und Jahr eine Erhöhung von 2.000 € im Jahr 2017 auf 4.400 € im Jahr 2022.

(Serpil Midyatli [SPD]: Es ist nicht alles euer Geld!)

- Das stimmt. Es ist nicht alles unser Geld. 200 Millionen € kommen vom Gute-KiTa-Gesetz des Bundes.

(Serpil Midyatli [SPD]: Konnexitätsmittel?)

Das ist nicht wenig, aber insgesamt sind es nicht einmal 20 %. Das Geld ist befristet. Ich erwarte von der gerade neu gewählten stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, dass nun endlich einmal das Signal kommt, dass es entfristet wird und der Bund seiner Verantwortung gerecht wird.

(Zurufe SPD und CDU)

Die Sozialausgaben im Bund schießen in die Höhe, aber für die Kinder ist nichts da. Das finde ich unterirdisch.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte den Kollegen, die eben gesprochen haben, noch etwas sagen: Dass die Eltern von Kindern mit Behinderung jetzt Beiträge bezahlen müssen, ist keine Folge des KiTa-Reform-Gesetzes, sondern des Bundesteilhabegesetzes, nämlich der dort vorgesehenen Trennung von Grund- und Fachleistungen.

(Minister Dr. Heiner Garg: So ist das! Ja!)

Andrea Nahles, SPD - herzlichen Dank! Sie beschwerten sich hier über etwas, das Sie selber herbeigeführt haben!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe und Unruhe SPD)

- Klatscht mir nicht die Redezeit weg! Ich möchte noch etwas sagen!

Es ist komplex. Bei mir im Wahlkreis hat unser Amtsvorsteher gesagt: Eine halbe Million Euro mehr! - Da habe ich gefragt: Was zahlt ihr jetzt, was zahlt ihr in Zukunft? - Ja, das können wir dir nicht sagen, war die Antwort. - Wenn ihr das Delta kennt, müsst ihr doch auch das Ist und das zukünftige Ist wissen. Sonst ist es etwas komisch.

(Christopher Vogt)

Rechnen wir doch einmal einige Gemeinden durch. Da sieht man: Statt einem dicken Minus ist da teilweise ein dickes Plus. Komisch! Wo soll das Geld auch landen? Gerade im Blick auf die Städte und die Millionen, die da fließen, möchte ich sagen: Es ist ein System, bei dem wir nicht alles festlegen können. Sie kriegen aber Millionenbeträge mehr. Wir erwarten, dass das Geld nicht sonst wo hinfließt, sondern für weitere Qualitätsverbesserungen und Beitragssenkungen genutzt wird. Weitere Qualitätsverbesserungen sind nicht verboten. Wir gucken uns das ganz genau an. Wir sehen uns hier in einem Jahr.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Midyatli, wir treffen uns so oder so in einem Jahr hier. Dann gucken wir uns ganz genau an, was passiert ist. Es ist ein lernendes System. Es ist nicht für die nächsten 100 Jahre in Stein gemeißelt. Anders kann es gar nicht sein. Wir werden weiterhin daran arbeiten. Es wird ein noch besseres System, als es jetzt schon ist. Ich freue mich auf die Verabschiedung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht aufgeregt, und ich denke, wir sollten hier einmal zur Ruhe zurückkommen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich auch nicht! Ich bin völlig entspannt! - Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Nee, Frau Pauls. Inklusion findet schon statt. Oder wollen Sie abstreiten, dass zurzeit genügend Inklusion im Kita-Bereich stattfindet? - Das kann es ja nicht sein. Was sage ich denn den Eltern mit ihrem behinderten Kind?

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das hat keiner behauptet! - Birte Pauls [SPD]: Das hat kein Mensch gesagt!)

- Doch, doch, auf jeden Fall. Sie haben behauptet, Inklusion finde nicht statt. Jetzt aktuell findet Inklusion statt. Gucken Sie sich das einmal an. Die arbei-

ten wirklich gut mit den behinderten Kindern und mit von Behinderung bedrohten Kindern.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sie können alles in Zweifel ziehen. Es ist auch schon alles gesagt worden. Ich denke nicht, dass man es hier ausweiten muss.

Ich möchte nur eines empfehlen: Lesen Sie die Stellungnahme des Kinderschutzbundes, dann wissen Sie, dass wir eine gute Reform gemacht haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was hier von der SPD geboten wird, ist - mit Ausnahme des Beitrages des Kollegen Baasch - schlichtweg nur als dürftig zu bezeichnen.

(Beifall CDU und FDP - Lachen Beate Raudies [SPD])

Sie nennen keine Alternative. Sie haben nichts präsentiert und versuchen sich im Spiel: Wie sage ich Nein zu einem Gesetzentwurf, obwohl ich eigentlich keine Argumente habe?

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist bezeichnend, dass Ihre wenigen Anträge - Ihre wenigen Sätze - einen Tag vor der Beratung im Sozialausschuss eingereicht worden sind.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wann kamen denn Ihre Anträge?)

Das ist in zwei Jahren Ihr Beitrag in dieser Diskussion gewesen.

(Unruhe SPD)

- Je lauter Sie werden, desto mehr haben Sie Ihr schlechtes Gewissen im Kopf!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Das ist echt albern!)

Meine Damen und Herren, es hat selten einen so qualifizierten Diskussionsprozess wie zu diesem Gesetzentwurf gegeben, und ich setze hinzu: mit

(Werner Kalinka)

dem Mut, eine Aussage, eine Alternative, ein Konzept zu präsentieren. Das ist doch das Entscheidende. Was ist denn von Ihnen gekommen? - Nothing!

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Lassen Sie mich nur kurz - weil die Zeit so knapp ist - ein paar Punkte sagen.

(Unruhe SPD)

Wir haben zum ersten Mal einen gesetzlichen Anspruch der Eltern gegenüber dem Land. Es ist ein gesetzlicher Anspruch der Verlässlichkeit, auf den man sich berufen kann. Ist das denn für Sie gar nichts?

(Zuruf SPD: Was für ein gesetzlicher Anspruch?)

Wir haben zum ersten Mal eine verlässliche und langfristige Finanzierung mit 500 Millionen € Wir gehen an die Grenzen unserer Möglichkeiten. Ich finde das großartig. Da sollten wir zusammenstehen, damit wir diesen Prozess weiterentwickeln können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben zum ersten Mal eine Kita-Datenbank, um die Wahlmöglichkeit der Eltern hin zum Arbeitsleben zu stärken. Was Sie nicht gebacken gekriegt haben, machen wir. Und dann kritisieren Sie es noch. - Dürftig, kann ich nur sagen. Wir haben das jetzt zum ersten Mal in diesem Land. Wir wissen, dass es im Detail nicht ganz einfach zu machen ist. Wir werden dies aber auch weiterentwickeln.

Sie wollen hier ein Spiel treiben, wir hätten etwas zugesagt, das nicht gehalten wird.

(Wortmeldung Wolfgang Baasch [SPD] - Zuruf SPD: Tun Sie auch!)

Wir haben zum ersten Mal eine Entlastung der Eltern. Wollen Sie das ernsthaft bestreiten?

(Zuruf SPD: Ja! - Lachen und Unruhe CDU und FDP - Dennys Bornhöft [FDP]: Da fällt einem nichts mehr zu ein!)

Peter Tamm, der frühere Vorstandsvorsitzende bei Axel Springer, hat einmal gesagt: Wenn twee un twee nich mehr veer sünd, sünnern fie, muttst du di över de Löög gor nich mehr ünnerholen.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe CDU: Bravo!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

(Zuruf CDU: Das wird jetzt nicht besser!)

Serpil Midyatli [SPD]:

Frau Präsidentin!

(Zurufe)

- Haben Sie die ganzen Zwischenrufe mit drauf? Danke schön. Es ist ja ein Ansporn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kalinka: Ich finde, es ist eine ordentliche Frechheit, sich hier hinzustellen und uns vorzuwerfen, wann unsere Anträge gekommen sind. Wann ist denn der Änderungsantrag der Koalition gekommen? Ganz ehrlich: Er ist fast zeitgleich eingegangen. Hören Sie also auf, hier so einen Blödsinn zu erzählen.

(Zurufe und Unruhe CDU - Tobias Koch [CDU]: Auch falsch! - Wortmeldung Werner Kalinka [CDU])

- Ich rede nicht von dem Chichi-Teil, dem redaktionellen Teil.

(Zuruf CDU: Was?)

Ganz ehrlich: Ich rede von den richtigen Änderungsanträgen zu den Verfügungszeiten, zu den Leistungsfreistellungen. Den inhaltlichen Teil habt ihr, genauso wie wir, kurz vor der Ausschusssitzung vorgelegt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe in meinem Redebeitrag versucht, deutlich zu machen, dass es ein schwieriger Prozess und eine große Herausforderung gewesen ist. Ich habe hier ausdrücklich gelobt, was Minister Garg und Staatssekretär Badenhop auf den Weg gebracht haben.

Ich habe aber gesagt, dass während des Prozesses uns allen, die wir beteiligt waren, klar geworden ist, dass für das, was Sie erreichen wollten - ich habe noch die PowerPoint-Präsentation vom Sozialministerium, liebe Eka von Kalben, in der fettgedruckt steht, was eure Ziele gewesen sind; die kann ich das nächste Mal anhängen -, das Geld nicht reicht. Dann haben Sie versucht, soweit es irgendwie ging, das Geld noch draufzupressen.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Zu Recht sind jetzt alle enttäuscht: Die Gemeinden sind enttäuscht, die Städte sind enttäuscht. Es gibt diverse Resolutionen, lieber Herr Vogt.

(Serpil Midyatli)

(Zuruf FDP: Sie sind enttäuscht! - Weitere Zurufe)

Es gibt diverse Resolutionen vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag. Es gibt 6.000 Unterschriften von der GEW. Das ist doch nicht nichts.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alle sind enttäuscht!)

Die Eltern sind auch enttäuscht worden. Ich erlebe hier auch keine - -

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alle! Alle Eltern sind enttäuscht! - Zuruf FDP: Sie sind vielleicht enttäuscht, weil Sie es nicht gebacken bekommen haben! - Weitere Zurufe)

Gehen Sie mit Ihrer Kita-Reform raus, reden Sie mit den Eltern. Das sind die Rückmeldungen, die ich kriege.

(Zurufe)

Ich gehe davon aus, dass wir während dieses Prozesses noch ordentlich Geld zuschießen werden. Dann wird es eine richtige Reform werden, aber bis dahin bleiben wir bei unserer Kritik.

(Beifall SPD - Unruhe CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Serpil Midyatli [SPD]: Das werden Sie machen!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

(Beifall FDP)

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Serpil Midyatli, wir gehen seit zwei Jahren raus und reden mit Eltern, Kommunen und den Trägern.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich weiß!)

Das ist nämlich das Besondere an dieser Reform. Vor über zwei Jahren ist diese Landesregierung mit dem Ziel angetreten, Schleswig-Holstein zu einem familienfreundlicheren Bundesland zu machen. Ich sage trotz oder gerade vor dem Hintergrund des einen oder anderen Beitrages heute mit Überzeugung, aber auch Stolz, dass wir diesem Ziel mit der Reform einen großen Schritt nähergekommen sind. Mit der abschließenden Lesung zur Kita-Reform

bringen wir eines der größten Projekte dieser Jamaika-Koalition auf die Zielgerade. Dafür möchte ich mich zunächst einmal bei Ihnen allen sehr herzlich bedanken.

(Beifall FDP)

Die Kita-Reform beinhaltet einen Gleichklang von finanzieller Entlastung der Familien und der Kommunen

(Klingelton erklingt)

- auch ein interessanter Ton - und schafft gleichzeitig mehr Qualität in den Einrichtungen. Sie ist ein Einstieg in eine transparente und vor allem faire Lasten- und Kostenverteilung.

Mit der Deckelung der Kita-Beiträge entlasten wir selbstverständlich die Eltern von zum Teil viel zu hohen Gebühren. Wir sind nicht nur das Bundesland mit den höchsten Gebühren, sondern auch das mit nicht zu erklärenden Unterschieden bei den Gebühren. Wie wollen Sie es den jungen Eltern erklären, dass sie im Zweifel in der Nachbargemeinde 300 € mehr für die frühkindliche Bildung ausgeben sollen als dort, wo sie gerade leben? Damit machen wir Schluss und sorgen für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Schleswig-Holstein. Das ist gut, und das ist richtig so.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir führen erstmals - auch darauf können alle die an dem Prozess teilgenommen und mitgearbeitet haben stolz sein - Mindestvorgaben für eine landeseinheitliche Sozialstaffel und eine Geschwisterermäßigung ein sowie ein echtes Wahlrecht für die Eltern bei freien Plätzen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Diese Wahlfreiheit führt dazu, dass wir in Zukunft keine verzweifelte Briefe mehr beispielsweise von alleinerziehenden Müttern erhalten werden, weil ihre Wohnortgemeinde die Kostenübernahme für den Ganztagsplatz im Nachbarort mit Verweis auf den vorhandenen Halbtagsplatz vor Ort ablehnt und sie in der Folge ihre Berufstätigkeit aufgeben müssen. Ja, ist das denn das, was man unter moderner Familienpolitik versteht, dass im Zweifel aufgrund eines fehlenden passenden Angebotes junge, gut ausgebildete, aber alleinerziehende Frauen ihre berufliche Karriere an den Nagel hängen? Jamaika sagt dazu nein.

Wir schaffen die Voraussetzung für ein Wunsch- und Wahlrecht. Da kann man sich noch so verdrehen und im Zweifel auf Verbandsebene von einem

(Minister Dr. Heiner Garg)

undurchsichtigen Finanzierungssystem sprechen: Ich will, dass diese jungen Familien und diese jungen alleinerziehenden Frauen eine Chance haben und eine gute Kinderbetreuung bekommen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir erhöhen die Qualität in den Einrichtungen, indem wir bei Personal und Gruppengrößen verbindliche Standards festlegen, und zwar Standards, die oberhalb der bisherigen heimaufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen für den Betrieb einer Kita liegen. Alle Träger sind zudem verpflichtet, ein Qualitätsmanagementverfahren zu nutzen. Auch ist geregelt, dass alle Kindertageseinrichtungen kontinuierlich eine pädagogische Fachberatung in Anspruch nehmen.

Natürlich werden wir die Kommunen bei den Kosten der Betreuung entlasten, indem wir einen dynamisch steigenden, anteiligen - und zwar erstmalig einen verlässlichen - Landesbeitrag einführen,

(Beifall FDP - Werner Kalinka [CDU]: Genauso ist es!)

der im Übrigen an die Entwicklung der Platzzahlen und die Entwicklung der Betreuungszeiten gekoppelt ist. Somit wird im Rahmen des Standardqualitätskostenmodells die Kostendynamik für alle Betreuungsformen vom Land in Zukunft übernommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Reform spielt die verschiedenen Akteure - Kommunen, Einrichtungen sowie Eltern und selbstverständlich auch die Kinder - eben nicht gegeneinander aus. Das ist der Kern dieser Reform: ein ausgewogenes System zu schaffen, das weit über diese Legislaturperiode hinaus Bestand haben wird. Damit wollen wir vor allem eins erreichen: faire und bessere Startchancen für die jüngsten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zu schaffen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben diese Reform in einem sehr aufwendigen, gemeinsamen Beteiligungsprozess von Land, Eltern, Trägern und Kommunen erarbeitet. Ich sage an dieser Stelle allen Verfahrensbeteiligten - manche sind noch da - herzlichen Dank für die letzten zwei Jahre, die aufregend, anstrengend und immer wieder kontrovers waren. Ich sage auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und meinem Staatssekretär von Herzen Dank. Das war ein Reformwerk, das es in sich hatte. Es war nicht immer leicht; auch wir haben zwischendurch gezweifelt,

ob wir das, was wir uns vorgenommen haben, tatsächlich so hinkommen. Wir haben es hinkommen. Das Ergebnis liegt vor Ihnen - Danke dafür. Darauf können wir und vor allem Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, zu Recht stolz sein, denn Sie alle haben daran mitgewirkt.

(Beifall FDP und CDU)

Mit der Kita-Reform entsteht aus einem partizipativen Ansatz heraus ein anpassungsfähiges System. Das Ziel ist, eine wirklich umfassende, tragfähige, praxistaugliche und zielorientierte Reform auf den Weg zu bringen. Daher haben wir auch nach der zweiten Lesung den Prozess mit allen Verfahrensbeteiligten fortgesetzt. Das zeigt: Diese Landesregierung ist offen für konstruktive Kritik und möchte dieses Reformwerk im Laufe der Zeit noch besser machen.

Im Sozialausschuss haben wir den Entwurf des KiTa-Reform-Gesetzes intensiv diskutiert. Die angehörten Verbände haben dabei wertvolle Anregungen zu einer weiteren Verbesserung des Gesetzentwurfs beigesteuert. Um die Reform noch ausgewogener und familienfreundlicher zu gestalten, hat der Ausschuss - haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete - richtige, notwendige und wichtige Anpassungen am Gesetzentwurf vorgenommen, auf die ich kurz eingehen möchte.

Erstmals haben wir mit der Reform Mindestanforderungen bei den Verfügungszeiten und den Leitungsfreistellungszeiten in jeder Kita festgelegt. Bei den Verfügungszeiten, also den Zeiten für pädagogische Vor- und Nachbereitung, hat eine Überprüfung der Annahmen über den Status quo eine deutliche Anhebung ergeben. Es wurden bei den Verfügungszeiten statt der ursprünglich geplanten fünf Stunden pro Woche und Gruppe ab 2021 nun 7,8 Stunden pro Woche und Gruppe festgeschrieben. Bei den Leitungsfreistellungen war im ersten Gesetzentwurf bei den Einrichtungen mit mindestens fünf Gruppen eine Kraft für Leitungsaufgaben vom Gruppendienst freigestellt. Auch hier hat die Überprüfung der Verfügungszeiten Spielräume geschaffen. Diese werden genutzt, um jetzt zusätzlich eine verpflichtende Leitungsfreistellung ab der sechsten Gruppe einzuführen. So kann in Zukunft in einer Einrichtung beispielsweise mit zehn Gruppen eine weitere halbe Stelle freigestellt werden.

Darüber hinaus wurden im Gesetzentwurf die besonderen Bedürfnisse der Kitas der nationalen Minderheiten und Volksgruppen noch einmal präzisiert. Das war zwar schon im Ursprungsentwurf angedacht, aber, lieber Flemming Meyer, durch den en-

(Minister Dr. Heiner Garg)

gen Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der dänischen Minderheit konnte das Anliegen noch einmal viel deutlicher herausgearbeitet werden. Ich bin froh darüber - das sage ich den Abgeordneten des SSW ausdrücklich -, denn für die Landesregierung ist eines klar: Die Angebote der Minderheiten sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Kita-Landschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch beim Thema Eigenanteile der Einrichtungsträger hat ein guter Austausch mit den Betroffenen dazu geführt, dass eine gemeinsame Sichtweise hier explizit ihren Niederschlag im Gesetzentwurf findet. Zur Finanzierung der Standardqualität dürfen ab 2025 im Zielsystem vom Einrichtungsträger keine Eigenanteile mehr verlangt werden. In der Übergangsphase bis 2024 sollen sich Träger und Standortgemeinden über den Umgang mit den Eigenanteilen verständigen.

Naturkindertagesstätten sind ein fester und wichtiger Bestandteil der Kita-Landschaft in Schleswig-Holstein. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Die dauerhafte Zulassung von Naturkrippengruppen und Naturhortgruppen ist nun klar und präzise im Gesetz geregelt. Bisher gab es keinerlei gesetzliche Vorgaben dazu, wann Naturgruppen förderungsfähig sind. Das wird sich mit der Reform ändern: Fortan sind Naturkindertagesstätten förderfähig, die Kinder ab einem Alter von 20 Monaten betreuen. Zudem gelten nun auch solche Gruppen als Naturgruppen, die sich nur geringfügig in Innenräumen aufhalten, beispielsweise wenn die Kinder dort ihre Mahlzeiten zu sich nehmen.

Ich möchte einen weiteren Punkt besonders hervorheben, der hier sehr emotional diskutiert worden ist und in der Anhörung ein zentrales Thema war: Das Gesetz zur Kita-Reform stellt sicher, dass Kinder mit Handicap auch in Zukunft gut gefördert werden können.

Ich habe es schon einmal im Ausschuss gesagt und wiederhole es: Es ist Aufgabe der Opposition, zu kritisieren, gern auch scharf zu kritisieren, es ist aber auch die Verpflichtung der Opposition, bei der Rhetorik Vorsicht zu wahren, um die Menschen draußen nicht zu verängstigen und keine Falschbehauptungen aufzustellen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will sehr deutlich, aber ohne Schärfe sagen: Die Frage der Beitragsfreiheit und Nichtbeitragsfreiheit für Eltern von Kindern mit Handicap ist eine Folge des Bundesteilhabegesetzes, ist eine Folge der Trennung von fach- und existenzsichernden Leistungen. Wir werden gemeinsam beobachten, wie sich die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Schleswig-Holstein auswirken wird.

Ich will jetzt dazu kommen, was wir im Einzelnen haben. - Frau Pauls, ich sehe Ihre Wortmeldung; ich bitte Sie, sich später zu Wort zu melden, weil ich jetzt gern auf Ihren skandalisierenden Vorwurf eingehen möchte. Sie haben der Landesregierung vorgeworfen, eine Kita-Reform erarbeitet zu haben und dabei die Frage der Kinder mit Handicap völlig auszublenzen.

Tatsächlich gestaltet es sich wie folgt: Zu den verbindlichen Qualitätsstandards des Gesetzes gehört, dass Kinder mit unterschiedlichen Befähigungen gemeinsam gefördert werden sollen. Handicaps, Beeinträchtigungen oder Benachteiligungen eines Kindes sollen durch individuelle Hilfe ausgeglichen oder verringert werden.

Die Möglichkeit, die Aufnahme eines Kindes aus Gründen eines vorhandenen oder - wie die Abgeordnete von Kalben richtig gesagt hat - vielleicht eintretenden Handicaps abzulehnen, werden deutlich stärker als bislang eingeschränkt. Dies ist nur noch im Ausnahmefall möglich, wenn die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Förderung des Kindes in der Gruppe nicht gegeben sind und nicht zu einem vertretbaren Aufwand geschaffen werden können.

Ablehnungen müssen dem Kreis mitgeteilt werden. Dieser prüft dann, ob tatsächlich eine Ausnahme vorliegt. Damit ist gewährleistet, dass eine bedarfsgerechte Förderung genau überprüft wird. Zudem gilt selbstverständlich auch für Kinder mit Handicap ein Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kita. Wenn also in einer bestimmten Kita eine bedarfsgerechte Förderung für ein Kind mit Handicap nicht möglich ist, hat der örtliche Träger die Pflicht, für das Kind eine andere passende Einrichtung zu finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund finde ich es nicht redlich, sich hier hinzustellen und solche Behauptungen aufzustellen. Unter uns könnten wir das ertragen, Herr Stegner, ich habe keinen Schmerz mit engagierter Oppositionskritik, ich habe aber einen Schmerz damit, dass Eltern von Kindern mit Handicap durch solche Äußerungen verunsichert werden.

(Minister Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Wir haben weitere Fortschritte bei der Inklusion in der frühkindlichen Bildung erreicht und eine Pflicht zur Platzzahlreduzierung in das neue Gesetz aufgenommen. Der Kreis kann also auf Antrag des Trägers den Bedarf zur Gruppenreduzierung feststellen, den er dann auch finanziert.

Bislang wird die Platzzahlreduzierung nur vorgenommen, sofern die Kosten aus Mitteln der Eingliederungshilfe übernommen werden. Eine Platzzahlreduzierung für unter dreijährige Kinder ist dabei bislang nicht vorgesehen. Mit der Kita-Reform wird die Platzzahlreduzierung für den Bereich der unter Dreijährigen endlich umgesetzt.

Wer ernsthaft behauptet, es sei eine Kita-Reform auf den Weg gebracht worden, die die Bedürfnisse von Kindern mit Handicap komplett ausblendet, möge bitte so freundlich sein, noch einmal im Gesetzentwurf, der nachher verabschiedet werden soll, nachzulesen und zu prüfen, ob er wirklich bei seiner Auffassung bleibt.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal betonen - das ist ein Aspekt, der mir manchmal ein wenig zu kurz kommt -, dass die Kindertagespflege mit der Kita-Reform auf völlig neue Füße gestellt wird. Es werden Mindestvergütungssätze festgelegt, und auch für die Kindertagespflege gilt in Zukunft der Beitragsdeckel. Hohe Elternbeiträge für Tagespflegeplätze gehören damit endgültig der Vergangenheit an.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie nun die Zwischenfrage?

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Ja, Entschuldigung, selbstverständlich.

Birte Pauls [SPD]: Vielen Dank, Herr Minister. - Was Sie eben vorgelesen haben, ist ja der Status quo. Niemand hat bezweifelt, dass Kinder mit Handicap in den Kita-Einrichtungen heutzutage nicht gut betreut werden. Ich rede gar nicht vom Status quo. Meine Kritik liegt vielmehr darin: Wenn ich eine Kita-Reform auf den Weg bringe, erwarte ich Verbesserungen, dann erwarte ich Änderungen.

(Zurufe)

- Dann gucken Sie sich bitte einmal die alten Papiere dazu an! - Wenn Sie schon unter Applaus der CDU das Bundesteilhabegesetz kritisieren - ich finde es wirklich befremdlich, dass gerade ihr dazu klatscht -,

(Widerspruch CDU)

dann frage ich Sie, ob Sie nicht die Möglichkeit gehabt hätten, durch die Landesverordnung, durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, die angebliche Lücke zu schließen.

- Sehr geehrte Frau Abgeordnete Pauls, ich habe es - vielleicht anders, als es manch anderer in Verantwortung tun würde - nicht kritisiert, sondern lediglich klargestellt, dass es eine Folge der Trennung von fach- und existenzsichernden Leistungen ist. Ich habe das nicht kritisiert, ich habe lediglich klargestellt, dass es keine Folge der Kita-Reform ist, die in diesem Plenarsaal gleich möglicherweise verabschiedet wird. Das ist mir wichtig.

Ich bitte Sie, in einer ruhigen Minute noch einmal ins Gesetz zu gucken. Sie müssen dann auch nicht sagen, ob Sie es genauso sehen. Sie sagen, ich beschreibe den Status quo. Ich habe darauf hingewiesen: Die Platzzahlreduzierung für unter Dreijährige ist nicht Status quo, sondern ist zusätzlich geschaffen worden. Frau Pauls, gucken Sie sich das noch einmal in Ruhe an, und malen Sie bitte nicht immer alles nur schwarz-weiß nach dem Motto: Da sitzen die Bösen, und Sie hätten alles viel besser gemacht.

Die Kita-Verordnung wird noch kommen. Wir haben das BTHG in unseren Teilhabestärkungsgesetzen umgesetzt und werden sehen, wie das in den nächsten Jahren wirkt. Ich appelliere an Sie und bitte Sie ganz herzlich, die Welt nicht nur in Schwarz und Weiß, in Gut und Böse einzuteilen, sondern sich ernsthaft damit zu beschäftigen, was passiert ist. Ja, bei der Frage der Inklusion haben wir noch mächtig Bedarf, und dazu gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich genau mit den Themen beschäftigt, Frau Pauls. Ich finde es aber schade, und es ist das falsche Signal an die Eltern, dass Sie in einer skandalisierenden Art und Weise insinuierten wollen, es hätte hier einen Rückschritt gegeben. Das ist definitiv nicht der Fall. Ich bitte Sie, dass Sie darüber über Weihnachten noch einmal nachdenken.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Minister Dr. Heiner Garg)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um das ganz deutlich zu sagen: Natürlich ist auch mir und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses zugetragen worden, dass diese Reform bei einigen Beteiligten und Betroffenen Verunsicherung auslöst, die nicht selten aus Missverständnissen resultiert.

Bevor ich im Einzelnen darauf eingehe, frage ich: Wie kann es anders sein? Zum ersten Mal seit drei Jahrzehnten wird das System, das von vielen inzwischen als unzureichend beschrieben wurde, komplett reformiert, die Finanzierung vom Kopf auf die Füße gestellt. Natürlich löst eine solche Reform Fragen, Ängste, Befürchtungen und Missverständnisse aus, wobei man zu manchen Missverständnissen sagen muss, dass sie absichtlich kommuniziert werden und vielleicht nicht immer von reinem Sachwissen geprägt sind.

(Beifall FDP)

Ich würde gern

(Unruhe)

- wenn Sie erlauben, Herr Arp - mit einigen Irrtümern aufräumen.

Ich fange mit einem grundsätzlichen Irrtum an. Den habe ich aus der Debatte mitgenommen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wird in den Kommunen alles sehr viel teurer, weil sie noch einmal richtig Geld in die Hand nehmen müssen, um die Qualitätsstandards, die Jamaika gesetzt hat, zu erreichen, oder - das ist Ihre Lesart - die von uns gesetzten Standards bilden schon heute im Schnitt die Realität ab. Beides zugleich geht aber nicht.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die von uns gesetzten Standards heute schon die Realität abbilden, wird überhaupt nichts teurer, denn wir bezahlen in Zukunft die von uns gesetzten Standards zur Gänze.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Mit der Logik ist das manchmal so eine Sache.

Ich möchte gern im Einzelnen mit einigen Missverständnissen aufräumen.

Mit dieser Reform sind keine vorgeschriebenen Mindestöffnungszeiten von fünf Stunden verbunden, wie manche befürchtet haben, da sie nicht zum Konzept manch eines Angebotes passen würden. Richtig ist, dass die Eltern für ihr Kind täglich eine

mindestens fünfstündige Betreuung verlangen können. Selbstverständlich können sich Eltern für kürzere Betreuungszeiten entscheiden und diese in Anspruch nehmen, wie es sich möglicherweise bei Naturkrippen anbietet.

Diese Reform führt auch nicht - das will ich in aller Deutlichkeit sagen - zu unverhältnismäßigen Dokumentationspflichten. Was wir verlangen - das ist vollkommen logisch und nachvollziehbar -, ist lediglich die Dokumentation der Anwesenheit der Erzieherinnen und Erzieher - auch, um auf Anfrage die Einhaltung des Fachkraft-Kind-Schlüssels belegen zu können. Niemand muss aber seine tägliche Arbeit mit jedem einzelnen Kind dokumentieren, wie so manche Meldung in der Vergangenheit den Anschein erweckt hat. Es ist doch selbstverständlich, dass man das auf Nachfrage nachweisen können muss.

Die meisten Kitas, die ich besucht habe, sagen: Das machen wir heute sowieso schon. Natürlich wissen wir, welche Erzieherin an welchem Tag da war. - Auch hier sage ich: Lassen wir das System einmal starten. Dann gucken wir, wie sich das vor Ort tatsächlich entwickelt.

Auch bei der Hortbetreuung - das stand so im Pressespiegel; ich weiß bis heute nicht, wer das gesagt hat, da kein Name dabeistand, aber es muss jemand von der Opposition gewesen sein - werden keine Standards abgesenkt, denn der Status quo - 15 Kinder betreut durch 1,5 Fachkräfte - bleibt als mittlere Hortgruppe möglich. Für die auf 20 Kinder vergrößerte mögliche Regelgruppe gilt aber auch eine Fachkraftquote von 2,0. Hier irrt man also, wenn man von einer Qualitätsabsenkung spricht. Auch da bitte ich, sich einfach einmal mit den Fakten auseinanderzusetzen, bevor man weiterhin in die Welt setzt, dass es eine Qualitätsverschlechterung gegeben hat. Die hat es nämlich nicht gegeben.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kita-Reform bedeutet nicht, dass Kommunen zukünftig stärker belastet werden. Es wird zwischen Land und Kommunen zukünftig fairer zugehen. Das ist die Wahrheit. Im neuen System bezahlt derjenige, der bestellt. Will das Land höhere Standards, einen niedrigeren Beitragsdeckel oder Kommunalentlastung, so muss das Land mehr Geld in die Hand nehmen und in das SQKM zu stecken, um den Landesanteil zu erhöhen.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist es!)

(Minister Dr. Heiner Garg)

Wollen Träger oder Kommunen mehr Angebote, müssen sie diese in Zukunft auch außerhalb der Standardfinanzierung bezahlen.

(Beifall FDP)

Fair und transparent. Das hat es in der Vergangenheit nie gegeben.

Außerdem sind die Landesmittel so verteilt worden, dass allen Gemeinden ein Ausgleich für die Einführung des Beitragsdeckels gewährt wird. Es erfolgen also keine Ausgleichszahlungen nur an diejenigen Gemeinden, die aktuell höhere Elternbeiträge aufweisen. Das wollten wir explizit so, weil wir diejenigen, die heute besonders kita-freundliche Politik machen, dafür nicht bestrafen wollten. Das heißt, auch Gemeinden, die heute bereits besonders elternbeitragsfreundlich sind, profitieren beispielsweise, indem die Elternbeiträge mit dem zusätzlich vom Land zur Verfügung stehenden Geld noch weiter gesenkt werden können, weil sie das weder in Qualitätsanhebung noch in Senkung der Elternbeiträge auf Deckelniveau investieren müssen.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch Folgendes sagen: In dem Gesetzentwurf steht kein Verbot, die Elternbeiträge unter den Deckel zu senken, aber es gibt sehr wohl ein Verbot, höhere Beiträge als den bald zu beschließenden Deckel zu erheben. Auch das ist richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Schließzeiten will ich noch sagen: Kindertageseinrichtungen, die bislang längere Schließzeiten haben, müssen diese reduzieren. Für Einrichtungen, die bislang kürzere oder keine Schließzeiten haben, setzt das Gesetz keinen Fehlanreiz, die Schließzeiten auf das zulässige Maximum zu erweitern. Wir haben uns extra entschieden, im Standard-Qualitätskosten-Modell zu berücksichtigen, dass die Höhe der Fördersätze vom Umfang der Schließzeiten abhängig ist.

Mein Staatssekretär, ich und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses werden weiterhin den Dialog mit den Kommunen und den Trägern suchen. So schaffen wir es, Missverständnisse oder Befürchtungen auszuräumen. Mit den Prognosetools des Landes überprüfen wir beispielsweise die errechneten Gruppenfördersätze und Gemeindegliederanteile. Ich darf einmal aus dem Nähkästchen plaudern: Wir haben bereits in vielen Fällen die Be-

fürchtung entkräftet, die Reform führe zu einer Mehrbelastung bei den Kommunen.

Ebenso werden wir im nächsten Jahr im engen Austausch bleiben und Schulungen zur Kita-Datenbank durchführen, Auslegungshinweise für das Gesetz an die Jugendämter geben und Träger und Gemeinden bei der Anpassung der Finanzierungsvereinbarungen im Rahmen einer Arbeitsgruppe unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für mich ist das heute kein Schlusspunkt, sondern der Start in eine neue Zeit, was die frühkindliche Bildung in Schleswig-Holstein betrifft. Das haben viele Damen und Herren Abgeordnete vor mir gerade schon geschildert. Der Grundstein ist gelegt. Wir bieten Ihnen - auch der Opposition - an: Seien Sie mit an Bord, nutzen Sie diesen Grundstein, um darauf aufbauend mit uns weiterhin Schleswig-Holstein zu einem noch familienfreundlicheren Land werden zu lassen, in dem alle jüngsten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner beste Startchancen bekommen.

Wir alle gemeinsam - ich schließe die Verhandlungspartnerinnen und Verhandlungspartner ausdrücklich ein - haben das dafür notwendige bislang geleistet und werden auch in Zukunft hart daran arbeiten, dass Schleswig-Holsteins Jüngsten die besten Startchancen mit auf den Weg bekommen. - Vielen Dank. Vielen Dank auch für die Geduld, dass ich meine Redezeit ein wenig überzogen habe.

(Heiterkeit - Lang anhaltender Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Lieber Herr Minister, die Technik hat zwischendurch den Geist aufgegeben. Wir haben auch nicht die Chance eines Videobeweises. Wir schätzen die erweiterte Redezeit auf gut 12 Minuten. Diese Zeit stünde allen anderen Fraktionen zur Verfügung. - Aber ich sehe nicht - ich mache das einmal schnell -, dass davon Gebrauch gemacht wird.

Bevor wir in die Abstimmung eintreten, begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages unsere Landespastorin Frau Claudia Bruweleit und Herrn Landespastor Naß sowie unsere ehemalige Kollegin Frau Heike Franzen. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1890, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Ich lasse nun über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/1699, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf, Drucksache 19/1699, mit den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Abgeordneten Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen der SPD-Fraktion in der Fassung der Drucksache 19/1847 angenommen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich unterbreche die heutige Sitzung. Wir fahren um 15 Uhr fort.

(Unterbrechung: 13:32 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne wieder die Sitzung und darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. Es ist zwei Minuten nach 15 Uhr. Wir wollen langsam starten. - Bis sich auch die letzten Kollegen eingefunden haben, will ich schon damit starten, Gäste zu begrüßen. Auf unserer Besuchertribüne haben sich heute Nachmittag Mitglieder des Frauenbüros der Hansestadt Lübeck und Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Bosau eingefunden. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

Mindestlohn auch für Jugendliche

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1864

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es war ein langer und beschwerlicher Weg, bis in Deutschland der flächendeckende Mindestlohn gesetzlich eingeführt wurde. Er gilt seit Anfang 2015 und hat seinerzeit mit 8,50 € angefangen. Während Arbeitgeberverbände oder Wirtschaftsforschungsinstitute im Vorfeld die schlimmsten Befürchtungen für die Wirtschaft an die Wand malten und nahezu den Untergang des Abendlandes prophezeiten, wissen wir heute, dass es nicht so gekommen ist.

(Beifall SSW und SPD)

Im Gegenteil, der Mindestlohn wirkt. Und er wirkt sich positiv aus! Seit der Einführung haben rund vier Millionen Beschäftigte unmittelbar vom Mindestlohn profitiert. Unterm Strich ist festzustellen, dass die Zahl der Beschäftigten seit 2015 gestiegen ist; Gleiches gilt für das Stundenlohniveau. Zu diesem Ergebnis ist jüngst die Mindestlohnkommission gekommen. Demnach hat der Mindestlohn sogar Löhne oberhalb der Grenze beeinflusst. Das heißt, viele Unternehmen hoben generell ihre Löhne an, um keinen Wettbewerbsnachteil gegenüber Konkurrenten zu haben.

(Beifall SSW)

Aber auch die deutsche Wirtschaft profitiert von der Einführung des Mindestlohnes; denn dadurch erhöht sich Kaufkraft. Der DGB geht davon aus, dass 1 ct mehr Mindestlohn einen Kaufkraftgewinn von 20 Millionen € im Jahr auslöst. Die Anpassungen des Mindestlohnes 2019 und 2020 werden nach deren Schätzung rund 1,7 Milliarden € zusätzliche Kaufkraft erzeugen. Unter dem Strich kommt das auch der Wirtschaft zugute.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stellen fest: Der gesetzliche Mindestlohn hat mit seiner Einführung zu mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt geführt. Das war das vorrangige Ziel des Gesetzes. Aber auch hier gilt: Es muss ständig evaluiert und weiterentwickelt werden. Nur dann erfüllt es auch künftig sein Motto: „Gute Löhne für gute Arbeit!“

Der Gesetzgeber hat seinerzeit ausdrücklich Ausnahmen festgelegt, die ihre Berechtigung haben oder hatten. Und damit komme ich zu unserem Antrag. Im § 22 Absatz 2 des Mindestlohngesetzes ist festgelegt:

„Personen im Sinne von § 2 Absatz 1 und 2 des Jugendarbeitsschutzgesetzes ohne abge-

(Flemming Meyer)

schlossene Berufsausbildung gelten nicht als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes.“

Anders gesagt: Jugendliche im Alter zwischen 15 und 18 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung haben keinen Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn.

Dieser Passus wurde seinerzeit in das Gesetz aufgenommen, weil befürchtet wurde, dass es Jugendliche davon abhalten würde, weiter zur Schule zu gehen oder eine Berufsausbildung zu machen und sie stattdessen jobben gehen würden.

Nach unserer Auffassung zieht dieses Argument nicht; denn heute entscheiden sich immer noch die meisten Jugendlichen für den weiteren Schulbesuch oder eine Berufsausbildung - sofern Ausbildungsplätze vorhanden sind -, und das, obwohl die Ausbildungsvergütungen zum Teil niedriger sind, als wenn sie irgendwo jobben gingen und dort Stundenlöhne von 7 bis 8 € bekämen. Für uns als SSW bedeutet das, dass die Begründung für diesen Passus nicht mehr zutrifft.

Zudem sehen wir hier eine Ungleichbehandlung von Jugendlichen über und Jugendlichen unter 18 Jahren, obwohl sie die gleiche Arbeit machen. Das Ziel „Gleiche Löhne für gleiche Arbeit!“ läuft damit ins Leere. Das kann nicht gewollt sein.

Außerdem sind wir der Auffassung, dass diese pauschale Ausnahme von Jugendlichen unter 18 Jahren gegen das Gleichstellungsprinzip verstößt.

Deshalb fordern wir, das Gesetz dahingehend zu ändern, dass auch Jugendliche ab 15 Jahren künftig den Mindestlohn erhalten. Die bisherige Altersdiskriminierung muss aus dem Gesetz heraus! Tragen sie dazu bei, das Gesetz noch ein Stück besser und noch ein Stück fairer zu machen und unterstützen Sie unseren Antrag! - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peer Knöfler das Wort.

Peer Knöfler [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Wenn Jugendliche neben Schule und Freizeitgestaltung arbeiten, dann sind das in der Regel Jobs wie Zeitungen austragen, Regale in Supermärkten auffüllen oder unterstützende Tätigkeiten in der Gastronomie, der Landwirtschaft und der

Gästebetreuung. Erst später kommen qualifiziertere Arbeiten hinzu.

Schleswig-Holstein ist ein mittelständisch sowie touristisch und landwirtschaftlich geprägtes Flächenland. Tourismus und Landwirtschaft sind Branchen, die saisonbedingte Mehrarbeit und Stoßzeiten mit sich bringen. - Gut für unseren Nachwuchs, der sich in dieser Zeit ein bisschen Taschengeld hinzuverdienen kann. Und: Gut für unsere Arbeitgeber, die in diesen Phasen Hilfstätigkeiten an Schülerinnen und Schüler übertragen können, ohne die Kostenbelastung eines regulär Angestellten zu haben.

Stellen wir uns doch einmal die Frage, warum unsere Kinder einem Ferienjob nachgehen oder in ihrer Freizeit nach der Schule arbeiten. Ganz ehrlich, liebe Eltern - auch hier im Plenarsaal -: Steht dahinter nicht auch ein erzieherischer Grund?

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ja!)

Wollen wir unseren Kindern nicht mit auf den Weg geben, dass das Geld sich nicht automatisch in Mamas und Papas Portemonnaie vermehrt und nicht, wie man umgangssprachlich sagt, auf Bäumen wächst? Die Wertschätzung für eigenständig verdientes Geld ist doch eine andere als die für gutgemeinte Geldgeschenke oder das saftige Taschengeld aus dem Elternhaus.

Verstehen sie mich nicht falsch: Jugendliche dürfen und sollen ihre Arbeitskraft nicht unter Wert verkaufen. Aber da sollten wir als Eltern und nicht als Politiker beratend hinter unseren Kindern stehen!

(Beifall CDU, Kay Richert [FDP] und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Ich finde schon, sie dürfen die Erfahrung machen, dass Geldverdienen nicht immer einfach ist. Auch solche Erfahrungen sind es doch, die unsere Kinder auf das wirkliche Leben mit all seinen facettenreichen Seiten vorbereiten. Wertschätzung, Respekt, verantwortungsvoller Umgang in allen Bereichen des Lebens sollten unsere Schützlinge von Haus aus mitbekommen. Dazu gehört, dass man nicht immer den Weg des geringsten Widerstandes wählt und das Popöchen gepudert bekommt.

Ab 2020 liegt der gesetzliche Mindestlohn für Arbeitnehmer über 18 Jahren oder ausgebildete Arbeitnehmer über 9 € Lieber Kollege Harms als Antragsteller, lieber Kollege Meyer als Redner, liebe Abgeordnete des SSW, Sie sprechen in Ihrem Antrag von einem Lohn zwischen 7 € und 8 € für Schülerjobs. Das trifft nicht immer zu beziehungsweise ist nicht allgemeingültig und trotzdem schon viel Geld.

(Peer Knöfler)

Im Vergleich zum gesetzlichen Mindestlohn, angelehnt an meine vorausgegangene Argumentation und auch an die Wertschätzung gegenüber Auszubildenden und Arbeitnehmern, für die ein Job nicht ein netter Zuverdienst ist, sondern ihr tägliches Brot, mit dem sie eventuell sogar eine Familie ernähren müssen, finde ich: Ein Arbeitgeber sollte nach wie vor selbst entscheiden dürfen, wieviel ihm eine Unterstützung in Form einer jugendlichen Hilfskraft ohne fachliche Profession wert ist. Er wird sicherlich auch immer das Thema Nachwuchsgewinnung bedenken.

(Birte Pauls [SPD]: Stimmt!)

Eine ungelernte Aushilfskraft darf nicht mit einer ausgebildeten Fachkraft verglichen werden, finanziell nicht, in der Ausführung ihrer Tätigkeit nicht und auch nicht, weil sie noch keine 18 Jahre alt ist. Der Vergleich findet für die Schülerinnen und Schüler in der Lohnzahlung ihrer Arbeitgeber statt. Und die tun es auch untereinander und tauschen sich darüber aus.

Den Ruf einer zu geringen oder geringeren Entlohnung kann sich branchenintern kaum ein Arbeitgeber leisten. Hier muss nicht die Politik regulieren; da stehen die Arbeitgeber dann logischerweise selbst in Verantwortung, ob sie Hilfskräfte finden oder nicht.

Genau deshalb spricht sich die CDU-Fraktion für die Ablehnung des Antrags des SSW mit dem Titel „Mindestlohn auch für Jugendliche“ aus. Aber ich lasse mich gern im Wirtschaftsausschuss von einer konstruktiven und nachvollziehbaren Argumentation überzeugen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus dem allgemeinen Mindestlohngesetz, das zum 1. Januar 2015 in Kraft trat, wurden Jugendliche ausgenommen, um zu verhindern, dass Jugendliche anstelle einer Ausbildung einen Job ergreifen, in dem der Mindestlohn gezahlt wird.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Die SPD hat sich deshalb für eine Mindestausbildungsvergütung eingesetzt. Nun können wir mit

Stolz sagen: Die SPD hat sich bei der Mindestausbildungsvergütung durchgesetzt. Im Oktober hat der Bundestag den Azubi-Mindestlohn beschlossen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Mindestausbildungsvergütung wird die Verpflichtung für angemessene Ausbildungsvergütungen endlich konkretisiert und im Berufsbildungsgesetz verankert. Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Ihre Leistung verdient deshalb Respekt und vor allem eine ordentliche Bezahlung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Durch die Einführung der Mindestausbildungsvergütung können wir nun die Ausnahme von Jugendlichen beim Mindestlohn streichen. Das ist jetzt auch aktuelle Beschlusslage der Sozialdemokratie.

Kolleginnen und Kollegen, das Mindestlohngesetz hatte zunächst einen Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde vorgesehen. Heute liegt der Mindestlohn bei 9,19 € pro Stunde und steigt zum 1. Januar auf 9,35 € pro Stunde. Nach einer Studie von Arbeitsmarktexperten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat der flächendeckende Mindestlohn zu einer Lohnsteigerung von rund 10 % für die betroffenen Beschäftigten geführt. Die von vielen Lohndumpingexperten errechneten Arbeitsplatzverluste sind dagegen sehr gering ausgefallen und vor allem ausschließlich bei Minijobs aufgetreten. Vor diesem Hintergrund ist es richtig und notwendig, die Ungleichbehandlung von Jugendlichen unter 18 Jahren in Bezug auf den Mindestlohn zu beenden.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz muss dabei weiterhin streng eingehalten werden. Die Einführung des Mindestlohns in Deutschland war eine überfällige Reform unserer Arbeitsmarktpolitik. Sie hat sich bewährt. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär gezahlt werden. Deshalb muss der Mindestlohn auch unabhängig vom Lebensalter gelten.

Ohne Mindestlohn besteht die Gefahr, dass Menschen ausgebeutet werden. Die Kreativität von Arbeitgebern, die den Mindestlohn umgehen wollen, ist sehr beeindruckend. Natürlich halten sich die meisten Unternehmer beziehungsweise Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Aber die Realität am Arbeitsmarkt kennt auch die Umgehung von Mindestlöhnen: durch gestrichene Zuschläge, durch weni-

(Wolfgang Baasch)

ger Urlaubstage oder zum Beispiel durch Überstunden, die nicht vergütet werden.

Aber auch Jugendliche sind heute schon bei der Umgehung des Mindestlohns von Tricks der Arbeitgeber betroffen. Da gibt es zum Beispiel den Praktikumstrick, in dem Arbeitsverhältnisse zu Praktika oder Volontariaten deklariert werden, obwohl es sich um Arbeitsverhältnisse handelt. Da gibt es aber auch den sogenannten Sohnmann-Trick. Da werden Minijobber angehalten, Familienangehörige unter 18 Jahren bei ihrem Arbeitgeber anzumelden, um die Ausnahmen für Minderjährige zu nutzen.

Diese Liste lässt sich fortsetzen, sind doch Arbeitgeber sehr findig darin, wenn es darum geht, die gesetzlichen Regelungen zum Mindestlohn zu umgehen. Auch darum ist es wichtig, die Ausnahmen für Jugendliche unter 18 Jahren zu beenden.

Dennoch muss klar sein: Mindestlöhne sichern nur das Mindeste. Gute Arbeit geht nur mit Tarifvertrag. Deshalb braucht es konkrete Maßnahmen und den politischen Willen, um die Tarifbindung in Deutschland zu erhöhen. Wir brauchen umfassende Tariftreuerregelungen und eine wirksame Erleichterung von Erklärungen zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Das eine geht auf Bundesebene, das andere haben wir leider kontraproduktiv durch die Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein erlebt. Das Schwächen des schleswig-holsteinischen Tariftreue- und Vergabegesetzes war ein Riesenschritt im Kampf für gerechte Löhne

(Beifall SPD und SSW)

und für die Stärkung der Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hier muss die Landesregierung endlich umsteuern. Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gehören nicht geschwächt, sondern gestärkt.

Die SPD tut es jedenfalls. Wir wollen die perspektivische Anhebung des Mindestlohns auf 12 € Hier sollte die öffentliche Hand bei der Auftragsvergabe mit gutem Beispiel vorangehen. Dafür wollen wir auf Bundesebene ein Tariftreuegesetz mit einem Mindestlohn von 12 € schaffen.

Dem Antrag des SSW stimmen wir auf jeden Fall zu. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth das Wort.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr werten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin und Kollegen des SSW, vielen Dank für diesen Antrag. Ich finde es richtig und es ist auch wichtig, dass wir uns auch hier im Landtag mit den Ausnahmen vom Mindestlohn auseinandersetzen. Gerade die Ausnahme der Jugendlichen vom Mindestlohn gehört diskutiert. Man muss doch wirklich fragen, mit welchem Recht es sich der Gesetzgeber herausnimmt, Menschen, die gleiche Arbeit erbringen, nur aufgrund ihres Alters von der Mindestlohnregelung auszunehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Oft heißt es - und das haben wir heute auch schon gehört -, ein Mindestlohn halte Jugendliche davon ab, eine Ausbildung zu beginnen. Das Argument zieht einfach nicht. Jugendliche können sich eben nicht mit 16 Jahren einfach überlegen, was sie machen und auf jegliche Form der schulischen und beruflichen Bildung verzichten. Das wird oft vergessen. In Schleswig-Holstein gilt auch nach neun Schuljahren bis zum 18. Lebensjahr noch eine Teilzeitschulpflicht. Damit kommen die Jugendlichen doch gar nicht dazu, sich nur auf einen Job zu konzentrieren. Sie müssen sowieso in berufsorientierende Kurse gehen oder mit einer Ausbildung beginnen. Und gute Arbeitsbedingungen und attraktive Ausbildungsplätze werden in Zukunft auch weiterhin die viel wichtigeren Faktoren sein, wenn es darum geht, sich für oder gegen eine Ausbildung zu entscheiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Geld ist nicht alles. Wenn der Mensch seine Entscheidungen immer nur vom Geld abhängig machen würde, würden viele Erwerbsbiografien anders aussehen. Eine fundierte Ausbildung, die einen Weg zur qualifizierten Weiterbildung ebnet, ist ein eigener Wert, unabhängig vom Geld. Diesen ideellen, immateriellen Wert müssen wir den Jugendlichen deutlich besser vermitteln. Eine Ausnahme vom Mindestlohn treibt mich als jungen Menschen nicht in eine Ausbildung, denn - da müssen wir uns die Realität einmal anschauen - schon heute liegen die gezahlten Löhne für Jugendliche oftmals sogar über der Ausbildungsmindestvergütung. Menschen sind komplexere Wesen mit differenzierteren Entscheidungsmustern. Das müssen wir auch in der Mindestlohndebatte endlich anerkennen.

(Joschka Knuth)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Warum soll eine 17-jährige Auszubildende, die am Sonntag im Café arbeitet, um ihre Auszubildendenvergütung etwas aufzubessern, weniger verdienen müssen, als die 19-jährige Studentin, die ihr BAföG aufbessert?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Welchen Qualifikationsunterschied gibt es zwischen diesen beiden, der diese unterschiedliche Bezahlung rechtfertigen würde? Das widerspricht meinem Begriff von Gerechtigkeit, meine Freundinnen und Freunde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dass wir Ausnahmen vom Mindestlohn haben, beispielsweise bei der Mindestvergütung von Auszubildenden, daran wollen wir grundsätzlich gar nicht rütteln, das ergibt aus meiner Sicht, wie ich es bereits erläutert habe, auch Sinn. Andere Ausnahmen ergeben jedoch keinen Sinn, und dann müssen wir gemeinsam darüber sprechen, ob wir sie beibehalten oder ändern können, meine werten Kolleginnen und Kollegen. Dabei sage ich nicht, dass die pauschale Aufhebung der Ausnahme der einzig richtige Weg ist. Womöglich müssen weitere Argumente gesichtet und gegeneinander abgewogen werden. Deshalb ist es richtig, dass wir die Initiative im Ausschuss weiter beraten. Aber klar ist, dass wir Handlungsbedarf sehen, meine Kolleginnen und Kollegen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Eine Mindestlohnregelung war ja schon über Jahre hinweg Diskussionsgegenstand aller Parteien und ist mittlerweile akzeptierter Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik. Der Untergang des Abendlandes ist ja nichts weiter als die Kampfrhetorik der Befürworter der jetzigen Regelung gewesen.

Das Konzept der Lohnuntergrenze, das wir propagiert haben, unterschied sich von der nun geltenden

Regelung in erster Linie dadurch, dass wir die Tarifpartner, also die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, aktiv mit einbinden wollen. Das hätte die Tarifautonomie gestärkt. Es ist jetzt anders gekommen. Der Gesetzgeber hat dirigistisch eingegriffen, und eine Expertenkommission befindet über die Ausgestaltung des Mindestlohns. Das ist auch eine sehr kluge Regelung, denn so bleibt der Mindestlohn - jedenfalls in der Theorie - dem politischen Überbietungswettbewerb entzogen. Wie klug das ist, sieht man aktuell gerade wieder am durchschaubaren Überbietungswettbewerb der linken Parteien auf ihren neuesten Parteitagsbeschlüssen. Das ist reine Effekthascherei, ohne Anspruch auf Verbesserung für die Betroffenen.

(Beifall FDP und CDU)

Die Rechtsgrundlage für den Mindestlohn ist das Mindestlohngesetz, MiLoG. Im persönlichen Geltungsbereich des MiLoGs werden Ausnahmen für Gruppen definiert, für die der Mindestlohn nicht gilt. Das sind Azubis, Ehrenamtliche und unter bestimmten Bedingungen auch Praktikantinnen und Praktikanten, Jugendliche und ehemalige Langzeitarbeitslose.

Nun kann man natürlich „Skandal“ rufen und mit Buzzwords wie „unfair“, „vorenthalten“, „ungerecht“, „Ungleichbehandlung“, „Gerechtigkeit“, „Diskriminierung“ oder „Benachteiligung“ um sich werfen. Dadurch bekommt man die Sache schön emotional und muss sich nicht mit störenden Vernunftargumenten aufhalten.

Witzigerweise kommen solche Scheinargumente meist von denen, auf deren Mist das MiLoG gewachsen ist.

Ich denke, unter dieser Rubrik können wir auch den Kollegen Baasch und seinen Beitrag einsortieren.

(Zuruf: Natürlich!)

Der vorliegende Antrag hält sich hier übrigens angenehm zurück, von den genannten Buzzwords wurden nur zwei wiederholt benutzt.

Wir von der FDP wollen aber wirklich etwas für die Bürgerinnen und Bürger in diesem schönen Land verbessern und gehen die Sache daher vernunftgesteuert an. Und siehe da, für die Ausnahmen gibt es tatsächlich gute Begründungen. Ein Mindestlohn für Ehrenamtliche würde das Ehrenamt unmöglich machen, damit würden wir den vielen Vereinen in unserem Land, die sich aktiv für unsere Gesellschaft einbringen, doch in den Rücken fallen.

(Kay Richert)

Für die Azubis gelten andere Rechtsgrundlagen, über die haben wir schon leidig diskutiert. Bei Praktikantinnen und Praktikanten sowie bei ehemaligen Langzeitarbeitslosen ist die Hinführung zum ersten Arbeitsmarkt doch das zentrale Momentum. Auch bei Jugendlichen gibt es Gründe, sie vom Mindestlohn auszunehmen. Ein Grund kann sein, dass die Aufnahme einer Ausbildung nicht unattraktiv gegenüber der ungelerten Arbeit mit höherem Einkommen sein soll. Ist es wirklich so? Gibt es diesen Effekt tatsächlich? Es gibt eine Untersuchung dazu, und Holger Schäfer vom Institut der deutschen Wirtschaft hat festgestellt, dass zum Beispiel in Frankreich junge Menschen Schwierigkeiten haben, in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Zum Zeitpunkt dieser Untersuchung im Jahr 2015 galt dort der Mindestlohn von 9,35 €. Weil junge Menschen aufgrund des höheren Mindestlohns Schwierigkeiten beim Berufseintritt hatten, steuerte der Staat mit Subventionsprogrammen dagegen. Ich weiß, dass Sie bei diesem Wort leuchtende Augen bekommen, aber das kann ja nicht unser Ziel sein. Wir wollen möglichst viele junge Menschen dazu befähigen, ein eigenverantwortliches, glückliches Leben zu führen. Der beste Weg dazu ist eine berufliche Ausbildung.

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Es gibt also den Effekt, dem das MiLoG mit seinen Ausnahmetatbeständen vorbeugen will. Es sprechen aber auch gute Gründe dafür, die Sache wenigstens intensiv zu diskutieren. Es ist zumindest ordnungspolitisch fragwürdig, wenn Arbeitnehmer von einer Schutzregel ausgenommen werden, weil sie ein bestimmtes Alter noch nicht erreicht haben. Menschen sind ja schließlich alle gleich viel wert, also sollte sich dann Entlohnung nicht ausschließlich an der Produktivität festmachen? Fragen müssen wir uns auch, wie viele Menschen von einer beabsichtigten Regeländerung überhaupt betroffen wären. Das kann nur eine Gruppe von Menschen sein, die weder arbeitsvorbereitend tätig ist noch sich in einer Ausbildung befindet noch volljährig ist. Dazu eine Bemerkung zu Ihrem Antrag: Volljährige sind keine Jugendlichen über 18, das sind Volljährige.

Es bleiben dann eigentlich nur noch die Schülerinnen und Schüler übrig. Schülerinnen und Schüler sind aber nicht hauptberuflich, sondern zumeist geringverdienend tätig. Den Verdienst pro Stunde anzuheben, würde hier ausschließlich nur dann einen Sinn ergeben, wenn zeitgleich die Verdienstgrenze von 450 € deutlich angehoben würde.

Sie sehen, da hängt Vieles mit Vielem zusammen, und es gibt sowohl Pro- als auch Kontra-Argumen-

te. Wir möchten schließlich Verbesserungen für die Menschen in unserem Heimatland Schleswig-Holstein erreichen. Das werden wir nicht schaffen, indem wir uns gegenseitig vorhalten, das nicht zu wollen. Wir sollten daher diesen Antrag zum Anlass nehmen, um uns im Wirtschaftsausschuss mit diesen Fragen in ihrer Gesamtheit auseinandersetzen. Ich beantrage daher die Überweisung, auch wenn man sagen muss, dass beim Mindestlohn die Gesetzgebungskompetenz beim Bund liegt. Wir können daher nur in unserem Rahmen tätig werden.

Eines möchte ich noch sagen, das liegt mir am Herzen. Meiner Meinung nach sollten tarifliche Regelungen in erster Linie von den Tarifpartnern getroffen werden.

(Beifall FDP und CDU)

So sieht es das Grundgesetz vor. Eine ausgewogene Tarifpartnerschaft war auch ein maßgeblicher Grund für das Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft beginnend in den 1950er-Jahren, weil alle, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, am Aufschwung und Wohlstand teilhaben konnten. Dieses Prinzip würde ich gern wieder gestärkt sehen. Denn starke, konstruktive Gewerkschaften sind für den Standort Deutschland genauso wichtig wie starke und innovative Unternehmen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich denke, wir brauchen hier keinen neuen Dirigismus, sondern gelebte Tarifautonomie. Wenn wir mit dieser Diskussion dazu beitragen können, würde ich mich freuen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Besucher! Nach dem Mindestlohngesetz hat jeder volljährige Arbeitnehmer Anspruch auf Zahlung eines Arbeitsentgelts in Höhe des Mindestlohns durch den Arbeitgeber. Dies gilt nicht für Personen gemäß § 2 des Jugendarbeitsschutzgesetzes, also für Jugendliche von 15 bis 18 Jahren. Diese Jugendlichen gelten, solange sie ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind, nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Mindestlohngesetzes.

Der Antrag des SSW geht in seiner Begründung deshalb bereits von einem unzutreffenden Sachver-

(Volker Schnurrbusch)

halt aus, indem er pauschal eine Ungleichbehandlung von Jugendlichen über und unter 18 Jahren behauptet. Die Zahlung des Mindestlohns hängt aber nicht allein vom Alter ab, sondern auch davon, ob ein Jugendlicher bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen hat. Nach abgeschlossener Ausbildung haben auch Jugendliche per Gesetz einen Anspruch auf Mindestlohn, unabhängig davon, ob sie im erlernten oder in einem anderen Beruf tätig werden. Maßstab für den Mindestlohn ist also eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Der Bundesgesetzgeber hat mit der aktuellen Regelung ein ganz konkretes Ziel verfolgt: Es sollten Anreize vermieden werden, die dazu führen, dass Jugendliche zugunsten einer vergüteten Beschäftigung auf eine Berufsausbildung verzichten. Ganz aktuell erleben wir leider, dass hier in Schleswig-Holstein die Abbrecherquote bei Auszubildenden mit knapp 28 % sehr hoch ist. Besonders betroffen ist ausgerechnet die Gastronomie, wo ohnehin schon ein Fachkräftemangel herrscht, aber auch die Gerüstbauer oder Bodenleger. Die Gründe dafür sind sicherlich vielfältig, aber wir sollten uns davor hüten, einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen, indem Jugendliche in Beschäftigungsverhältnisse wechseln, in denen sie doppelt so viel verdienen wie als Azubi.

Ausnahmebestimmungen für Jugendliche in Sachen Mindestlohn haben zwar bereits Kritik hervorgerufen. Wir haben dazu eben einige Punkte gehört. Es werden dabei Verstöße gegen das unionsrechtliche Diskriminierungsverbot und gegen den Gleichheitsgrundsatz in Artikel 3 Grundgesetz geltend gemacht.

Wir halten allerdings die bei uns geltende Rechtslage für verfassungsgemäß, vor allem deshalb, weil sie auch angemessen ist. Der Gesetzgeber hat hier speziell bei der Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen angesetzt. In dieser Lebensphase steht in der Regel ein Schulabschluss auf der Tagesordnung. Das Ziel, diese Jugendlichen nach der Sekundarstufe I entweder für einen weiterführenden Abschluss oder für eine Berufsausbildung zu motivieren, ist nach wie vor richtig und wichtig.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

In diesem Alter sollte grundsätzlich der Weg in die Berufs- und Arbeitswelt im Vordergrund stehen und nicht eine Beschäftigung, auch nicht auf Basis eines Mindestlohns.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD] und Jörg Nobis [AfD])

Das Mindestlohngesetz will in seiner derzeitigen Ausrichtung verhindern, dass einer ordentlichen Berufsausbildung zusätzliche Anreize zur Aufnahme von Hilfstätigkeiten gegenüberstehen. Das ist nach wie vor richtig; denn wir dürfen nicht vergessen, dass Personen ohne Berufsabschluss nach wie vor ein besonders hohes Risiko eingehen, später arbeitslos zu werden. Einen Regelungsbedarf für die Änderung der derzeitigen Regelungen für Jugendliche sehen wir deshalb nicht. Die AfD-Fraktion lehnt den Antrag des SSW in der Sache ab, ist aber für Beratungen im Ausschuss natürlich - wie immer - offen. - Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte doch noch auf die Rede des Kollegen Richert erwidern; denn es geht uns nicht um Praktikanten und auch nicht um FSJler oder Ähnliches, sondern um die jungen Menschen, die bisher nicht den Mindestlohn bekommen und einer regulären Arbeit nachgehen. Das tun sie natürlich nicht 38,5 Stunden pro Woche, weil sie meistens auch noch zur Schule gehen; aber zumindest gehen sie einer regulären Arbeit nach. Es geht auch nicht um Leute, die Regale auffüllen oder das so ein bisschen hobbymäßig machen, um ihr Taschengeld aufzufüllen, sondern um Leute, die Kellnern gehen, als Erntehelfer in der Landwirtschaft, im Verkauf oder auf Märkten tätig sind. Sie sind als Reinigungskräfte unterwegs, und es hat vielfältige Gründe, warum diese Menschen arbeiten wollen oder arbeiten müssen. Das will ich auch nicht hinterfragen, sondern es ist einfach eine Tatsache, dass die Leute einer normalen Arbeit nachgehen.

Die Ursprungsargumentation war immer, dass die Leute dann, wenn sie zu viel Geld kriegen, von einer Lehre abgehalten werden. Das war der Grund dafür, dass man das überhaupt beschlossen hat. Also keine ideologischen Fragen spielten da eine Rolle, sondern die Begründung war nur: Die Leute machen dann keine Lehre, weil sie am Anfang - in Anführungsstrichen - zu viel Geld verdienen.

Wir können feststellen, dass die Leute, die unter Mindestlohn bezahlt werden und 7 € 8 € oder 9 € pro Stunde bekommen, immer noch das Doppelte dessen bekommen, was sie in der Lehre verdienen,

(Lars Harms)

dass sie also auch jetzt schon diesem Anreiz unterliegen müssten, diesem aber nicht nachgeben. Das liegt einerseits daran - da hat der Kollege Baasch beziehungsweise der Kollege Knuth recht -, dass wir eine Teilzeitschulpflicht haben. Die Betroffenen haben also gar keine Zeit, volle Kanne zu arbeiten. Auf der anderen Seite sind die jungen Leute sich schon bewusst, dass sie eine Ausbildung brauchen.

Es geht hier einfach darum, dass die jungen Leute zwischen 15 und 18 etwas nebenher verdienen - in Klammern - müssen. Ich finde, das sollte man ihnen auch nicht verwehren.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Richert?

Lars Harms [SSW]:

Ja gern, klar.

Kay Richert [FDP]: Herr Kollege Harms, Sie haben eben schon erwähnt, dass der Kollege Knuth zu Recht darauf verwiesen hat, dass die Schulpflicht ja noch recht weit gilt, dass also eigentlich von der Regelung, die Sie zu treffen beabsichtigen, ausschließlich Schüler betroffen sein können.

- Das ist so.

- Jedenfalls ist mir nicht bewusst, welche Gruppe das sonst sein könnte. Stimmen Sie mir dann auch zu, dass man, wenn man den Lohn dort anheben würde, zeitgleich den Geringverdienst von 450 € auf bestimmt 550 € 600 € im Monat anheben müsste?

- Nein, da stimme ich Ihnen nicht zu; denn für Menschen über 18, die den Mindestlohn verdienen, gilt auch jetzt schon die Verdienstgrenze von 450 €

Man könnte das machen, wenn man es wollte. Das ist eine politische Entscheidung, die aber mit dieser Entscheidung nichts zu tun hat; denn ein 18-Jähriger kann auf Grundlage eines 450-€-Jobs durch die Gegend tigern. Das kann ein 17-Jähriger auch. Aber wenn er den Mindestlohn kriegen würde, müsste er weniger Stunden arbeiten, um auf die 450 € zu kommen.

Der Kern ist immer, dass die Leute nicht gleichbehandelt werden. Die 450-€-Grenze hat damit gar nichts zu tun. Die jungen Leute sind oft auch für viel weniger Geld beschäftigt, für 150 € oder 200 €

weil sie gar nicht die Zeit haben, sondern zum Beispiel nur am Wochenende kellnern oder am Abend noch einmal als Reinigungskraft unterwegs sind, um sich etwas dazuzuverdienen. Das hat mit der 450-€-Höchstgrenze überhaupt nichts zu tun; denn die gilt jetzt schon für über 18-jährige Mitarbeiter, und die erhalten alle den Mindestlohn.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder Anmerkung des Kollegen Richert?

Lars Harms [SSW]:

Klar.

Kay Richert [FDP]: Wenn ich Sie also richtig verstanden habe, Herr Kollege, dann möchten Sie die Verdienstgrenze nicht nur für die Jugendlichen anheben, sondern das generell machen; denn es würde ja eine Lohnkürzung für alle Geringverdiener bedeuten, wenn man zwar den Stundenlohn, aber nicht gleichzeitig die Verdienstgrenze anhebt.

- Nein, die Verdienstgrenze ist starr. Sie gilt jetzt schon für über 18-Jährige bis hin zum Tode. Wenn man aber für jüngere Menschen

(Kay Richert [FDP]: Nein, für alle!)

das Lohnniveau auf das Niveau anhebt, das ein 18-Jähriger jetzt schon bekommt, muss dieser junge Mensch weniger arbeiten, um das gleiche Geld zu bekommen. Damit wird er mit all denjenigen gleichbehandelt, die 18 Jahre oder älter sind. Das ist das Ziel des Antrags.

(Beifall SSW und SPD)

Meine Damen und Herren, ich finde auch, dass das Beispiel aus Frankreich hinkt, dass die Leute da Schwierigkeiten haben, in irgendeiner Art und Weise eine Ausbildung zu kriegen. Das liegt nämlich einfach daran, dass das dortige Ausbildungssystem, wenn man denn überhaupt von einem solchen sprechen kann, nicht so aufgebaut ist wie unseres. Deswegen kann man Frankreich auch nicht mit Deutschland vergleichen.

Es gibt sicherlich andere Länder, da könnte man das vergleichen. Ich würde immer Dänemark nehmen; denn da gilt für jeden der Mindestlohn, und das ist richtig Kohle.

(Beifall SPD)

(Lars Harms)

Da reden wir dann über zweistellige Beträge in Euro. Das wäre natürlich meine Idealvorstellung. Aber ich fange erst einmal ganz klein an. Wenn wir erreichen könnten, dass die jungen Leute den deutschen Mindestlohn erhalten, dann wäre das, glaube ich, schon ganz schön.

Und noch einmal: Ich glaube, wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass es sicherlich nicht mehr lange dauern wird, bis diese Regelung rechtlich hinterfragt wird; denn sie verstößt eindeutig gegen das Antidiskriminierungsgesetz. Wir denken bei dieser Frage immer nur an alte Menschen, die diskriminiert werden. Natürlich gibt es das in vielen Fällen. Aber hier geht es um einen Fall, in dem junge Leute diskriminiert werden, indem sie ungleich gegenüber denjenigen behandelt werden, die das 18. Lebensjahr schon erreicht haben und die gleiche Arbeit machen. Ich finde, auch das müssen wir berücksichtigen.

Wir sind natürlich damit einverstanden, dass wir das in den Ausschuss überweisen. Aber wir sollten irgendwann auch den Mumm haben, darüber abzustimmen. Ich glaube immer noch, dass es sinnvoll ist, dass junge Leute vernünftiges Geld verdienen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Lars Harms [SSW]:

Ich glaube auch nicht, dass es eine übermäßige, unverträgliche Erhöhung sein wird.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das 450-€-Beispiel ist ein besonderes Beispiel liberaler Rechenlogik. Wenn man Schüler davor schützen möchte, zu viel zu arbeiten oder ihre Ausbildung nicht richtig weiterzumachen, dann wäre es doch gerade richtig, ihnen den Mindestlohn zu zahlen; denn dann müssen sie weniger arbeiten und nicht mehr.

(Beifall SPD)

Genau das Gegenteil dessen würden Sie erreichen, Herr Richert, wenn ihnen kein Mindestlohn gezahlt würde, aber die Verdienstgrenze hochgesetzt würde.

Dann würden die Betroffenen nämlich mehr Stunden arbeiten. Das ist einfache Mathematik, Dreisatz. Das heißt, mit dem, was Sie erreichen wollen, erreichen Sie genau das Gegenteil dessen, was Sie sagen. Bei einem Mindestlohn auch für unter 18-Jährige müssen diese weniger arbeiten und können sich mehr um die Schule kümmern. Es gibt genügend Jugendliche, die den 450-€-Job auch deshalb brauchen, weil sie aus prekären Verhältnissen kommen und sich zum Beispiel die Klassenfahrt oder den Abiball sonst nicht leisten können. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin ja richtig froh, dass sich die FDP von Westerwelle - „die Gewerkschaften sind die Plage Deutschlands“ - hin zu einer FDP entwickelt hat, die eine flammende Rede pro Gewerkschaft hält. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Hut ab. Wir sind alle lernfähig.

Der DGB und die DGB-Jugend kritisieren die Ausnahmen für Jugendliche. - Ja, jetzt ist es nicht mehr richtig, was der DGB sagt; das dachte ich mir.

(Kay Richert [FDP]: Vorher auch schon!)

- Ich wäre beunruhigt, wenn Sie es anders sehen würden. Der DGB sagt - die DGB-Jugend sagt das zumindest für Dänemark; das kann ich jetzt nicht so schnell nachvollziehen -, dass dort, weil es, in Kronen umgerechnet, ungefähr 6 € weniger gibt, im Einzelhandel vollwertige Arbeitskräfte durch Jugendliche ersetzt worden sind. Das ist keine Sozialpolitik, wie sie sich meine Partei vorstellt. Ich glaube, dass die Grünen und der SSW das genauso sehen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es bleibt gar kein Argument übrig.

16-Jährige können übrigens nicht einfach so einen Arbeitsvertrag abschließen. Dem müssen die Eltern zustimmen. Das ist doch immer die Schimäre: Die Jugendlichen würden die Schule abbrechen und lieber arbeiten. Das können sie allerdings nicht ohne die Zustimmung der Eltern.

Wenn die Verlockung des schnellen Geldes so groß ist, warum soll sie kurz darauf mit 18 nicht mehr gegeben sein? So ein großer Unterschied in der Vernunft besteht zwischen Jugendlichen mit 17 oder 18 Jahren nicht. Schauen Sie sich die Schulabbrecher an: Die meisten davon sind bereits 18 Jahre alt,

(Dr. Kai Dolgner)

wenn sie die Schule abbrechen. Es bedarf da ganz anderer Maßnahmen.

Wer glaubte, es gebe gebrochene Erwerbsbiografien, weil jemand 1 € mehr pro Stunde bekommt, der verkennt die sozioökonomischen Hintergründe dieser benachteiligten jungen Menschen. Das bin ich von der liberalen Seite gewohnt; aber Sie können doch nicht ernsthaft glauben, dass Menschen ihr Leben, ihre Ausbildung nicht in den Griff bekommen, weil sie, wenn sie stattdessen in einer Eisdielerie arbeiten, 2 € mehr pro Stunde bekommen. Das ist wirklich sehr kurz gesprungen. Ich lade Sie dazu ein, sich Gebiete mit hoher Jugendarbeitslosigkeit anzuschauen. Diese hat ganz andere Ursachen, die nicht mit dem Mindestlohn bekämpft werden müssen, sondern mit aufsuchender Sozialarbeit et cetera. Ich habe nicht genügend Zeit, Ihnen das entsprechend darzustellen.

Übrigens ist das auch das Hauptproblem in Frankreich.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Die arbeitslosen Jugendlichen in Frankreich haben Hintergründe, die noch dramatischer sind als die der Jugendlichen hier.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine differenzierte Debatte, die wir im Ausschuss sicherlich fortsetzen werden. Sie ist das Zeichen dafür, dass der Antrag gut gemeint ist, aber im Ergebnis nicht gut sein muss.

Lieber Lars Harms, der Antrag basiert auf einer Annahme, für die Sie keinen Beleg haben. Ich zitiere die Begründung der ehemaligen SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles, die Begründung, die für diese Ausnahmen ursprünglich im Gesetz gegeben worden ist - mit freundlicher Genehmigung der Präsidentin -:

„Wir müssen verhindern, dass junge Menschen lieber einen besser bezahlten Aushilfsjob annehmen, statt eine Ausbildung anzufangen.“

Das ist das zentrale Argument für die Ausnahme. Die Frage ist: Ist diese Ausnahme heute noch gerechtfertigt oder nicht? Herr Kollege Baasch erklärt, weil wir eine Ausbildungsvergütung eingeführt hätten, sei dies nicht mehr nötig. Die Ausbildungsmindestvergütung liegt ab dem 1. Januar im ersten Lehrjahr bei 515 € pro Monat, die Vergütung einer Tätigkeit in Vollzeit bei 1.550 € bis 1.600 €, wenn die Person den Mindestlohn erhält. Wir reden also über den dreifachen Betrag. Die Frage ist doch, meine Damen und Herren: Können wir es uns leisten, einen Fehlanreiz zu schaffen, statt den jungen Leuten eine Qualifizierungsperspektive zu bieten, weil sie ansonsten ohne Qualifikation letztlich in die Altersarmut rutschen, die Sie zu Recht kritisieren? Das, denke ich, würde ich versuchen, abzuwenden.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ganz unbedingt.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Vielleicht können Sie mich erleuchten; Frau Nahles konnte es bei diesem Punkt nicht. Ich versuche Sie mitzunehmen. Begründungspflichtig ist derjenige, der die Ungleichheit begründen will, richtig?

- So ist es.

- Genau. Die Begründung von Frau Nahles, die Sie wiederholt haben und wir widerlegen wollen, hat allerdings keinerlei empirische Grundlage. Es gibt nicht eine einzige Studie, die das nachweist. Somit ist die Grundthese nicht begründet und auch nicht falsifiziert. Man muss die Ungleichbehandlung begründen.

(Beifall SPD und SSW)

- Lieber Kollege Dr. Dolgner, es geht nicht darum, wer welche These belegen muss.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Doch!)

Schauen wir uns jetzt schlicht das Problem an. Lassen Sie uns die Zeit nehmen, differenziert darüber

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

nachzudenken, welches Problem wir tatsächlich lösen wollen. Wollen wir alle in diesem Haus gemeinsam, dass möglichst viele junge Menschen eine qualifizierte Ausbildung erhalten, ja oder nein?

(Zurufe: Ja!)

Wenn wir das wollen, meine Damen und Herren, müssen wir alles dafür tun, dass es Anreize gibt, dass junge Menschen eine Ausbildung oder Qualifikation abschließen.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Alles, was Fehlanreize bewirken könnte, lieber Kollege Dolgner, eignet sich nicht, um das zu bewirken. Das reicht als Differenzierungskriterium, um Dinge ungleich zu behandeln, ganz sicher aus.

Sie dürfen sich nun an mir abarbeiten; Sie haben es schon nicht geschafft, Frau Nahles zu überzeugen. Das zeigt mir, dass die Argumente so schlecht nicht sind. Denn, meine Damen und Herren, in Deutschland gibt es - das ist auch Empirie, lieber Herr Dolgner - einen sehr hohen Anteil an qualifizierten Menschen; etwa 60 % verfügen über eine Berufsqualifikation. Aber wir haben es auch mit einer nicht kleinen Anzahl von 15 % Geringqualifizierten ohne Ausbildung zu tun, bei denen wir sehen, dass die bei ihnen angelegte Karriere in die Altersarmut führt.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Sie sind jetzt nicht dran, Herr Dolgner; ich bin dran. - Es muss unser Ziel sein - darum muss es in der Debatte im Wirtschaftsausschuss gehen -, dafür zu sorgen, dass wir so viele Menschen wie möglich in Ausbildung bringen.

Deswegen, lieber Joschka Knuth, sind die Beispiele durchaus interessant. Natürlich können wir aus meiner Sicht darüber reden, dass es eine Gleichbehandlung mit Blick auf den Nebenjob geben kann. Das gilt, sofern der Nebenjob neben der Schulausbildung oder so ausgeübt wird. Darüber kann man reden. In der Tat: Da gibt es kein Differenzierungskriterium. Es muss nicht sein, dass ein Nebenjob eine Ausbildung behindert.

Aber wenn ein Jugendlicher eine Vollzeitbeschäftigung annimmt, um das Geld mitzunehmen statt eine Ausbildung zu absolvieren, dann versündigen wir uns an den Karrierechancen dieses jungen Menschen.

(Beifall FDP, CDU, SSW und vereinzelt AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Unbedingt.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie hatten ausgeführt, man müsse jedes Mittel ergreifen. Man muss aber trotzdem die Wirksamkeit eines Mittels nachweisen. Dass 15 % der Menschen keine qualifizierte Ausbildung haben, das kann nicht damit zusammenhängen, dass es keinen qualifizierten Mindestlohn gibt; den haben wir nämlich nicht. Der Mindestlohn wurde zudem gerade einmal vor vier Jahren eingeführt. Das kann nicht die Ursache sein.

Das beweist eigentlich ziemlich deutlich meine These, dass die Ursache dafür, dass 15 % der Menschen nichtqualifiziert sind, nichts mit dem Mindestlohn zu tun haben kann - rein denklologisch. Den Mindestlohn gibt es erst seit vier Jahren. Außerdem gelten für Jugendliche jetzt schon Ausnahmen.

Ihnen fehlt der Nachweis für die Ungleichbehandlung. Eine einfache Behauptung, dass es da Ursache und Wirkung gebe - ohne jeglichen Nachweis - reicht nach meinem Verständnis nicht aus, die Ungleichheit zu begründen.

- Bei Einführung des Gesetzes hat dies Frau Nahles ausgereicht. Das Gegenteil ist, ehrlich gesagt, bis jetzt nicht dargelegt. Wir können die Debatte gern weiterführen.

Lassen Sie uns aber die konkreten Probleme am Arbeitsmarkt angucken. Statistisch sind in Schleswig-Holstein 7.200 junge Leute zwischen 15 und 25 Jahren ohne Ausbildung arbeitslos. Es muss doch unser gemeinsames Anliegen sein, diese in Ausbildung zu bringen und alles zu verhindern, was das Gegenteil bewirkt. - Herr Kollege Harms steht schon lange am Mikrofon.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ja. Ich wollte fragen, ob Sie seine Zwischenfrage des Kollegen Harms zulassen.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Bitte, gern.

Lars Harms [SSW]: Das ist sehr nett, Herr Minister. Ich kann natürlich nachvollziehen, dass niemand von einer Ausbildung - -

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Moment bitte.

Lars Harms [SSW]: Was denn?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sie sind nicht zu hören.

Lars Harms [SSW]: Das denke ich bereits die ganze Zeit. Bin ich jetzt besser zu verstehen?

(Zurufe: Ja!)

Ich kann das nachvollziehen. Wir wollen niemanden in irgendeiner Art und Weise von der Aufnahme einer Ausbildung abhalten.

Nach meiner Auffassung ist derzeit allerdings ein entsprechender Anreiz gegeben, keine Ausbildung aufzunehmen. Mir sind Leute bekannt, die für 7 € oder 8 € pro Stunde arbeiten. Das macht im Monat zwischen 1.150 € und 1.300 €. Das entspricht mehr als 550 € Mindestvergütung in der Ausbildung. Würde man diesen Anreiz abschaffen wollen, müsste man eigentlich einen Lohn von 3 € pro Stunde bei Vollzeittätigkeiten verlangen. Ich glaube, das will niemand. Das wollen noch nicht einmal Sie. Vor diesem Hintergrund, glaube ich, zieht Ihr Argument nicht.

Allerdings möchte ich noch eins hinzufügen, was Sie angesprochen haben, nachdem ich mich bereits gemeldet hatte: Ich finde sehr positiv, dass Sie - das unterscheidet Sie vom Kollegen Richert - in Betracht ziehen, für einen Nebenjob - wie auch immer er definiert wird - könnte man eine gesonderte Regelung schaffen, damit die Menschen den Mindestlohn erhalten.

Da setzt meine Nachfrage an; ich sehe, Sie wollen sie beantworten: Welche Definition können Sie sich vorstellen? Ab wann ist man noch Nebenjobber und ab wann arbeitet man in Vollzeit?

- Darüber ist tatsächlich nachzudenken, lieber Kollege Harms. Man könnte in der Tat an die geringfügige Beschäftigung anknüpfen. Die 450-€-Jobs hatten allerdings der Dynamisierung. An anderen Stellen haben wir die Summen erhöht. Wir haben auch den Mindestlohn erhöht, verharren aber starr bei der 450-€-Grenze und schließen damit viele Leute von einer lukrativen Nebentätigkeit aus.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Man kann das überlegen, ich bin da ganz offen. Es sollte uns aber nicht vom Ziel abbringen. Die generelle Abschaffung dieser Regelung halte ich für falsch.

Lassen Sie uns doch einmal die echten Probleme des Arbeitsmarktes angucken. Wir haben mit einer Vielzahl zu uns gekommener, Schutz suchender Jugendlichen zu tun, die jetzt nach dem Abschluss von Deutschkursen auf den Arbeitsmarkt drängen. Dass die nach dem Motto „Möglichst viel Geld nach Hause überweisen“ lieber eine Tätigkeit annehmen, bei der sie viel Geld kriegen, statt eine Ausbildungstätigkeit zu ergreifen, von der sie hinterher viel mehr hätten, liegt auf der Hand und entspricht der Erfahrung, die wir in der Praxis haben. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass die Fehlansätze, die es heute schon gibt, nicht noch größer werden. Sie haben recht, es gibt die 7 € schon.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Bei den Mindestvergütungen im Ausbildungsbereich steigern wir gerade massiv zum 1. Januar. Das wird für einige Ausbildungsberufe bedeuten, dass sie von 3 € pro Stunde auf 5 € pro Stunde hochgehen, bei Friseuren und all diesen Tätigkeiten. Da sind wir aber bei 5 € und nicht bei 10 € pro Stunde.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Die Frage ist: Wie hoch ist der Fehlanreiz?

Ich will noch auf einen zweiten Aspekt hinweisen, der durchaus auch eine Rolle gespielt hat: Der Mindestlohn dient auch der Existenzsicherung. Das ist die Argumentation gewesen, die für den Mindestlohn gebracht wurde. Wir wollen einen Mindestlohn, um eine gesicherte Existenzgrundlage zu schaffen. 15- bis 18-jährige junge Leute sind unterhaltsberechtigter. Es geht also in diesem Fall - ein weiteres Differenzierungskriterium - nicht um Existenzsicherung, sondern hier greift die Unterhaltsberechtigung, und die Existenz ist nicht infrage gestellt.

(Zuruf SPD)

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Das ist ein Differenzierungskriterium, das man in der Debatte sehr wohl mit angesetzt hat.

(Birte Pauls [SPD]: Aber die Realität ist anders! Sag mal!)

Lassen Sie mich ein Drittes sagen. Es geht wirklich nicht um die Unternehmerinnen und Unternehmer, die irgendwo die letzten 2 € sparen wollen. Es geht mir ausschließlich darum, dass wir alles dafür tun, was wir bei anderen Debatten immer thematisieren, dass der Übergang von Schule in Beruf eben auch in einen qualifizierten Beruf stattfindet und alles vermieden wird, das diesen Weg behindert. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/1864, dem Sozialausschuss - -

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Herr Dr. Dolgner? - Dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe - Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Und Bildung!)

- Und Bildung. Also dem Wirtschaftsausschuss, mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss und - noch jemand?

(Zuruf SPD: Das war schon ernst gemeint! - Weiterer Zuruf SPD: Innen- und Recht!)

Wer den Antrag dem Wirtschaftsausschuss, mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Sozialausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich sehe, dass es einstimmig so beschlossen ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Stationäre Versorgung von kranken Kindern verbessern - Kinderkrankenhäuser auf eine sichere finanzielle Grundlage stellen

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1805

Kinderkliniken auf sichere finanzielle Grundlagen stellen - Krankenhausfinanzierungsstrukturen in Deutschland weiterentwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1895

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! In den letzten Wochen haben uns Pressemeldungen mit Überschriften wie „Notfallpatient Kinderklinik“ oder „Versorgungsnotstand in den Kinderkliniken“ erreicht. Es häufen sich teils drastische Berichte, dass die Versorgungsengpässe in den Kinderkliniken - das gilt wohl gerade auch für Schleswig-Holstein - so massiv sind, dass Kinder in nicht unerhebliche Gefahren geraten können. Es gibt Berichte, dass Ärzte verzweifelt nach Intensivbetten für schwerkranke Kinder suchen und die Kinder oft hunderte von Kilometern transportiert werden müssen, damit sie ein Intensivbett erhalten.

Etwas sachlicher betrachtet muss man tatsächlich feststellen, dass Schleswig-Holstein im direkten Vergleich mit anderen Bundesländern über die wenigsten Betten in Kinderkliniken verfügt. So stehen in der Kinderheilkunde nur 15,1 Betten pro 100.000 Einwohner und in der Kinderchirurgie sogar nur 0,6 Betten pro 100.000 Einwohner zur Verfügung. Der Bericht des Sozialministers Dr. Garg hat dies auf den Punkt gebracht. Die drittgrößte Kinderklinik Schleswig-Holsteins steht in Hamburg-Altona.

(Beate Raudies [SPD]: Ja, genau!)

Aus dem Süden Schleswig-Holsteins wandern viele Eltern nach Hamburg ab und lassen ihre Kinder in der Altonaer Kinderklinik behandeln.

(Beate Raudies [SPD]: Genau richtig!)

Zudem betreibt das Altonaer Kinderkrankenhaus in Zusammenarbeit mit der Regio Klinik Pinneberg eine zentrale Klinik für Kinder- und Jugendmedizin im Kreis Pinneberg.

(Beate Raudies [SPD]: Ganz genau!)

Dabei wird das Personal inklusive der Notfallambulanz von der Altonaer Einrichtung gestellt. Anschaulicher lässt sich die bescheidene Situation der Kinderkliniken in Schleswig-Holstein kaum schildern.

(Claus Schaffer)

(Beate Raudies [SPD]: Was? - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Norddeutsche Zusammenarbeit!)

Da hilft auch keine Schönrechnerei. Es geht, wie immer, ums Geld. Der Sparzwang bei den Kinderkliniken durch das 2004 durch die Bundesregierung eingeführte Fallpauschalensystem muss jetzt beendet werden, denn dieses Fallpauschalensystem setzt Fehlanreize. So wurde seitdem insbesondere bei der Pflege gespart. Die Zahl der Kinderkrankenschwestern und -pfleger ist abgesunken, obwohl die Fallzahlen im gleichen Zeitraum gestiegen sind. Im Ergebnis müssen sich damit immer weniger Pflegekräfte um immer mehr erkrankte Kinder kümmern.

Wir müssen also weg von einem System, das einen festen Betrag pro Behandlung festlegt, unabhängig davon, wie aufwendig diese Behandlung tatsächlich sein mag. Das Fallpauschalen-System sieht nur für spezielle Fälle die Genehmigung von Zusatzentgelten vor. Fallpauschalen sind aber gerade für kleine Patienten nicht geeignet. Hierin besteht sogar Konsens mit dem Sozialministerium.

Die Landesregierung hat sich immerhin dafür eingesetzt, dass Kinderkliniken, die an der Notfallversorgung teilnehmen, seit dem 1. Januar einen Zuschlag zur Abdeckung ihrer Vorhaltekosten bekommen. Das ist zu begrüßen, aber bei Weitem nicht ausreichend.

Wir müssen also diesen Bereich aus dem Fallpauschalensystem herauslösen und den Krankenhäusern und Trägern - auch den jeweiligen Kostenträgern - die Möglichkeit geben, individuelle Vereinbarungen abzuschließen. Für diese Idee gibt es auf Bundesebene sogar unerwartete Fürsprecher. So hat beispielsweise der Gesundheitspolitiker der SPD Karl Lauterbach - das war der, der seinerzeit das Fallpauschalensystem unter der rot-grünen Bundesregierung selbst mit eingeführt hat - eingeräumt, dass für den Bereich der Kinderkliniken Handlungsbedarf bestehe und das Fallpauschalensystem aufgegeben werden müsse.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Eine späte Erkenntnis in der SPD, sie wird aber wohl nicht die einzige bleiben.

Der gegenwärtige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn erkennt nun ebenfalls an, dass für den Bereich der Kinderkliniken der Zeit- und Pflegeaufwand höher ist. Daher sei die Herausnahme der Kinderkliniken aus dem DRG-Fallpauschalensystem immerhin eine der möglichen Lösungen des Problems der Unterfinanzierung von Kinderkliniken.

Durch das Fallpauschalensystem werden erhebliche Fehlanreize gesetzt. Das gilt für Kliniken und auch uneingeschränkt für Kinderkliniken, denn diese konzentrieren sich auf diejenigen Bereiche, die für sie einträglich sind. So gibt es zum Beispiel in den Kinderkliniken ein Überangebot an Level-1-Zentren für Frühgeborene unter 1.500 g, weil dieses Feld schlichtweg finanziell attraktiver ist. Gleichzeitig herrscht aber bei chronisch kranken Kindern mit komplexen Erkrankungen teilweise eine eklatante Unterversorgung, und zwar einzig aus dem Grund, weil sich dieser Bereich finanziell nicht rechnet. Das ist kaufmännisch nachvollziehbar, aber alles andere als sozial.

(Beifall AfD)

Wir werden also den Spagat zwischen der Finanzierung hochkomplexer und stationärer Leistungen einerseits und einer guten und flächendeckenden Grund- und Regelversorgung andererseits schaffen müssen. An dieser Stelle setzt unser Antrag an.

Ein kurzer Blick auf Ihren Alternativantrag: Er geht tatsächlich in dieselbe Richtung. Ich muss feststellen, dass wir zumindest einmal wieder anregend für die Debatte hier im Haus gewirkt haben.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Alle anderen Fraktionen sagen nun, dass sie in die gleiche Richtung wollen. Das Fallpauschalensystem wird aber leider nur in der Begründung kritisch beäugt. Ich denke, wir werden Ihrem Antrag zustimmen können, er ist nämlich herrlich harmlos.

Wenn aber nun im Bund bereits die Erkenntnis gereift ist, kann es hier in Schleswig-Holstein nicht so schwer sein. Ich bitte Sie daher, auch unserem Antrag zu folgen. Vielleicht können wir beide gemeinsam im Ausschuss besprechen. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve das Wort.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Unser Gesundheitssystem ist eines der besten in der gesamten Welt, aber der Wandel in der Gesellschaft und der Fortschritt in der Medizin machen permanente Anpassungen notwendig. Besonders die Krankenhausfinanzierung ist in Deutschland seit Jahren nicht auskömm-

(Hans Hinrich Neve)

lich. Das ist teilweise auf Kosten des Pflegepersonals gegangen, aber auch auf Kosten von schlecht vergüteten Abteilungen - so will ich das mal nennen -, das heißt, dass es hier teilweise zu Fehlanreizen gekommen ist, die zur Schließung von nicht wirtschaftlichen Abteilungen geführt haben. Die Krankenhausfinanzierung wird und muss dementsprechend laufend verbessert werden. Fallpauschalen gekoppelt mit einem dynamischen DRG-System schaffen Verbesserungen. Auch die Ausgliederung der Pflegepersonalkosten aus dem DRG-System ab 2020 ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber Krankenhausbetten in Relation zu Einwohnerzahlen zu stellen, greift zu kurz.

Wir haben - auch durch den medizinischen Fortschritt bedingt - die Situation, dass sich die Verweildauer in den Krankenhäusern in den letzten Jahren deutlich verkürzt hat. Lagen wir im allgemeinen Bereich im Jahr 2000 noch bei 9,2 Tagen, handelte es sich 2017 um 6,7 Tage. Je kürzer der Aufenthalt im Krankenhaus ist, desto besser ist es für die Patienten. Das muss uns immer wieder klar sein. Ein Krankenhausaufenthalt ist auf Dauer nicht gut. Das gilt besonders auch für die jüngeren Patienten, für Kinder und Jugendliche. Ein stationärer Aufenthalt sollte auf das Nötigste begrenzt werden.

Bei Mama und Papa zu Hause werden die Kleinsten schneller und eher gesund. Insofern - das ist unser Ansatz - sind wir für sektorenübergreifende Angebote. Das Ziel muss sein, ambulante, tagesklinische und stationäre Versorgung innerhalb einer Struktur zu ermöglichen.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP, Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir fordern die Finanzierung von sektorenübergreifenden Angeboten. Sie sollten möglichst bundesweit umgesetzt werden. Aber kurzfristig sind auch rechtliche und finanzielle Voraussetzungen zu schaffen, um den Ländern Modellversuche zu ermöglichen, sodass es auch in Schleswig-Holstein möglich ist. Aber das müssen wir im Bundesrat klären. Ebenso müssen auch innerhalb der Krankenhausfinanzierung zukünftig die sogenannten Vorhaltekosten weiter berücksichtigt werden.

(Beifall CDU, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Meine Damen und Herren, wir bitten um Zustimmung zu unserem Alternativantrag, weil wir der Meinung sind: Der geht deutlich weiter. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Um es klar vorwegzuschicken: Das Thema Kinder- und Jugendmedizin ist und bleibt ein wichtiges Thema der Gesundheitspolitik. Daher hatten wir die in der Presse geschilderten Problematiken auch für den Sozialausschuss angemeldet und im November 2019 gemeinsam diskutiert. Wir nehmen das, wie gesagt, sehr ernst. Das gilt sowohl stationär als auch ambulant.

In meinem Wahlkreis habe ich kürzlich in Gaarden eine Praxis für Kinderheilkunde besucht und schon im Treppenhaus gemerkt, wie stark der Andrang, wie stark das Interesse an einer pädiatrischen Versorgung ist. Schleswig-Holstein ist in der Statistik tatsächlich mit 15,1 Betten je 100.000 Einwohner in der Kinderheilkunde das Schlusslicht in Deutschland. Über diese Zahlen haben wir aber im Rahmen des Ausschusses diskutiert. Der Minister hat ausgeführt, dass die Auslastung der Betten in der Pädiatrie gesunken sei und es keine Hinweise auf Versorgungsengpässe wegen der Bettenzahl in Schleswig-Holstein gebe. Eingeräumt aber sei - das gilt auch für mich -, dass es ein Personalproblem gibt.

Wir haben Personalengpässe, die die Bettennutzung einschränken, und wir haben in der Vergangenheit die Problematik gesehen und waren dagegen, dass beispielsweise die Kinderstation in Eckernförde geschlossen wurde. Das sahen einige Jamaikaner nach der Landtagswahl plötzlich anders - aber Schwamm drüber: Das ist Vergangenheit.

Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus hat auf die Notwendigkeit hingewiesen: Von einer leistungs- und aufwandsgerechteren Verteilung der Investitions- und Betriebsmittel würden im Besonderen die Krankenhäuser der Kinderheilkunde überproportional profitieren. Das heißt, dass die Sicherstellungszuschläge in der Fläche, die der Gemeinsame Bundesausschuss einräumt, zur Aufrechterhaltung der pädiatrischen Versorgung ergänzt werden müssen. Genau hier müssen wir ansetzen.

Eine Verbesserung der Situation ist schon jetzt durch das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz der Großen Koalition erreicht worden. Durch die Heraus-

(Bernd Heinemann)

nahme aus den DRG ist jetzt eine vollständige Refinanzierung der Pflegepersonalkosten möglich. Das Pflegestellen-Förderprogramm sowie die Finanzierung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf sollen hier ebenfalls helfen.

Die Reform der Pflegeausbildung enthält nun auch die Möglichkeit der Refinanzierung der Ausbildungsvergütung. Das muss ebenfalls genutzt werden. Damit sind die Krankenhäuser in der Pflicht, die Ausbildung neuer Pflegekräfte voranzutreiben und die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte durch ein gutes und kluges Personalmanagement weiter zu verbessern.

Eine Spezialisierung oder Zentralisierung insbesondere in der Kinderintensivmedizin kann knappe Personalressourcen sinnvoll bündeln, Boarding-House-Konzepte können bei einer zentralisierten Versorgung sicherstellen, dass die Eltern in räumlicher Nähe zu ihren Kindern bleiben.

Was können wir weiterhin tun, meine Damen und Herren? Auch die Erprobung von alternativen Versorgungsmodellen, wie zum Beispiel der Einsatz von Gemeindeschwestern oder die Implementierung von Videosprechstunden/Telemedizin zur Versorgung leichter Erkrankungen und damit zur Vermeidung von Krankenhausaufenthalten in der Kinderheilkunde können ein guter Weg sein. Eine spürbare Entlastung der pädiatrischen Versorgungssituation kann auch durch eine regelmäßige telemedizinische Vernetzung zwischen Krankenhäusern für Kinder- und Jugendmedizin und dazugehörigen Kinderärzten sowie der Grundversorgung ohne Kinderheilkunde erreicht werden - jedenfalls punktuell.

Was das DRG-System aktuell angeht, ist zu erwähnen, dass beispielsweise der Wechsel vom DRG-System 2018 auf das von 2019 in Summe mit einer verbesserten Gesamtvergütung für Patienten bis 16 Jahre verbunden war. Das kann man daran sehen, dass durch diese Änderung im System 100 Millionen € mehr zugunsten von Kindern unter 16 Jahren verteilt wurden. Das ist der richtige Weg.

Die Kalkulation von Behandlungskosten folgt einem Vollkostenansatz der Krankenhäuser, die am Kalkulationsverfahren teilnehmen. Schön, aber in Schleswig-Holstein fallen ein Drittel aller Fälle in der Pädiatrie und Kinderchirurgie in Kliniken mit privater Trägerschaft an. Die nehmen überwiegend nicht an der Kostenkalkulation teil. Deswegen fordern wir Sozialdemokraten, aus Fehlern zu lernen, und treten gegen weitere Privatisierung und für Re-kommunalisierung ein.

(Beifall SPD)

Wir sind für eine verbesserte Vergütung teilstationärer medizinischer Leistungen für Kinder und Jugendliche. Wir Sozialdemokraten erwarten mit der jährlichen Weiterentwicklung des DRG-Systems und dem besonderen Fokus der Kinder- und Jugendmedizin, die Abbildung der kinder- und jugendmedizinischen Leistungen sukzessive und kontinuierlich von Jahr zu Jahr zu verbessern.

Meine Damen und Herren, erste Ansätze gibt es.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter?

Bernd Heinemann [SPD]:

Wir haben auf Landes- und Bundesebene noch viel zu tun. Unser gemeinsamer Antrag zeigt jedenfalls den Weg dazu auf. - Danke schön.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie reagieren völlig anders auf Schmerzen, Fieber und Unwohlsein. Sie brauchen eine besondere Fachlichkeit, eine besondere Sensibilität in der Behandlung und Einfühlungsvermögen, und dafür braucht das Personal Zeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt FDP und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, umso schlimmer ist es - das ist im Sozialausschuss berichtet worden -, dass wir in diesem Bereich zu wenig Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte haben. Die kleinen Patientinnen und Patienten leiden unter dieser Situation. Das muss geändert werden.

In der ambulanten und der stationären Behandlung von Kindern und Jugendlichen brauchen wir flächendeckend ein ausreichendes und qualifiziertes Angebot. Deswegen macht Sinn, was in unserem Antrag steht: sektorenübergreifend zu gucken, wo ambulante, stationäre und tagesklinische Bereiche

(Dr. Marret Bohn)

noch besser im Sinne von kleinen Patientinnen und Patienten zusammenarbeiten können.

Ich habe bei diesem Thema den Eindruck, dass es sich nicht um kleine Steine, sondern um riesige Felsbrocken handelt, die wir aus dem Weg räumen müssen, damit Patientinnen und Patienten vernünftig behandelt werden können. Wer sich auch nur ein kleines bisschen in Krankenhäusern auskennt, weiß, dass pädiatrische Abteilungen überhaupt nicht kostendeckend arbeiten können, auch wenn sie es wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Es funktioniert einfach nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist ganz klar: Das DRG-System gehört dorthin zurück, woher es gekommen ist, es muss abgeschafft werden. Es ist gescheitert, damit kommen wir nicht weiter.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Beispiele hierfür sind insbesondere die Bereiche Pädiatrie, um die es im vorliegenden Antrag geht, und die Geburtshilfe, die uns in der letzten Legislaturperiode lange Zeit beschäftigt hat. Beide Bereiche sind klassische Beispiele dafür, dass es so nicht funktioniert, beide müssten aber, gerade weil es um Patientinnen und Patienten in einer besonders sensiblen Situation geht, besser ausgebaut werden, weil sie sonst zu Sorgen und Ängsten bei denjenigen führen, die dort behandelt werden müssen oder die dort Familienangehörige haben. Wie bisher kann es nicht weitergehen.

Wenn diese Bereiche auf der Kippe stehen, ist das doch für uns ein Handlungsauftrag. Deswegen ist es richtig, dass das Ruder komplett herumgerissen wird. Das haben wir getan, es ist eine Initiative gestartet worden. Ich bin froh, dass diese Initiative gestartet worden ist, denn es wird ein langer Weg sein, dieses System vom Kopf auf die Füße zu stellen, damit die Pflegekräfte, die Ärztinnen und Ärzte und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern mehr Zeit für ihre Patientinnen und Patienten haben.

Deswegen haben wir Grüne seit Jahren einen gültigen Parteitagungsantrag, der dazu führt, dass die Grundfinanzierung in den Kliniken - 24/7 - gewährleistet ist.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Vielen Dank für die Unterstützung, sehr solidarisch, Frau Kollegin Pauls. Die Grundfinanzierung muss gewährleistet sein. Das wäre der erste Schritt.

Mir ist völlig egal, wer das DRG-System erfunden hat - es hat ausgedient, es ist einer der krassesten gesundheitspolitischen Fehler, von denen ich jemals gehört habe.

Ich bitte um Abstimmung in der Sache. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Mitglieder des SSW- Distriktes Flensburg Øst. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich trage den Beitrag für meinen Kollegen Dennis Bornhöft vor.

Die derzeitige Struktur der Krankenhausfinanzierung in Deutschland ist nunmehr über 15 Jahre alt. Nicht nur wegen des Zeitverlaufs, sondern auch aufgrund vielerlei Fehlentwicklungen, welche vielerorts zu Fehlanreizen wie Leistungserweiterungen aus rein ökonomischen Gründen unter gleichzeitigem Abbau von Personal führen, bedarf das bestehende Krankenhausfinanzierungssystem einer grundlegenden Novellierung. Zu einer guten öffentlichen Gesundheitsversorgung in den Städten sowie auf dem Land gehört allerdings auch ein gesunder Wettbewerb. Zu einem gesunden Wettbewerb gehört wiederum aber auch ein fortlaufender Anpassungsprozess an aktuelle Gegebenheiten. Nichtsdestotrotz dürfen wir die Patientenbedarfe nicht vergessen.

Die Presseberichterstattung über die deutschlandweite Situation in der Kinderheilkunde im „Deutschen Ärzteblatt“ hat uns alle aufhorchen lassen. Auch wenn es in den pädiatrischen Klinikabteilungen in Schleswig-Holstein nicht zu den beschriebenen Schief lagen kam, müssen wir die Entwicklungen weiter im Auge behalten. Wir müssen dafür sorgen, dass eine hohe bedarfsorientierte Versorgung im Land gesichert ist.

(Anita Klahn)

Der Ehrlichkeit halber müssen wir aber auch klar sagen, dass das Land hier nur eingeschränkt Abhilfe schaffen kann. Neben Bundesratsinitiativen, wie sie der vorliegende Jamaika-Alternativantrag vorsieht, dem sich jetzt auch die Opposition - SPD und SSW - angeschlossen hat, kann das Land nur dort tätig werden, wo es rechtlich möglich ist, also im Moment schwerpunktmäßig in der Krankenhausplanung.

Genau mit diesem Mittel hat die Landesregierung die Normauslastung sowohl im Bereich der Kinderheilkunde als auch im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie von 80 % auf 75 % herabgesetzt. Hierdurch wurde sichergestellt, dass einerseits genügend Betten zur Verfügung stehen und andererseits auf höhere Auslastungsspitzen reagiert werden kann.

Vielerlei Aspekte müssen bei der Krankenhausfinanzierung beachtet werden, insbesondere für pädiatrische Einrichtungen. Auch wenn der Unterschied zwischen der Erwachsenen- und Kindermedizin für manch einen gering erscheinen mag, so sind die Unterschiede im Hinblick auf das besondere Arzt-Patienten-Verhältnis doch groß. Neben der fachlichen Expertise braucht es in besonderem Maße eine emotionale Kompetenz und viel Geduld, und das kostet im Zweifel mehr Zeit.

Hieraus resultieren auch bis zu 30 % höhere Personalkosten im Vergleich zu einer Erwachsenenabteilung. Personalkosten machen bei Kinderkliniken bis zu 85 % der Gesamtkosten aus. Dieser tatsächliche Mehraufwand wird im heutigen DRG-System nicht bedarfsgerecht abgebildet.

Erschwerend kommt hinzu, dass im Leistungsspektrum der Kinderheilkunde ein großer Leistungsanteil der Notfallmedizin zukommt, ein anderer großer Teil den saisonal-epidemischen Schwankungen, welche nur bedingt vorhersehbar oder gar planbar sind. In der Konsequenz sind die Vorhaltekosten im pädiatrischen Bereich oftmals höher als in anderen Fachbereichen. Problematisch ist dies, weil die Vorhaltekosten im jetzigen System nicht berücksichtigt werden. Dadurch bleibt es dann das unternehmerische Risiko der Klinikbetreiber.

Meine Damen und Herren, nach 15 Jahren sind reichlich Erfahrungswerte gesammelt worden, um sagen zu können, dass das geltende DRG-System nicht genug Rücksicht auf die Mehrbedarfe in den Kinderkliniken nimmt, auch nicht auf die Bedarfe der kleinen Patienten.

Dass es prinzipiell Handlungs- und Nachsteuerungsbedarf gibt, hat auch der Gemeinsame Bun-

desausschuss erkannt. Sonst wären nicht zusätzliche Sicherstellungszuschläge in Höhe von jährlich 400.000 € für ländliche Krankenhäuser, die wegen ihrer Bedeutung für die zeitnahe Erreichbarkeit gestärkt werden müssen, getätigt worden. In Schleswig-Holstein sind neun Klinikstandorte davon betroffen gewesen. Von diesem Instrument sollten mehr Kinderkliniken, Kinderstationen profitieren.

Die Jamaika-Koalition hat den Anspruch, über die pädiatrischen Kliniken hinaus zu denken und das DRG-System als Ganzes zu novellieren. Gerade weil dies so ist, sollten wir unser Augenmerk auf eine grundlegende Reformierung des DRG-Systems lenken. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich am Ende noch ein persönliches Wort ergänzen. Sie wissen, dass ich selbst sehr viel Zeit in Kinderkliniken verbringen musste. Ich kann es nur unterstützen: Es ist für mich seit 25 Jahren ein unhaltbarer Zustand, dass sich Kinderärzte engagieren und einen Teil ihrer Freizeit nehmen, um die notwendige Betreuung und Begleitung von Familien mit chronisch oder schwer kranken Kindern zu leisten, und dass auch das Pflegepersonal über das Maß seiner Belastbarkeit hinausgeht. Das ist nicht neu, es ist immer wieder angemahnt worden: Macht endlich einen Extrasatz für die Kinder, damit wir ihnen die Leistung zukommen lassen können, die sie brauchen. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Seit 15 Jahren ist die Vergütung von Krankenhausleistungen nach dem sogenannten DRG-Fallpauschalensystem geregelt. Erklärtes Ziel war, die Krankenhäuser zu effizienterem Wirtschaften zu zwingen und weitere Kostenexplosionen zu vermeiden.

Ich bin zwar nicht 15 Jahre Mitglied des Landtags, aber ich erinnere mich gut daran, dass diese Regelung schon vor zehn Jahren von allen Fraktionen kritisch gesehen wurde. Damals wurde vor allem die bundesweit uneinheitliche Vergütung infrage gestellt - zu Recht, denn das ist eine systematische

(Flemming Meyer)

Schlechterstellung unseres Landes, die keinem zu erklären ist und die sich noch dazu bis heute teilweise fortsetzt.

Doch abgesehen davon, dass unsere Krankenhäuser zwar für Investitionen, Materialeinkäufe oder Löhne das Gleiche zahlen wie Kliniken in anderen Bundesländern, gleichzeitig aber für ein und dieselbe Behandlungsleistung weniger einnehmen als fast alle anderen, gibt es weitere Gründe für Kritik. Es wird einfach immer deutlicher, dass dieses System der diagnosebezogenen Fallgruppen nicht nur ungerecht ist, sondern richtige Fehlanreize produziert.

Für den SSW kann ich hier klar sagen: Wenn bestimmte Leistungen nur aus Profitinteresse erweitert werden und gleichzeitig Personal abgebaut wird, dann ist eine rote Linie überschritten. Eine solche Entwicklung ist nicht nur ärgerlich, sondern sie kann für Patientinnen und Patienten mitunter richtig gefährlich werden.

Zuletzt haben wir am Beispiel der Geburtshilfe erlebt, welche Probleme entstehen, wenn ein Krankenhaus pro Behandlungsfall stets einen starren Pauschalbetrag bekommt. Das Risiko eventueller Mehrkosten trägt die Klinik selbst. Minderaufwendungen werden zum Nachteil für viele, denn die jeweilige Fallpauschale wird jährlich auf Basis der Kostenentwicklung des Vorjahres neu kalkuliert. Und weil alle Krankenhäuser immer unterhalb der Fallpauschale wirtschaften müssen, um mit dem Geld auszukommen, kennt diese Preisschraube eigentlich nur einen Weg, und zwar den nach unten. Man soll sich also nicht wundern, wenn sich die Arbeitsbedingungen immer weiter verschlechtern und die Versorgungsqualität leidet.

Es ist Fakt, dass es auch bei der stationären Versorgung von Kindern Probleme gibt, die zumindest teilweise auf diesen ökonomischen Wettbewerb zurückzuführen sind. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN zeigt, dass die Bettenkapazitäten auf Kinderstationen bundesweit abgebaut werden. Gleichzeitig gibt es zwar mehr Kinderärzte, aber immer weniger spezialisierte Pflegekräfte für diesen Bereich.

Und gerade hier, bei der Pflege, liegen leider die größten Probleme. Diese Arbeit wird durch das Fallpauschalensystem nämlich nicht auskömmlich vergütet. Damit ist die Versorgung von Kindern und Jugendlichen für Krankenhäuser oft nicht rentabel. Im Ergebnis haben Kinder- und Jugendärzte zumindest bei Saisonkrankheiten Probleme, Kinder in Kliniken einzuweisen.

Sowohl das Bundes- wie auch unser Landesministerium für Gesundheit betonen zwar, dass es gerade hier einen klaren Trend hin zu ambulanten Behandlungen gibt, aber nicht jeder Fall kann ambulant behandelt werden. Gerade kranken Kindern und ihren Familien kann man keinen weiten Weg zum Krankenhaus zumuten. Aus Sicht des SSW ist die stationäre Versorgung aller Menschen Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb müssen wir endlich zu einem bedarfsgerechten und auskömmlichen Finanzierungssystem kommen, das auch Bereiche wie die Geburtshilfe oder die Pädiatrie entsprechend absichert.

Außerdem müssen wir dringend die Rahmenbedingungen für Pflegeberufe verbessern. Und wir müssen nicht zuletzt über neue, sektorenübergreifende Wege nachdenken, um eine qualitativ hochwertige Versorgung in diesem sensiblen Bereich sicherzustellen. Genau hier, bei der sektorenübergreifenden Versorgung, setzt unter Antrag an. - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein sehr wichtiges Thema, nur ein lausiger Antragsteller. Das hat man bei den merkwürdigen Bemerkungen zum Krankenhaus in Altona festgestellt.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ist so peinlich! Selbst bei dem Thema muss er hetzen!)

- Ich weiß gar nicht, was Sie gegen das Krankenhaus haben. Das ist ein deutsches Krankenhaus wie die anderen auch. Wo ist eigentlich Ihr Problem?

Ich will aber ein anderes Thema ansprechen, auf das die Kollegin Bohn eingegangen ist: Schon für Erwachsene ist es eine schwierige Sache, wenn sie ins Krankenhaus kommen. Bei Kindern ist das noch eine ganz andere Geschichte. Eltern wissen, was damit verbunden ist. Eltern wünschen sich eben nicht, dass die Durchökonomisierung aller unserer Lebensbereiche ausgerechnet dieses Feld erfasst. Natürlich werden Kinder erfreulicherweise weniger krank als Erwachsene. Deswegen ist es schwer, das betriebswirtschaftlich so zu organisieren, dass sich das rechnet, aber das ist gar nicht der Anspruch. Ich finde, es hat etwas mit Solidarität und Gerechtigkeit zu tun, dass Kinder all das bekommen, was sie brauchen.

(Dr. Ralf Stegner)

Wenn man sieht, in welcher verzweifelten Situation Eltern manchmal sind, wenn Kinder schwer erkranken, wenn Medikationen besonders teuer sind, dann reden wir über ganz andere Dinge, über die wir in unserem System nachdenken müssen - auch über die Preise, die Pharmaunternehmen für manche Dinge nehmen und über die Mechanismen, die es da insgesamt gibt.

Ich finde, jedenfalls muss bei Kindern alles dafür getan werden, damit sie die bestmögliche medizinische Betreuung bekommen, und da ist es egal, aus welchen Verhältnissen sie kommen.

Ich weiß, dass es Kinderärzte und Kinderärztinnen gibt, die in bestimmten Regionen Kinder behandeln, ohne dass sie dafür vernünftig vergütet werden. Das sind zum Teil richtige Heldinnen und Helden des Alltags, die das machen. Ich finde, auch die Selbstorganisation der Ärzte hat hier ihre Mängel. Kinderärzte werden deutlich schlechter bezahlt, als es gemessen an ihrem Einsatz richtig wäre. Da herrscht auch sozusagen ein ökonomischer Wettbewerb, und das ist wirklich falsch. Ich glaube übrigens auch, dass uns dies etwas über das Thema Apparatemedizin, Zeit und Zuwendung verrät. Auch darüber muss man eigentlich reden, nämlich über Solidarität.

Ich sage bei der Betrachtung der Situation der Krankenhäuser überhaupt nichts gegen Pflegekräfte. Die müssen teilweise unter ganz harten Bedingungen arbeiten. Das ist schon angesprochen worden. Man hat jedenfalls nicht immer den Eindruck, dass die Krankenhäuser für die Patienten da sind. Das sind sie aber. Das gilt insbesondere auch bei den kleinen Patienten. Deshalb glaube ich, dass die eigentlichen Fragen, über die wir zu diskutieren haben, Fragen sind, die gar nicht so viel mit der Technik des Gesundheitswesens zu tun haben, sondern eher mit den Grundprinzipien der Solidarität und Nächstenliebe und der Frage, welche Zuwendung wir unseren Kindern zukommen lassen wollen und wie wir mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft umgehen. Kinderfreundlichstes Land zu werden, das wäre wirklich ein Ehrgeiz, den wir haben sollten, und das geht nur, wenn wir der Durchökonomisierung aller Lebensbereiche widersprechen.

Ich finde, man muss auch bei Kindern alles tun, was man tun kann, um ihnen eine gute Lebensperspektive zu geben. Dazu gehört eben auch eine Gesundheitsversorgung. Eltern haben Angst, wenn sie Verhältnissen ausgesetzt sind. Sie erinnern sich möglicherweise an den Fall im Universitätsklinikum Kiel und den Zugang, wo dann Eltern, die der deutschen Sprache nicht mächtig waren, in der

Nacht angekommen sind, und es war keiner da, und das bei einem Notfall. Man stelle sich einmal vor, was das mit einem macht, wenn man Angst um seine Kinder haben muss.

Über solche Dinge nachzudenken und sich nicht sozusagen in der Kühle unserer demokratischen Debatten, die wir manchmal so haben, zu verlieren, sondern eher über Solidarität, über Daseinsvorsorge zu reden und zu gucken, was wir da tun können, das sollte das gemeinsame Ansinnen sein. Dazu brauchen wir diesen Antragsteller überhaupt nicht. Das kriegen die demokratischen Fraktionen ganz gut hin.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Anscheinend ja doch!)

Ich würde mir wünschen, dass wir hier Anstöße dafür geben, dass am Ende etwas herauskommt, das unserer reichen Gesellschaft auch entspricht. Bei uns darf es schon gleich gar nicht sein, dass Kinder schlecht behandelt werden, sondern die müssen die bestmögliche Behandlung bekommen, die nur möglich ist. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, wenn Sie bitte noch einen Moment warten: Ich hoffe, dass ich es richtig verstanden habe, dass Sie den Antrag als „lausig“ bezeichnet haben, nicht den Antragsteller?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ja, den Antrag!)

- Das wollte ich auch gehofft haben.

(Zurufe)

- Meine Damen und Herren, um dies richtigzustellen: Ansonsten würde das nicht den Gewohnheiten unseres Hauses entsprechen. Personalisierte Angriffe in dieser Form würden wir hier rügen. Daher habe ich das, so denke und hoffe ich, richtig verstanden.

Für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort. Bisher haben die Redner alle die 5 Minuten eingehalten.

(Heiterkeit)

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Dr. Stegner, ich versuche einmal das, was ich zu hundert Pro-

(Minister Dr. Heiner Garg)

zent unterschreibe und was Sie zum Schluss gesagt haben, zu übersetzen. Die Frage ist: Wie kriegt man das hin? - Dafür ist natürlich ein bisschen Technik notwendig.

Weil ich diese Diskussion schon sehr lange verfolgen darf, sage ich: Das Hauptproblem mit dem DRG-System ist aus meiner Sicht, was Deutschland aus dem DRG-System gemacht hat. Da will ich ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Man kann das alles auf das DRG-System und auf die damalige Bundesregierung schieben. Der Hauptgrund, warum uns heute bis zu 70.000 Pflegerinnen und Pfleger fehlen, ist aber, dass fast alle Länder jahrzehntlang ihren Investitionsverpflichtungen nicht ausreichend nachgekommen sind und aus DRG Mittel abgezweigt wurden für Investitionen, die aus DRG gar nicht hätten abgezweigt werden dürfen. Aber was sollen die Häuser denn machen, wenn die OP-Decke buchstäblich runterkommt? Auch daran sollten wir in Zukunft denken.

Durch die Ausgestaltung der Krankenhausplanung in dieser Legislaturperiode haben wir dafür Sorge getragen, dass genügend Betten vorhanden sind. Nur: Das schönste Bett nutzt nichts, wenn die Ärztin, der Arzt oder die Pflegerin oder der Pfleger fehlen. Wir haben das im Sozialausschuss Anfang November ausreichend dargestellt, und es macht wenig Sinn, meine Herren von der AfD, Betten pro 100.000 Einwohner zu zählen. Damit ist doch kein einziges Kind vernünftig versorgt, um das auch einmal deutlich zu sagen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will deswegen auf den Kern des Problems eingehen. Das sind die Finanzierungsstrukturen. Richtig ist, dass es in Deutschland ein Problem bei der Vergütung von Krankenhausleistungen gibt, und zwar grundsätzlich. Diese Defizite betreffen gerade auch den Bereich der Kinderheilkunde. Die Notfallversorgung und die Versorgung chronisch Kranker sind weitere Bereiche, bei denen das pauschale Vergütungssystem an seine Grenzen stößt. Hinzu kommt noch eine komplett fehlende oder mangelnde sektorenverbindende Versorgung.

Die Kinderheilkunde für eine bessere finanzielle Ausstattung als sogenannte besondere Einrichtung allerdings anzuerkennen und damit die Fallpauschalen durch einen Tagessatz pro Behandlungstag zu ersetzen, wie Sie es in Ihrem Antrag fordern, gehört nicht zu unseren Überlegungen, um das auch gleich zu sagen, denn auch in der Kinderheilkunde liegt das Problem schließlich nicht in der Vergütung für

die einzelne Behandlung oder des einzelnen Behandlungstages. Diese Vergütungsform ist für sehr seltene Krankheitsbilder oder für die Palliativmedizin ausgesprochen sinnvoll, weil es da im Gegensatz zur Kinderheilkunde eine gleichbleibende konstante Auslastung, nur wenige Notfälle und Regelungen für die ambulante Versorgung gibt.

Außerdem werden ambulante Fälle, die auch in der Pädiatrie auftreten, durch einen Tagessatz überhaupt nicht erfasst. Darüber hinaus werden für die Pflege ab 2020 ohnehin die tatsächlichen Ist-Kosten vergütet. Das Instrument der besonderen Einrichtung verliert damit noch mehr an Bedeutung.

Die Landesregierung nimmt sich insbesondere sieben Punkten an. - Ich hoffe, dass ich mit den restlichen 2 Minuten Redezeit auskomme.

Erstens. Wir arbeiten mit Nachdruck daran, dass das Krankenhausentgeltsystem grundlegend zukunftsfähig gemacht wird. Daher habe ich auf der vergangenen Gesundheitsministerkonferenz einen Antrag auf Neuordnung der Krankenhausfinanzierung gestellt, der übrigens einstimmig angenommen wurde.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Bitte keinen Applaus! - Ab Januar nächsten Jahres wird eine Arbeitsgruppe der Länder zur Reform der stationären Versorgung unter Leitung meines Hauses beraten. Wie in anderen Bereichen liegen die Probleme in den Kinderkrankenhäusern bei den Vorhaltekosten. Wir werden uns deshalb auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass die Finanzierung genau dieser Vorhaltekosten die zusätzlichen Erlösbestandteile mit höheren Anteilen am Erlösbudget inkludiert werden.

Zweitens. Unser Ziel ist es, die Anlaufpraxen zu echten Portalpraxen weiterzuentwickeln. Einen entsprechenden Antrag habe ich im vergangenen Jahr in den Bundesrat eingebracht.

Drittens. Bei der Erarbeitung des GBA-Notfallstufenkonzepts hat sich Schleswig-Holstein vehement für die Berücksichtigung der Kinderkliniken eingesetzt. Seit dem 1. Januar 2019 erhalten die Kinderkliniken, die an der Notfallversorgung teilnehmen, einen Zuschlag pro Fall zur Abdeckung der Vorhaltekosten. Derzeit werden in den Budgetvereinbarungen die entsprechenden Entgelte verhandelt.

Viertens. Wir stärken die Kinderheilkunde weiter mit dem Ausbau tagesklinischer Angebote. So eröffnet im Februar die neue Tagesklinik am UKSH in Lübeck.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Fünftens. Im Rahmen der Planungskompetenz stärken wir die sektorenverbindende Versorgung durch Ausweisung von Tageskliniken, beispielsweise an beiden UKSH-Standorten, am Klinikum Itzehoe und am WKK Heide. Diese Maßnahmen kommen insbesondere chronisch kranken Kindern zugute.

Sechstens. Auch mit dem Ausbau der Sozialpädiatrischen Zentren möchten wir die sektorenverbindende Versorgung weiterentwickeln. Vor einigen Monaten ist das dritte Zentrum, am Klinikum Itzehoe, eröffnet worden. - Wer aufgepasst hat: Ich habe fast nur öffentlich-rechtliche Kliniken erwähnt. - Derzeit fördern wir aus Mitteln der sektorenverbindenden Versorgung die bauliche Erweiterung.

Siebtens. Für tatsächlich sektorenverbindende Versorgungsangebote auch in der Kinder- und Jugendmedizin sind Modellversuche ein ausgezeichnetes Instrument, die eine ambulante, tagesklinische und stationäre Versorgung innerhalb einer einzigen Struktur ermöglichen. Wir setzen uns deshalb weiterhin mit allem Nachdruck dafür ein, dass rechtliche und finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden, die Länder endlich in die Lage zu versetzen, solche Modellversuche zu ermöglichen, weil - Herr Dr. Stegner, es kommt selten vor; aber da haben Sie absolut recht - das eine Aufgabe der Daseinsvorsorge ist. Wir müssen dieser Aufgabe gerecht werden, auch für die jüngsten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, ich muss anerkennen: Sie haben das Ziel dieses Mal fast erreicht.

(Heiterkeit - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür hat man kaum etwas verstanden!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1805, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen außer die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer enthält sich

der Stimme? - Die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein.

Ich lasse dann abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1895. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Es ist einstimmig so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Errichtung einer Professur für „Plurale Ökonomik“

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1745

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tim Brockmann.

Tim Brockmann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war im Jahr 2008, als Queen Elizabeth II. die London School of Economics besuchte und einem Vortrag über die Finanzkrise lauschte. Am Ende des Vortrages stellte Sie die Frage aller Fragen, nämlich warum keiner der anwesenden Wirtschaftswissenschaftler die Finanzkrise vorhergesehen hatte. Zerknirscht, so ist die Überlieferung, mussten die renommierten Professorinnen und Professoren einräumen, dass es ein Versagen der kollektiven Vorstellungskraft vieler kluger Menschen gegeben habe.

Doch was folgte aus diesem Eingeständnis? Haben sich Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften nachhaltig verändert, oder wird an der traditionellen Denkweise festgehalten? Findet eine intensive ethische Reflexion in den Wirtschaftswissenschaften eigentlich statt? - Mein Eindruck ist, dass dies gegenwärtig nicht ausreichend der Fall ist. Wirtschaftsethik ist in der Regel nicht Teil der ökonomischen Ausbildung oder nur ein Randthema, und in der Forschung erfolgt eine ethische Reflexion nur in Ausnahmefällen. Auch zu meiner Studienzeit an der CAU waren Bereiche wie Wirtschaftsethik in der Volkswirtschaftslehre noch kein Thema; heute ist zumindest eine Lehrveranstaltung hierzu Pflicht.

Spätestens seit der Frage der Queen wird die Kritik an den Wirtschaftswissenschaften und deren klassischen Antworten auf ökonomische Probleme immer

(Tim Brockmann)

größer: Die Wirtschaftswissenschaften seien zu realitätsfern, zu marktgläubig, zu einseitig. Statt sich für andere Denkschulen zu öffnen oder sich mit anderen Disziplinen wie Politik, Jura, Soziologie, Philosophie, Psychologie auseinanderzusetzen und sich mit diesen auszutauschen, wurde über Jahrzehnte versucht, mit Hilfe von immer komplexeren mathematischen Modellen die Realität mehr oder minder gut abzubilden. Dazu bediente man sich des Homo oeconomicus, dieses stets vollkommen informierten, rational handelnden und auf die Mehrung seines Nutzens bedachten Wesens, welches in Realität leider in dieser Form nicht anzutreffen ist.

(Beifall Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Es ist leider so. - Natürlich ist es auch nicht der Anspruch der klassischen Wirtschaftswissenschaften, die Realität in ihrer Komplexität eins zu eins abzubilden. Dennoch nahm und nimmt man für sich gern in Anspruch, eine mathematisch-exakte Naturwissenschaft zu sein.

Mittlerweile wissen wir, dass dieses eben nicht der Fall ist, sondern dass wirtschaftliches Handeln durchaus irrational sein kann und nicht Naturgesetzen folgt. Selbst renommierte Wirtschaftswissenschaftler wie der Träger des Weltwirtschaftlichen Preises des Instituts für Weltwirtschaft, Paul Krugman, gingen mit ihrer Disziplin hart ins Gericht. 2009 formulierte Krugman in der „New York Times“, die ökonomische Disziplin habe sich verrannt, da Ökonomen im Kollektiv die Schönheit und die Präzision eindrucksvoller Mathematik mit der Wahrheit verwechselt hätten.

Was folgt nun daraus, meine Damen und Herren? Sicherlich sind die traditionellen volkswirtschaftlichen Modelle nicht falsch. Mit ihnen können viele ökonomische Geschehnisse gut erklärt und Vorhersagen getroffen werden; aber sie stoßen auch schnell an ihre Grenzen. Eben hier hat es Sinn, die traditionellen Ansätze um eine Plurale Ökonomik zu ergänzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

- Danke. - Die Plurale Ökonomik als neue Denkschule bietet die Möglichkeit, den Blickwinkel der Wirtschaftswissenschaften sinnvoll zu erweitern und eben nicht einseitig auf Gesellschaft und Wirtschaft zu blicken, sondern einen intensiven Austausch der vielen verschiedenen ökonomischen Theorien und Ansätze auf Augenhöhe zu suchen. Dies ist ein hochinteressanter Ansatz, der auch gro-

ße Chancen für unsere Universitäten in Schleswig-Holstein bietet.

Wir als Koalition haben diesen Umstand erkannt und eine entsprechende Formulierung in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Wir wünschen uns, dass die zukünftige Professur für Plurale Ökonomik sich kritisch mit den bisherigen Theorien der Volkswirtschaftslehre auseinandersetzt, und wir bitten die Landesregierung, hier tätig zu werden.

Aufmerksamen Abgeordneten wird sicherlich schon aufgefallen sein, dass die Plurale Ökonomik nicht Bestandteil der aktuellen Zielvereinbarung geworden ist.

(Beate Raudies [SPD]: Ja!)

- Sehr gut. - Dies ist bedauerlich; denn es hätte sich für die Universitäten die Chance geboten, sich diesem innovativen Thema zu öffnen. Das ist bekanntlich nicht geschehen. Dennoch glaube ich, dass es auch andere Wege gibt, dieses Thema an einer Hochschule im Land zu verankern. Insofern ist es eine gute Nachricht, dass die schleswig-holsteinischen Universitäten vom aktuellen Tenure-Track-Programm des Bundes profitieren und die Europa-Universität Flensburg die Chance ergriffen hat, die Plurale Ökonomik in dieses Programm einzubringen. Ich denke, das ist ein guter Weg; denn im Ergebnis steht diese Professur Schleswig-Holstein gut zu Gesicht. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag angekündigt, an einer der Universitäten Schleswig-Holsteins eine Professur für Plurale Ökonomik zu schaffen. Nachdem es im Mai 2019 einige Unklarheiten gegeben hatte, starteten wir eine Kleine Anfrage. In der Antwort heißt es in der Tat, das werde sich im Rahmen der Zielvereinbarung klären. Leider habe ich dort nichts gefunden; auch Sie, Kollege Brockmann, haben das schon gesagt. Das finde ich schade. Nun wird einmal mehr die Landesregierung zum Handeln aufgefordert. Das ist schön, hätte aber gern schon früher sein können.

(Dr. Heiner Dunkel)

In der Sache ist es sinnvoll. Hunger, Umweltzerstörung, Klimawandel, Finanzmarktkrise, soziale Ungleichheit, Armut und so weiter sind auch ökonomische Probleme. Sie sind vielfältig und verlangen neue Antworten, die in der gängigen, häufig eindimensionalen, neoklassischen beziehungsweise marktliberalen Volkswirtschaftslehre zu kurz kommen. Wir brauchen deshalb eine Plurale Ökonomik, die sich unter anderem durch Methoden- und Theorienvielfalt und damit auch durch Überwindung einseitiger neoklassischer Modellökonomik, Selbstkritik und Offenheit, aber auch durch die Auseinandersetzung mit der geschichtlichen Entwicklung der Volkswirtschaftslehre sowie wirtschaftsethischen und wissenschaftstheoretischen Fragestellungen auszeichnet.

Angesichts der tiefgreifenden sozioökonomischen Probleme und nicht lang vergangener Krisen - wir haben es gerade gehört: 2008 die Finanzkrise - ist es wichtiger denn je, dass wir Ausgewogenheit, Reflexion und Realitätsbezug auch in den Wirtschaftswissenschaften fördern und stärken. Deshalb begrüßen wir als SPD grundsätzlich die Einrichtung einer solchen Professur in Schleswig-Holstein.

Wir haben es gerade schon gehört: Die Europa-Universität Flensburg hat diese Herausforderung angenommen und im Rahmen des Tenure-Track-Programms des Bundes und der Länder eine solche Professur für Plurale Ökonomik eingeworben. Die Ausschreibung dieser Professur wird nächste Woche im Senat der Europa-Universität Flensburg behandelt und beschlossen. Eine zügige Ausschreibung und Besetzung der Professur ist geplant. Damit könnte der Antrag der Koalition bereits seine Erledigung gefunden haben.

Allerdings wäre es hilfreich, wenn die doch sehr begrenzten Ressourcen dieser Professur vonseiten des Landes deutlich erhöht werden könnten und der Europa-Universität signalisiert würde, dass das Land nach einer erfolgreichen Evaluation die dauerhafte Finanzierung dieser Professur auch nach 2026/27 übernimmt,

(Beifall SPD)

damit an einer unserer Universitäten ein national und international sichtbarer und notwendiger Schwerpunkt aufgebaut werden kann.

Das wäre auch deshalb vernünftig, weil die Pläne für die Professur in Flensburg bereits von der Deutschen Forschungsgemeinschaft positiv bewertet wurden. Die DFG hat in diesem Zusammenhang das hohe Qualitätsniveau und den bedeutenden Beitrag zur Nachwuchsförderung gewürdigt.

Wir sind deswegen ein bisschen irritiert gewesen - aber durch den Beitrag des Kollegen ist das auch ein bisschen geheilt worden -, dass in dem Antrag der Jamaika-Koalition davon gar nichts stand, weil die Europa-Universität gar nicht genannt worden ist. Aber das ist ja nun geklärt.

Vielleicht wollen Sie aber noch eine weitere Professur für Plurale Ökonomie in Schleswig-Holstein? Da können wir nur sagen: Nur zu! Auch das würde unsere Zustimmung finden.

Allerdings würde ich mir dann wünschen, dass die mit Mitteln des Bund-Länder-Programms geförderte Professur an der Europa-Universität gestärkt wird und nicht etwa durch Konkurrenzprojekte gefährdet oder in ihrer Wirkung minimiert wird.

Ich möchte vorschlagen, dass wir im Bildungsausschuss genauer besprechen, wie die Initiative der Europa-Universität Flensburg weiter gestärkt werden kann. Und falls Sie weitere Professuren planen, sollten alle Professuren so ausgestattet werden, dass sie nationale und internationale Strahlkraft bekommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Gestern hat das „Handelsblatt“, das jetzt nicht unbedingt die Kampfschrift des Kommunismus ist, sechs Buchtipps für das Jahr 2019 veröffentlicht, also die sechs ökonomischen Bücher, die man doch nach Möglichkeit gelesen haben sollte. Das Interessante dabei ist: Fünf dieser sechs Bücher behandeln die Themen Ungleichheit, Feminismus und Ökologie. Das ist eine Situation, die in der Vergangenheit beim „Handelsblatt“, wenn man sich diese Tipp-Listen anschaut, nicht immer so war. Insbesondere auch vor der Finanzkrise ging es eher um Härte und Konkurrenz und all diese klassischen Punkte. Man sieht also: Die ökonomische Debatte in Deutschland hat sich verändert. Und genau darauf zielt auch unser Antrag ab.

Wir wollen, dass die wirtschaftswissenschaftliche Landschaft in Schleswig-Holstein breiter aufgestellt wird. Es geht nicht darum, eine Theorieschule gegen die anderen aufzuwiegen und zu sagen, es sollte nur eine geben, sondern der Punkt ist genau diese

(Lasse Petersdotter)

breite Aufstellung, wie sie in anderen Wirtschaftsdisziplinen völlig gang und gäbe ist.

Nehmen wir zum Beispiel die Politikwissenschaft in Kiel, wo ich studieren durfte. Dort war es lange Zeit so, dass es eigentlich nur eine Theorieschule gab - auch Politikwissenschaftler in einem positivistischen Sinne -, die der Meinung war, man könnte die Welt und die gesellschaftlichen Zusammenhänge mehr oder weniger ausrechnen, man könnte alles irgendwie in Zahlen ausdrücken und hätte rationale Akteure. - Gerade in der Politik! Willkommen! - Das ist also eine spannende Herangehensweise, wie dort Politikwissenschaft betrieben wurde.

Mittlerweise hat man auch einen positivistischen Ansatz, mit dem man sich eher überlegt: Wie wurden diese Sinnzusammenhänge eigentlich konstruiert? Genau das sollte es auch in den Wirtschaftswissenschaften geben und nicht nur einen neoklassischen Ansatz.

Deswegen hat sich 2012 eine große Anzahl von Ökonomen entschieden, von 50 unterschiedlichen Hochschulen kommend, Kritik am Zustand der Volkswirtschaftslehre zu äußern. Man hat kritisiert, dass es einen Glauben an die selbstregulierenden Kräfte des Marktes gibt. Wir haben viele Beispiele dafür, wo es eben nicht hingehauen hat. Man dachte an eine Modellfixierung, an den Drang, irgendwie jede Form von Wirtschaft in einem Modell auszudrücken und irgendwie mathematisch berechenbar zu machen. Man hat auch kritisiert, dass es eine fehlende Selbstreflexion der Akteure gibt, aber eben auch eine fehlende Vielfalt bei den Modellen und Theorien, um die Wirklichkeit irgendwie beschreiben zu können.

Dabei gehört zur Grunderkenntnis: Die Volkswirtschaftslehre ist eine Sozialwissenschaft. Wenn man sich anguckt, was Volkswirtinnen und Volkswirte in der Vergangenheit produziert haben, hat man nicht den Eindruck, dass es immer ein Selbstverständnis wäre, dass die Volkswirtschaftslehre eine Sozialwissenschaft ist, sondern viel zu häufig versucht man sich irgendwie als Naturwissenschaft oder als angewandte Mathematik zu verstehen, wobei man auch immer festhalten sollte, dass Mathematik eben keine Naturwissenschaft ist.

Wir wollen also interdisziplinäre Ansätze, wir wollen, dass es einen Ansatz gibt, in dem eben auch andere wissenschaftliche Disziplinen eine Rolle spielen: Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie, Verhaltensökonomik und alle diese Fragen, mit denen zuletzt auch Nobelpreise gewonnen wurden.

Es ist auch wichtig, zu berücksichtigen, dass die Wirtschaftswissenschaften eine wichtige Rolle in dieser Gesellschaft einnehmen. Es ist anders als bei anderen Wissenschaften, dass man Rat von Weisen hat, dass man hochbezahlte Beratungsfirmen hat, die sich nicht nur in die Organisation einmischen, sondern eben auch dort, wo der wissenschaftliche Background eine große Rolle spielt.

Wir haben hier vor eineinhalb Stunden über den Mindestlohn diskutiert. Erinnern wir uns nur einmal an die wirtschaftswissenschaftlichen Prognosen, die allesamt nicht eingetreten sind: Massenarbeitslosigkeit, junge Menschen würden gar keine Jobs mehr bekommen und alles so etwas. Das hat auch etwas damit zu tun, wie die Wirtschaftswissenschaften aufgestellt sind. Es hat auch etwas damit zu tun, wie Politik beraten wird und von welcher Wirtschaftswissenschaft man eben beraten wird.

Es gibt auch immer wieder den Anspruch, eine objektive Wahrheit darstellen zu können. Diesen Anspruch gibt es in anderen Wissenschaften eben weniger, weil man in den Theorien und in den Methoden eine breitere Aufstellung hat. Bei den Wirtschaftswissenschaften, bei denen man sich in Deutschland vermeintlich so einig ist, ist das eben bundesweit problematisch. Es gibt allerdings auch Ansätze, beispielsweise in Siegen und an anderen Hochschulen, wo längst dagegen angegangen wird. Wenn man sich die globale Wirtschaftswissenschaft ansieht, ist das ja auch schon sehr viel weiter. Da werden Leute wie Marx und Keynes und andere dann doch auch einmal einbezogen und einen Teil des Wissenschaftstableaus ausmachen.

Ich bin eingestiegen mit einem Blick ins Bücherregal. Es ist ja auch immer ein ganz interessantes Zeichen für die Gesellschaft, was man in Buchhandlungen so alles sieht. Gerade in der Vorweihnachtszeit, wenn wir keine anderen Ideen haben, kaufen wir Bücher. Da sehen wir dann die Tische am Anfang und die Top-Listen werden angeführt von irgendwelchen Crash-Propheten, die immer wieder sagen: „Jetzt kommt der Crash aber wirklich. Das ist wirtschaftswissenschaftlich belegt.“ Interessant ist, dass die Leute, die jetzt bei Markus Lanz erzählen „In den nächsten zwei Jahren ist das ganz sicher. Bringen Sie ihr Geld in Sicherheit!“, die gleichen Leute sind, die das auch schon vor sieben Jahren gesagt haben. Das Problem ist, dass diese Videos bei YouTube nach wie vor online sind. Aber das muss man für sich selbst entscheiden.

Trotzdem brauchen wir eine stärkere Wirtschaftswissenschaft. Genau hier wollen wir ansetzen mit

(Lasse Petersdotter)

einer Pluralen Ökonomik. Ich freue mich, dass das hoffentlich - auch gelingen wird.

Im Übrigen bin ich für eine Abstimmung in der Sache. Darüber werden wir gleich noch einmal diskutieren. Ich wüsste nicht, warum das jetzt noch im Ausschuss beraten werden soll. Es geht ja hier um ein Bekenntnis, dass man sich - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, nun ist Ihre Redezeit aber schon längere Zeit um.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Da haben Sie recht. - Vielen Dank.

(Heiterkeit - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden es im ersten Moment vielleicht gar nicht glauben, aber die Initiative für diese Passage im Koalitionsvertrag und auch die Initiative für diesen Antrag ging nicht von der FDP aus.

(Heiterkeit - Beifall FDP)

Es war der geschätzte Kollege und heutige Europaabgeordnete Rasmus Andresen, der dies in enger Zusammenarbeit mit meinem grünen Vorredner, der neuerdings auch das „Handelsblatt“ liest, federführend vorangetrieben hat. - Schönen Gruß an Rasmus Andresen. Ich gehe davon aus, er schaut heute zu.

(Heiterkeit - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Man muss die Sprache seiner Feinde kennen!)

Ich werde jetzt aber nicht verraten, was wir dafür bekommen haben. Aber gut, lassen wir das.

Im Ernst: Die Kritik an den etablierten Wirtschaftswissenschaften ist nicht neu. - Lars, wir haben besser gedealt als du damals. - Finanz- und Wirtschaftskrise haben diese auch in Deutschland noch einmal verstärkt.

Als jemand, der zumindest zeitweise in Kiel Wirtschaftswissenschaften studiert hat und später im-

merhin, na ja, Wirtschaftsingenieur geworden ist, empfinde ich viele Vorurteile gegenüber der klassischen Volkswirtschaftslehre aber oft als eben solche.

(Lars Harms [SSW]: Ja!)

Wenn wir uns zum Beispiel einmal die Thesen des Präsidenten des Kieler Weltwirtschaftsinstitutes, Professor Gabriel Felbermayr, anhören, dann kann man nicht mehr ernsthaft behaupten, dass sich die ganz klassischen Wirtschaftswissenschaften nicht für Mensch und Natur interessieren würden und die Finanzkrise nicht sehr kritisch beleuchteten. Ökonomie und Ökologie sind eben kein Gegensatz. Auch das Institut für Weltwirtschaft sticht dadurch hervor, dass es sich engagiert für die CO₂-Bepreisung über den Zertifikatehandel ausspricht. Themen wie Armutsforschung oder die Ungleichheit in vielen Gesellschaften und deren Auswirkungen nehmen mittlerweile großen Raum in den traditionellen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen ein.

Als Liberale sind wir aber stets offen, optimistisch und teilweise sogar lernwillig. Deshalb werden wir uns einer entsprechenden Professur für Plurale Ökonomik - in Frankreich heißt das übrigens Postautistische Ökonomie, das finde ich auch ganz interessant - aus Koalitionstreue und auch aus einer gewissen Neugier heraus nicht verschließen und uns das sehr entspannt anschauen. Vielleicht ergeben sich daraus für den schleswig-holsteinischen Hochschulstandort ja interessante neue Perspektiven.

Der legendäre Bundeswirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard, der selbst Wirtschaftswissenschaftler und zumindest der politische Vater der sozialen Marktwirtschaft war, sagte einmal, dass Wirtschaftspolitik zu 50 % aus Psychologie bestünde. Die Verknüpfung mit der Psychologie ist auch ein wichtiger Ansatz der Pluralen Ökonomie. Sie merken, ich versuche, mir das Ganze schönzureden.

(Heiterkeit FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

- Es ist ja bald Weihnachten.

Hinzu kommen vor allem ökologische, ethische und historische Ansätze. Und es gilt: Auch die Wirtschaftswissenschaften, der Kollege hat es gerade angesprochen, stützen sich, wir ihr Name schon sagt, auf wissenschaftliche Erkenntnisse und lassen sich nicht politisch in eine gewünschte Richtung lenken. Die Politik hat weder die Aufgabe noch die Kompetenzen, Ergebnisse vorzugeben, auch wenn das vielleicht unter manchen Gesichtspunkten für

(Christopher Vogt)

einige gelegentlich verlockend erscheinen mag. Es scheint ein politischer Trend geworden zu sein, dass man sich in der Politik auf die Wissenschaft beruft, allerdings immer nur dort, wo es einen gerade in den Kram passt. Ich finde, wir sollten generell wissenschaftliche Erkenntnisse offener diskutieren. Das ging auch an dich, Lasse.

Wie vielleicht dem einen oder anderen bekannt ist, bin ich ein vehementer Befürworter der Hochschulautonomie. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Hochschulen nicht nur die neuesten gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen im Blick haben, sondern bereits auch heute schon in vielen Bereichen interdisziplinär forschen und lehren. Wir werden uns also mit Interesse anschauen, was sich in nächster Zeit auch in Flensburg tun wird und wie die Professur „Plurale Ökonomik“ mit Leben gefüllt werden wird.

Ob es ein wertvoller Beitrag für die Wissenschaftslandschaft wird, hängt mit Sicherheit auch von der Person ab, die diese Professur ausfüllen wird. Ich wünsche auf jeden Fall viel Erfolg bei der Arbeit und freue mich auf den Austausch, den wir hoffentlich bald haben werden. Ich möchte auch noch sagen, die Flensburger Uni hat sich erfolgreich für insgesamt vier Tenure-Track-Professuren beworben. Das Ganze wird jetzt bis 2021 umgesetzt. Das zeigt, dass dort gute Arbeit geleistet wird. Wir haben Vertrauen in die Uni, dass dort ein gutes Ergebnis erzielt wird. Wir freuen uns auf den Austausch mit dieser Juniorprofessur. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Der eigentliche Gegenstand der heutigen Debatte ist die Frage, ob die Wirtschaftswissenschaften für die Zukunft breit genug aufgestellt sind oder ob es dort einen Mangel an Pluralität gibt. Wenn Letzteres der Fall ist, dann könnte die Errichtung der Professur „Plurale Ökonomik“ durchaus gerechtfertigt sein.

Die klassischen Wirtschaftswissenschaften wurden gerade im Hinblick auf die Weltfinanzkrise 2007/2008 hart kritisiert, und sie werden auch heute noch kritisiert. So stellt der wohl populärste Vertre-

ter der Gemeinwohlökonomie, Christian Felber, der an die Bewegung für eine Plurale Ökonomik anknüpft, in einem Interview heraus, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis:

„Neben dem sozialen Desaster ist die Wirtschaftswissenschaft für das ökologische Desaster hauptverantwortlich, weil es als Ziel eben gerade nicht das ‚ökologische Gleichgewicht‘ anstrebt, sondern permanentes BIP-Wachstum ...“

Da weiß man also, woher der Wind weht, und ahnt auch, welche Fraktion aus der kunterbunten Jamaika-Koalition sich hier etwas wünschen durfte. Herr Vogt hat es eben leider schon verraten, es stand vorher schon so in meinem Manuskript. Dafür musste man kein Prophet sein.

Aber neben dieser undifferenzierten Pauschalkritik gibt es durchaus Aspekte, die weniger kontrovers sind; denn die Forderung nach Methodenvielfalt und der Einbeziehung weiterer Denkschulen, also nach paradigmatischer Offenheit werden von vielen Wissenschaftlern durchaus geteilt. Greift etwa die theoriegeschichtliche Ausbildung zu kurz, dann droht in der Tat eine Verengung des Spektrums.

Eine Einbeziehung und eine Kooperation mit sozialwissenschaftlichen oder geisteswissenschaftlichen Disziplinen trägt durchaus zu einer Erweiterung dieses Spektrums bei. Das ist vollkommen unstrittig und in vielen Fällen auch notwendig.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Brodehl, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dunckel?

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Selbstverständlich.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Herr Dr. Brodehl, bevor ich Ihnen weiter zuhören muss, möchte ich Sie fragen: Kennen Sie das Netzwerk „Plurale Ökonomik“?

- Nein, das Netzwerk kenne ich nicht.

- Das sollten Sie aber kennen, wenn Sie über die - -

Präsident Klaus Schlie:

Nein, es geht immer so: Eine Frage wird gestellt, und dann kommt eine Antwort. Man kann dann noch versuchen, eine zweite Frage stellen zu können.

(Präsident Klaus Schlie)

(Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Ich wollte nur fragen: Sie kennen das nicht?)

- So geht das nicht. Wir machen hier kein Gespräch, sondern Sie dürfen eine Frage stellen und dann gibt es eine Antwort. Sie können anschließend den Versuch unternehmen, eine zweite Frage zu stellen. Wollen Sie eine weitere Frage stellen?

(Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Nein, danke!)

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Das war wohl mehr der Versuch, mich vorzuführen. Warum Sie das nötig haben, weiß ich auch nicht. Aber die Frage ist, meine ich, beantwortet. Tatsächlich war mir so nicht der Ablauf bekannt, in welcher Phase das gerade in Flensburg ist.

Wie dem auch sei, auf der anderen Seite müssen wir darauf achten, dass wissenschaftlich mit harten Fakten entscheidbare Fragen nicht von vornherein - und darum geht es - mit den Werturteilen der Sozialwissenschaften vermengt werden und es nicht von vornherein zu einer unnötigen Politisierung kommt.

Es geht uns zu weit, wenn etwa im internationalen studentischen Aufruf für eine Plurale Ökonomik gefordert wird, die Bandbreite an Denkschulen um die feministische und marxistische Tradition zu erweitern. So etwas lehnen wir ab. Ausführungen zum Marxismus und Feminismus erspare ich uns.

Mir ist wichtig festzustellen: Es darf bei aller gebotener Pluralität nicht zu ideologisch aufgeblasenen Kontroversen kommen.

Mit der Errichtung einer Professur „Plurale Ökonomik“ würden wir hier in Schleswig-Holstein einen neuen Weg einschlagen. Zu entscheiden, ob wir das sollten, ist nicht zuletzt eine politische Grundsatzentscheidung. Gewährleisten die bestehenden universitären Strukturen genügend notwendigen Spielraum, um auch künftig Fragen beantworten zu können oder brauchen die Wirtschaftswissenschaften tatsächlich eine weitere Säule? Vor allem deshalb, und daraus mache ich keinen Hehl, weil nicht wenige Protagonisten der Pluralen Ökonomik ideologisch sehr aufgeladen argumentieren, sollten wir hier nichts über das Knie brechen.

Jetzt in der Sache abzustimmen, halte ich in der Tat für den falschen Weg. Besser wäre es gewesen, wir hätten uns im Bildungsausschuss darüber noch einmal unterhalten. Idealerweise wäre sogar eine schriftliche Anhörung ein guter Weg gewesen.

Da in der Sache abgestimmt wird, kann ich nur sagen, dass wir gegen diesen Antrag stimmen.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle haben selbstredend ein Interesse daran, dass die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein vielfältig, innovativ und leistungsstark ist. Theorie und Praxis sollten dabei Hand in Hand gehen, damit die Absolventinnen und Absolventen befähigt und ermutigt werden, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dies gilt insbesondere auch für die Wirtschaftswissenschaften.

Die globale Wirtschaft steht vor gewaltigen Herausforderungen, keine Frage. Entsprechend komplex gestalten sich Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsstrategien.

Die Jamaika-Koalition will darauf nun also unter anderem mit der Errichtung einer neuen politisch motivierten Professur reagieren. Ob eine solche Einflussnahme der Politik grundsätzlich nicht doch eine zu große Einflussnahme auf die Freiheit der Forschung und Lehre ist, ist zumindest eine Fragestellung, die vorab hätte geklärt werden müssen, meine Damen und Herren.

Diese Professur soll das wirtschaftswissenschaftliche Fachangebot, ich zitiere, „sinnvoll ergänzen“. Zumindest wird das politisch gefordert. Nun stellen sich dazu folgende Fragen: Woran wird festgemacht, ob und dass eine derartige Ergänzung sinnvoll ist? Braucht es tatsächlich einen zusätzlichen Lehrstuhl, oder ließe sich die erwünschte Ergänzung des Fachbereichs nicht auch aufwandsärmer in die bestehende Struktur integrieren? Und überhaupt: Wie wäre die neue Professur ausgestaltet, und welche Inhalte würden vermittelt? Der Dreizeiler im vorliegenden Antrag gibt dazu ja keine wirklich erhellende Auskunft.

Wie man erfährt, wäre die Einrichtung einer solchen Professur die Umsetzung eines entsprechenden Vorhabens aus dem Koalitionsvertrag. Wirklich viel Hintergrundinformationen gibt es aber noch nicht. Meine Vorredner haben ja nun ein wenig dazu ausgeführt, und dennoch bleibt einiges im Nebel des Unkonkreten zurück.

Die Professur soll als eine von vier neuen Professuren aus dem Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der

(Lars Harms)

Europa-Universität Flensburg angesiedelt werden. Das ist natürlich schön; so etwas findet der SSW natürlich immer schön.

Aber die inhaltliche Ausrichtung und damit die Definition des Fachs „Plurale Ökonomik“ an sich ist nach unserer Ansicht ein sensibler Punkt. Vertreter der Pluralen Ökonomik kritisieren hauptsächlich die in ihren Augen realitätsferne Theoriebildung der derzeitigen Lehre auf diesem Gebiet. Der sogenannten Mainstream-Ökonomie wird die Annahme eines zu einfach gestrickten Menschenbildes unterstellt. Darüber hinaus sei diese geschichtsvergessen, habe im Hinblick auf die Finanzkrise 2008 versagt und sei überhaupt generell von einer - so sagt man - geistigen Monokultur geprägt. Das ist schon ein recht harter Vorwurf, den man durchaus hinterfragen sollte.

Es macht definitionsgemäß schon Sinn, dass die Studierenden eines Studiengangs zumindest die Standardinhalte der eigenen Disziplin beherrschen. Auf die Mainstream-Inhalte kann man deshalb auch nicht verzichten. Das schließt allerdings nicht aus, dass man auch andere Dinge kennenlernt. Drolligerweise habe ich bei all dem, was ich gehört habe, an mein Studium gedacht; das ist ja schon ein bisschen länger her. Wir haben nicht nur Wirtschaft studiert, sondern wir haben auch Wirtschaftsethik und Wirtschaftsökonomie studiert, und ich bin ein BWLer und noch nicht einmal ein VWLer. Das war für uns völlig normal.

Ich habe mich total darüber gewundert, dass es da jetzt auf einmal einen Gegensatz geben soll. Ich glaube vielmehr, eine solche Geschichte kann man auch gut in die Studiengänge integrieren.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Jedenfalls merken wir jetzt, dass es durchaus so ist, dass alle Fragen, die da eine Rolle spielen, in den in der Vergangenheit und den derzeit geltenden Curricula vorhanden waren beziehungsweise sind. Es ist also gar nicht so, dass Wirtschaftswissenschaftler nur neoliberal durch die Gegend laufen und denken, sondern es gibt durchaus kluge Leute, auch kluge Professorinnen und Professoren, die da wirklich schon wesentlich weiter sind. Deshalb glaube ich, ist es wichtig, dass wir einen möglichst breit gefächerten Fächerkanon innerhalb der Wirtschaftswissenschaften hinbekommen.

Grundsätzlich spricht deshalb nichts dagegen, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre um innovative Ansätze zu bereichern, gerade auch in puncto Nachhaltigkeit. Es wäre nach unserer Auffassung jedoch zu klären, ob es dazu tatsächlich

einer eigenen Professur bedarf. Man müsste dann genau darauf achten, wie eine derartige Professur in die bestehenden Strukturen eingebaut wird. Eine radikale „Gegensatz“-Professur zu den bestehenden Lehrstühlen wäre womöglich eher kontraproduktiv, und zwar auch an der Hochschule selber. Dort einen Kleinkrieg zu veranstalten, wäre nicht so schön. Schlau wäre es dann eben doch, diese Dinge im Rahmen der Volkswirtschaftslehre mit zu beachten. Ich glaube, das kann auf vielerlei Art und Weise bewerkstelligen.

Letztendlich ist und bleibt es das Ziel, auf ökonomische Fragen die richtigen Antworten zu finden. Hierfür brauchen wir eine breite, fundierte Ausbildung, und zwar klassischer Art, aber auch mit einer neuen Lehre. Genau das müssen wir in Flensburg installieren. Dann wären wir auf dem richtigen Weg. Daran, dass eine Professur wirklich der richtige Weg ist, haben wir noch unsere Zweifel. Deswegen können wir dem Ganzen nicht zustimmen, wollen uns aber auch einem neuen Weg nicht versperren. - Schönen Dank.

(Beifall SSW, FDP, Dr. Frank Brodehl [AfD] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss dann doch zu dem, was Lars Harms gesagt hat, einiges ergänzen. Es ist vielleicht nicht deutlich geworden: Die Professur gibt es schon. Das heißt, wir stehen gar nicht vor der Frage, ob wir sie wollen. Die Professur wird also ausgeschrieben, und die einzige Frage, die wir uns stellen können, ist, wie wir sie ausstatten wollen. Das heißt, das wäre, wenn wir das unterstützen würden, eine Frage der Ressourcen.

Ob wir sie einrichten wollen, ist völlig nebensächlich, weil sie, ich glaube, heute im Senat der Universität schon beschlossen worden ist und ausgeschrieben wird. Das heißt, das Programm hat sie schon zugewiesen. Die Frage stellt sich also nicht mehr. Es stellt sich nur die Frage, ob wir sie - das habe ich hier ja auch gesagt - entsprechend mit Ressourcen ausstatten, weil die Ausstattung sehr begrenzt ist. Das können wir besser machen. Wenn wir das machen können, dann umso lieber. Aber wir haben sie

(Dr. Heiner Dunckel)

schon, und es stellt sich gar nicht die Frage, ob wir sie haben wollen. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, die Begeisterung für die Plurale Ökonomik ist hier im Haus unterschiedlich ausgeprägt; das ist in der Debatte deutlich geworden. Nichtsdestotrotz ist es eine Vereinbarung der Koalitionsfraktionen,

(Heiterkeit, Beifall FDP und SSW)

in dieser Legislaturperiode eine solche Professur einzurichten.

Der sehr spannenden Debatte über die Sinnhaftigkeit will ich jetzt gar nicht besonders viel hinzufügen, sondern Ihnen nur einen Gedanken mitgeben, vielleicht auch gerade denjenigen, die sonst ja immer für ein besonders breites Meinungsspektrum auch gegen den Mainstream stehen.

Das mit der Interdisziplinarität ist schon etwas, was Sinn macht. Wenn wir die ganz großen Herausforderungen unseres Landes und auch darüber hinaus bewältigen wollen, ist die Zusammenarbeit über die Disziplinen hinweg wichtig. Dazu kann der Lehrstuhl einen wichtigen Beitrag leisten. Wir können es uns als Wissenschaftsland auch leisten, einen solchen Lehrstuhl einzurichten.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU])

Ich will die Diskussion insoweit nicht weiter vertiefen, sondern noch ein paar Worte zu dem Hinweis sagen, dass sich das in den Leistungsvereinbarungen nicht wiederfindet. Ja, das ist richtig. Wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren an einem sinnvollen Weg gearbeitet, diese Professur einzurichten, haben mit unterschiedlichen Hochschulen darüber gesprochen. Es ist erwähnt worden, dass wir uns wirklich sehr darüber freuen, dass die Europa-Universität im Rahmen des Tenure-Track-Programms so erfolgreich gewesen ist. Vier Professoren konnten eingeworben werden. Die Entscheidung der GWK zu den geförderten Professuren in der zweiten Bewilligungsrunde ist am 12. September 2019 gefallen.

Wichtig ist auch, darauf hinzuweisen, dass der Antrag, über den Sie heute beraten, schon ein bisschen älter ist. Er ist ja nicht gerade erst eingebracht worden. Es machte Sinn, ihn zum damaligen Zeitpunkt zu stellen.

Es ist toll, dass die Europa-Universität insofern besonders erfolgreich war. Ja, sie hat sozusagen gleich einen Doppelerfolg gefeiert: Sie nimmt an der Bundesförderung im Rahmen des Tenure-Track-Programms teil, und sie eröffnet dem wissenschaftlichen Nachwuchs mit einer neuen und wirklich innovativen Professur einen klaren, unter der Voraussetzung einer positiven Evaluation verlässlichen Karriereweg. Das mit dem Tenure-Track-Programm ist eine tolle Sache.

Das Fachgebiet Plurale Ökonomik - wir haben es eben in den verschiedenen Facetten besprochen - ist durchaus eine sinnvolle Ergänzung unseres Programms und unserer Forschungsansätze in Schleswig-Holstein.

Für Sie von Interesse ist vielleicht noch die Frage: Wo soll das Ganze eigentlich aufgehängt werden? - Die Professur soll in den Managementstudiengängen, also sowohl Bachelor als auch Master, für die European Studies und für den Bereich der Transformationsstudien eingesetzt werden.

Wie funktioniert das Ganze? Die Junior-Professur Plurale Ökonomik wird sechs Jahre lang vom BMBF zu 100 % finanziert und steht somit finanziell nicht in Konkurrenz mit anderen Vorhaben der Hochschule. Das ist ein sinnvoller Weg. Der Ausschreibungstext - Sie haben es erwähnt - liegt bereits vor. Die Entscheidung wird jetzt kurzfristig in den Gremien fallen. Die Besetzung soll zum 1. März 2021 erfolgen.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, die Professur Plurale Ökonomik einzurichten, dass wir dafür auch noch Bundesgeld einwerben konnten. Ich hoffe, dass die Professur einen wertvollen Beitrag zur Vielfalt in der Volkswirtschaft in Schleswig-Holstein leisten wird, und ich bin sehr gespannt darauf, was dort geleistet wird. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Frakti-

(Präsident Klaus Schlie)

onen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer enthält sich? - Die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Antrag, Drucksache 19/1745, angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Schulleitungen stärken - Identifikation und Umsetzung von Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Qualifizierung und Auswahl schulischer Führungskräfte**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1791

Schulleitung und Assistenzen der Schulleitungen entlasten

Alternativantrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1819

b) Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2018/19

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1727

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich erteile der Landesregierung zur Berichterstattung das Wort; das Wort hat die Ministerin für Wissenschaft, Bildung und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir debattieren hier heute unter anderem den Antrag über die Rolle der Schulleitungen in unserem Land. Ich bin sehr dankbar dafür, dass Sie dieses Thema aufgegriffen haben; denn den Schulleiterinnen und Schulleitern kommt in der alltäglichen Arbeit unserer Schulen eine außerordentlich wichtige Rolle zu. Sie leisten eine anspruchsvolle und engagierte Arbeit. Das verdient unser aller Wertschätzung und Anerkennung. Ich möchte mich an dieser Stelle in diesem Hause öffentlich bei allen Schulleiterinnen und Schulleitern sowie ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern herzlich für die Arbeit bedanken, die sie täglich leisten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD, FDP, AfD und SSW)

Ich sage das auch mit Blick auf so manchen Einzelfall, der in den Medien gerade in diesen Wochen ventilert worden ist: Viele Probleme an den Schulen werden von unseren Schulleitungen jeden Tag souverän gehandelt. Von diesen Vorfällen erfährt nie jemand etwas. Das ist auch gut so. Das ist die Aufgabe der Schulleitungen. Aber die Fälle, von denen wir in den Zeitungen lesen, zeigen vielleicht ein bisschen auf, was Schulleitung auch heißt. Dafür können wir, wie gesagt, sehr dankbar sein.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Offensichtlich geht es um Organisations-, Personal- und Unterrichtsentwicklung. Für die Qualität in der Schule kommt es maßgeblich auf die Schulleitung an.

Es freut mich daher ganz besonders, dass Sie hier einen großen, parteiübergreifenden Konsens zur Stärkung der Schulleitungen gefunden haben. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei allen Fraktionen.

Das ist nicht nur ein gutes Signal an die Schulen, sondern auch an die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite: Gute Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen und damit die Arbeit der Lehrkräfte und Schulleitungen hat für uns gemeinsam erste Priorität.

Die Aufgabenfelder und Anforderungen an modernes Schulleitungshandeln werden immer anspruchsvoller. Doch zunehmend sind auch Managementfähigkeiten gefragt und damit neue anspruchsvolle Aufgaben dazugekommen.

Selbstverständlich haben wir bereits jetzt Fortbildungsangebote zur Gewinnung von Führungskräften und verpflichtende Qualifizierungen für neue Schulleitungen und Stellvertretungen.

Aber auch uns beschäftigt seit geraumer Zeit die Frage: Wie kann es uns besser gelingen, eine systematische Personalentwicklung für Schulen aufzubauen? Wie schaffen wir es, früher und besser geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für diese anspruchsvolle Aufgabe der Schulleitung zu identifizieren, zu gewinnen und frühzeitig zu qualifizieren?

Wir wollen vorhandene Fortbildungsangebote für künftige Führungskräfte in Schulen weiter ausbauen und neue Konzepte zur Gewinnung von Führungsnachwuchs, vor allem von Frauen in schulischen Führungspositionen, entwickeln.

(Ministerin Karin Prien)

So bieten wir etwa im Rahmen des Perspektivschulprogramms gemeinsam mit der Wübben-Stiftung eine Fortbildung für die Schulleitungen an, die begleitend zum Programm jeweils über drei Jahre läuft.

Das mit dem fraktionsübergreifenden Antrag vorliegende Vorhaben ist anspruchsvoll und komplex. Es nimmt die ganze Palette der infrage kommenden Handlungsfelder in den Blick. Denn nach Jahren kleinerer Reparaturen und Nachjustierungen bestehender Angebote ist es tatsächlich an der Zeit, grundsätzliche Positionsbestimmungen vorzunehmen. Wir müssen die Personalgewinnungsverfahren und die Fortbildungsangebote überdenken und konzeptionell weiterentwickeln.

Der Auftrag des Landtags wird uns hierbei unterstützen. Darüber freue ich mich sehr.

Wertschätzung ist übrigens ein wichtiges Stichwort, wenn es um das Thema Unterrichtsversorgung und Lehrkräftegewinnung geht. Wenn wir mehr Lehrkräfte für diesen Beruf begeistern wollen, müssen wir auch für eine Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung von Lehrkräften sorgen.

Ich glaube, die Reise des Bildungsausschusses nach Kanada hat hierfür noch einmal das Bewusstsein geschärft.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Bei unseren weiterentwickelten Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung verfolgen wir übrigens genau dieses Ziel. Außerdem stärken wir die aktiven und angehenden Lehrkräfte - etwa durch die Einführung einer höheren Besoldung der Grundschullehrkräfte und -leitungen. Wir sorgen für einen Ausbau des Quer-, Seiten- und Direkteinstiegs. Hier haben wir auch die Qualifizierung deutlich verbessert.

Das Thema Lehrkräftegewinnung zur Sicherung der Unterrichtsversorgung hat für mein Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur eine hohe Priorität. Wir konnten das Ziel der Unterrichtsversorgung von 100 % im Schuljahr 2018/19 durch zusätzliche Stellen an allgemeinbildenden Schulen erreichen. An den berufsbildenden Schulen betrug die Unterrichtsversorgung im vergangenen Schuljahr durchschnittlich 94 % gegenüber 92 % im Vorjahr.

Insgesamt wurden in diesem Schuljahr auf Initiative der Landesregierung weitere 376 Planstellen zur Verfügung gestellt statt - wie ursprünglich geplant - 495 abzubauen.

Für das laufende Schuljahr wird die Unterrichtsversorgung voraussichtlich 101 % betragen. Damit können die Schulen flexibel auf Unterrichtsausfälle reagieren.

Die Landesregierung hat weiterhin in qualitative Verbesserungen des Bildungssystems investiert: durch die kontinuierliche Erhöhung der LiV-Stellen zur besseren Abdeckung des Lehrkräftebedarfs, die Anhebung der Stundenzahl in der Grundschule, die Einführung des Perspektivschulprogramms, den Ausbau der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an den berufsbildenden Schulen. Wir sprachen darüber bereits heute Morgen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Auch fachlich stärken wir die Schulen weiter, etwa durch die Koordinatoren für kulturelle Bildung, um nur eins von vielen Beispielen zu nennen. Am Ende des Tages zählt vor allem eines, nämlich die Wertschätzung der täglichen Arbeit von Lehrkräften und Schulleitungen. Hierfür setzen wir heute mit der Debatte und dem Antrag ein deutliches Signal. Dafür danke ich Ihnen allen herzlich.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überzogen. Diese Zeit steht jetzt natürlich zusätzlich allen Fraktionen zur Verfügung, sofern gewollt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Tobias von der Heide das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht zur Unterrichtsversorgung zeigt uns anschaulich - es ist uns gerade bereits dargestellt worden -, dass wir große Fortschritte in der Unterrichtsversorgung erreichen konnten. Wir haben die Lehrerversorgung signifikant gesteigert und gleichzeitig die Lehrkräftegewinnung neu strukturiert, um auf den zu erwartenden Lehrermangel zu reagieren.

Wir haben in Schleswig-Holstein - das unterscheidet uns von anderen Bundesländern - eine gesunde Altersstruktur der Lehrkräfte. Wir wissen, dass das gerade in Ostdeutschland nicht der Fall ist. Deshalb müssen wir uns auf einen Wettbewerb um Lehrkräf-

(Tobias von der Heide)

te vorbereiten und zielgenau überlegen, wie wir damit umgehen.

Wir kümmern uns um die aktiven Lehrkräfte zum Beispiel durch eine Verbesserung der Vergütung. Als erstes westdeutsches Flächenland setzen wir um, dass Grundschullehrkräfte eine Besoldung nach A 13 erhalten. Aber die Vergütung ist am Ende nicht alles. Wir stärken auch die Ausbildung von angehenden Lehrkräften.

In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Studienanfänger für lehramtsbezogene Studiengänge insgesamt von mehr als 1.500 im Jahr 2014 auf über 2.500 im Jahr 2018 gesteigert worden. Es gibt also 1.000 Studienplätze mehr für das Lehramtsstudium. Ich glaube, das ist ein ganz großer Erfolg.

Wir bereiten uns auf das vor, was kommt. Wir haben noch nie in der Geschichte dieses Landes so viele Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gehabt. Dieses Jahr haben wir noch einmal 90 neue Stellen geschaffen. Wir bereiten uns auf dieses Thema angemessen vor.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Klar ist aber auch: Wir müssen neben der Anzahl an Lehrkräften viel stärker auf die Fachlichkeit schauen. Da fehlt uns bis jetzt eine Bedarfsanalyse. Wir haben jetzt ein Lehrkräftebedarfsanalysetool auf den Weg gebracht. Ein Faktor dabei ist, dass die Ausbildungszeit von Lehrkräften sieben Jahre beträgt. Das heißt, wir müssen uns sehr frühzeitig überlegen, wie wir uns auf entsprechende Engpässe vorbereiten. Deshalb halte ich es auch für richtig, dass wir Quer-, Seiten- und Direkteinstieg neu sortiert haben. Ich verstehe die Sorge, dass Qualifikation und Qualität nicht immer ganz so ist, wie man sich das vorstellt.

Allerdings müssen wir am Ende gewährleisten, dass wir ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung haben. Teilweise werden wir in die Situation kommen, dass wir auch mit Quer-, Seiten- und Direkteinstiegern arbeiten müssen. Auch wenn es ein kleiner Anteil im Kollegium ist, der einen anderen Erfahrungshintergrund hat und dann selbstverständlich fortgebildet worden ist, muss das kein Schaden für die Schule sein.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte kurz drei statistische Daten erläutern, die ich sehr wichtig finde. Das eine sind Unterrichtsstunden je Schüler. Hier müssen wir uns in den Klassen 1 bis 10 nicht verstecken. An der

Grundschule erreichen wir 1,47 Stunden je Schüler pro Woche. Der Bundesschnitt liegt bei 1,48 Stunden. Das Gleiche gilt ungefähr auch für Gymnasium und Gemeinschaftsschule.

Allerdings haben wir nach wie vor Nachholbedarf bei den Oberstufen. Hier erreichen wir an den Gymnasien 1,61 Stunden und an den Gemeinschaftsschulen 1,67 Stunden. Der Bundesschnitt liegt bei 1,80 Stunden beziehungsweise 1,83 Stunden. Auch mit der Oberstufenreform werden wir dies am Ende nicht aufholen können. Das ist ein Bereich, in dem wir im Bundesvergleich weniger Unterricht pro Schüler zur Verfügung stellen.

Das zweite Thema ist Klassenfrequenz. Als Politiker wird man im Wahlkreis oft gefragt: Mensch, wie viele Schüler sind denn hier in der Klasse? Ist das zu viel? - Bei der Klassenfrequenz sind wir in der Grundschule mit 21,4 Schülern je Klasse in der Nähe des Bundesschnitts von 20,9 Schülern. Allerdings - das muss man würdigen - schneiden wir bei den weiterführenden Schulen mit 24,9 Schülern bei einem Bundesschnitt von 25,6 Schülern am Gymnasium sehr gut ab. Das ist ungefähr ein Schüler weniger. An den Gemeinschaftsschulen sind es 22,3 Schüler in Schleswig-Holstein zu 24,2 Schülern im Bundesschnitt. Das sind zwei Schüler weniger als im Bundesschnitt. Da muss man einmal sagen: Man braucht sich in Schleswig-Holstein nicht zu verstecken.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ministerin hat bereits zur Unterrichtsversorgung gesagt: Wir haben die 100 % erreicht. Das ist für uns ein ganz tolles Ergebnis. Ich weiß, dass auch andere Regierungen daran mitgewirkt haben. Es ist für uns in der Bildungspolitik wirklich ein Quantensprung. Allerdings ist auch klar, dass Lehrer, obwohl sie nach Stellenplan zu 100 % da sind, einmal krank werden, Klassenfahrten begleiten, manchmal eine Fortbildung belegen, Elternzeit machen und ähnliches. Das ist nach wie vor ein Problem. Bei den beruflichen Schulen haben wir eine Versorgung von 94 %, da gibt es noch Nachholbedarf. Ich finde allerdings schon, dass wir hier von einer Kehrtwende sprechen können. Die Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein hat sich signifikant verbessert. Das ist für uns ein großer Erfolg.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will nicht ausführlich auf den Schulleitungsantrag eingehen. Aus der Kanadareise haben wir einige kleine Aspekte übernommen. Es steht auch im

(Tobias von der Heide)

Koalitionsvertrag. Nicht nur in Kanada haben wir gelernt: Schulleitung ist am Ende, wenn es darum geht, Schulentwicklung zu betreiben - der Kern der Angelegenheit. Das lernen wir auch im Perspektivschulprogramm, in dem Schulleitungen anfangen, sich untereinander darüber auszutauschen, wie gut Schule gelingen kann. Da geht es auch um Zeit, also um die Frage: Wie viel Zeit hat ein Schulleiter - oder ein stellvertretender Schulleiter - für Leitungsaufgaben? Es geht um die Frage der Personalführung, aber auch um Qualifikation: Wie bereiten wir die Schulleitungen darauf vor? - Die meisten Schulleiter sind in erster Linie Lehrer und nicht Leitungskräfte. Wir müssen uns mit diesem Thema intensiver beschäftigen.

Das andere ist: Wie tauschen sich Schulleitungen untereinander aus, um eine sehr gute Schulentwicklung zu gewährleisten? - Ich glaube, dass dieser interfraktionelle Antrag viel Potenzial bietet, in diesem Bereich besser zu werden. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte verbliebene Gäste! Vor einem Jahr haben wir auf unsere Kleine Anfrage die Auskunft des Bildungsministeriums erhalten, dass 22 Schulleiterstellen und 34 stellvertretende Schulleiterstellen bereits seit mehr als drei Monaten vakant seien. Der Mangel an den Grundschulen ist am größten, an denen 14 Stellen für Schulleiter oder Schulleiterinnen unbesetzt waren. Das hat natürlich auch etwas mit der Besoldung zu tun. Der Kollege von der Heide hat darauf bereits Bezug genommen. Es ist zu hoffen, dass spätestens dann, wenn in etlichen Jahren die Grundschullehrkräfte durchgängig nach A 13 besoldet werden, die Funktion eines Schulleiters oder einer Schulleiterin auch an den Grundschulen attraktiver wird.

Strittig in der Diskussion ist nach wie vor, ob die Absenkung der Lehrverpflichtung die zusätzlichen Belastungen für Schulleitungen und ihre Stellvertretungen hinreichend ausgleicht und ob der Funktionszuschlag ebenfalls erhöht werden muss. Hier gibt es offensichtlich ein Gefälle, zum Beispiel zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Gerade

von den Koordinatoren wird häufig - ich finde, zu Recht - bemängelt, dass diese für wenige Ermäßigungsstunden kaum den zusätzlichen Verwaltungsaufwand, den sie zu erfüllen haben, ausgeglichen erhalten.

Jede Person, die in Schulleitung geht - ich weiß es aus meiner eigenen Erfahrung -, tut dies, weil man sich mit sehr viel Engagement für die Schule einbringen will und sie inhaltlich voranbringen möchte. Es ist sehr schade, wenn man in der zusätzlichen Verwaltungsarbeit, die mit dieser Stelle einhergeht, aufgesogen wird. Da besteht eine Diskrepanz. Die ist nicht neu, es gibt sie schon seit mehreren Jahren.

Alle Dinge, die mit dem Argument „Jede Stunde zählt“ begründet wurden, sind zwar nachvollziehbar. Bedauerlicherweise lähmt das Innovation von Schule und Schulleitung. Daher muss man dort genauer gucken: Besteht die Möglichkeit, dort mehr hineinzugeben, oder muss man tatsächlich mehr hineingeben, damit unsere Schulen und Schulstandorte so gut werden, wie wir, ich vermute, uns alle das wünschen?

Wir sind der Überzeugung, dass die Schulleiter und Schulleiterinnen nur geeignet sind, wenn sie selbst unterrichten. In Kanada haben wir dies anders gehört. Ich weiß, dass das in anderen Bundesländern anders ist. Wir wollen aber definitiv keinen kaufmännischen Direktor oder Verwaltungsdirektor in unseren Schulen. Es ist unheimlich wichtig, dass man den Bezug zur Klasse hält. Für mich war es sehr wichtig, dass ich den Bezug zu meiner eigenen Klasse hatte und so nie den Bezug verloren habe, wie es gewesen wäre, wenn ich nur in meinem Büro gesessen hätte und nicht mitbekommen hätte, was sich in den Klassen ereignet. Auch wenn die Schulleiterstellen an großen Schulstandorten nur mit fünfeneinhalb Stunden Lehrverpflichtung verbunden sind, stellt dies diesen Bezug her. Daran wollen wir in keiner Weise rütteln.

Auch wenn wir dafür kritisiert wurden, muss man doch sagen, dass unsere Ausschussreise nach Toronto viele Informationen und Denkanstöße gebracht hat. Dazu gehört auch dieser interfraktionelle Antrag. Ich hoffe, dass es nicht der einzige interfraktionelle Antrag bleiben wird, der sich daraus ergeben wird. Mit dem Antrag soll die Landesregierung beauftragt werden, eine Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen unserer Schulleitungen im Abgleich mit der Lage in anderen Bundesländern vorzunehmen. Die Ministerin hat es bereits gesagt: Die Qualifizierung von Schulleitung ist wichtig. Es ist auch wichtig, darüber nachzudenken, ob man vor der Besetzung ein Assessment-Center für die

(Kai Vogel)

Stelle des Schulleiters oder der Schulleiterin auf den Weg bringen soll. Da bin ich ganz dicht bei Ihnen.

Ohne meine eigene Funktion damals zu diskreditieren: Dort hat es ein Bewerbungsverfahren gegeben, aus dem ich erfolgreich hervorgegangen bin. Dann hatte ich diese Funktion. Da musste man dann gucken: Schafft er es, oder schafft er es nicht?

Manche sind von dieser Aufgabe durchaus sehr gefordert, sodass es durchaus Sinn macht zu schauen: Wie kriegen wir die entsprechenden Lehrkräfte, die entsprechenden Schulleitungen stärker qualifiziert? Auf diese Art und Weise genießen Sie auch deutlich mehr Ansehen in der Schule.

Wir wissen, dass es im Augenblick mehrere Medienberichte zu Versetzungen an Schulen gibt. Da merkt man durchaus, dass es hier und da hilfreich gewesen wäre, wenn die Person, die dort an der Spitze der jeweiligen Schule steht, stärker qualifiziert gewesen wäre.

Die Qualifizierung einer guten Schulleitung führt auch dazu, dass sie sich sehr sicher in ihrem Job fühlt und dem Kollegium dann wertschätzender begegnet. Das ist einer der Hauptaspekte, den viele von uns aus Kanada mitgenommen haben, weil man dort wahrgenommen hat, wie viel Wertschätzung die Schulleitung den Lehrkräften dort entgegengebracht hat - im Gegensatz dazu, wie es bei uns bedauerlicherweise oft der Fall ist.

Wir gehen unvoreingenommen in die Diskussion, die wir auf Grundlage des Berichtes führen werden. Es wird dazu möglicherweise noch in dieser Legislaturperiode eine Novellierung des Schulgesetzes geben, bei der es keine Denkverbote geben kann. Das Einzige, was wir nicht mittragen würden, wäre ein Abbau der demokratischen Entscheidungsprozesse an unseren Schulen.

Wir beantragen deshalb, den Antrag der Koalitionsfraktionen, des SSW und der SPD heute in der Sache abzustimmen, damit das Bildungsministerium diese Erhebung schnell beginnen kann.

Noch ein paar Anmerkungen zum Bericht zur Unterrichtssituation. Die Kultusministerkonferenz hat ihre Prognosen für künftige Schülerzahlen deutlich nach oben korrigiert. Das liegt nicht ausschließlich an den jungen Migrantinnen und Migranten; insgesamt hat die Kinderzahl zugenommen. An den Schulen haben wir in diesem Jahr mit 295.000 Schülerinnen und Schülern die Talsohle erreicht. Im nächsten Jahrzehnt werden es bis zu 8.000 Schülerinnen und Schüler mehr sein. Insgesamt heißt es,

dass die Schülerzahlen uns bis 2025 zwar noch etwas Luft zum Atmen lassen, dann aber schrittweise steigen.

Ein Plus der Schülerinnen und Schüler bedeutet auch ein Plus an Lehrkräften. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren zusätzliche Stellen ins System gegeben. Im Haushalt 2020 ist es nicht in dem Maße der Fall, wie wir es uns vorgestellt haben. Lieber Tobias von der Heide, Sie haben eben darauf Bezug genommen. Wir hätten uns gewünscht, dass die 100 zusätzlichen Stellen für LiV, die wir gestern haben namentlich abstimmen lassen, von Ihnen auch unterstützt worden wären und nicht nur die Ansage gekommen wäre, es solle auch mehr Lehrkräfte geben. Sie hätten dem auch Taten folgen lassen müssen.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

Als Kommunalpolitiker meiner Heimatstadt weiß ich, wie herausfordernd neue und sanierte Schulbauten für die kommenden Haushalte sind. Auch hier müssen wir wahrscheinlich noch einmal in uns gehen, weil es durchaus noch eine Forderung von Seiten der Schulen ist, dass guter, qualifizierter Unterricht immer erfolgen kann.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, wir müssen an die Zeit denken.

Kai Vogel [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Noch zwei Zeilen: Ich beantrage, den Bericht der Landesregierung zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss zu überweisen. - Ansonsten danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, die Montessori-Oberschule in Potsdam, die Anne-Frank-Schule in Bargteheide - das sind drei Beispiele für preisgekrönte Schulen, die zeigen, wie erfolgreiches Lernen mit neuen pädagogischen Konzepten funktioniert. Auch die Rütli-Schule in Berlin kann ich hier nennen: Diese Schule hat sich innerhalb

(Ines Strehlau)

von wenigen Jahren von einer Problemschule zu einer Vorzeigschule entwickelt. Was haben diese Schulen gemeinsam?

(Martin Habersaat [SPD]: Sozialdemokratische Schulleitungen! - Beifall und Heiterkeit SPD)

- Sie alle haben alle starke Schulleitungen, bei denen das Parteibuch völlig unwichtig ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Die vier Schulleiterinnen - allesamt starke Frauen - haben gemeinsam mit den Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Eltern die Schulen neu gedacht.

(Beifall und Heiterkeit SPD, SSW und vereinzelt CDU - Zuruf: Das sind schöne Zeiten!)

- Ja. - Sie haben innovative pädagogische Konzepte erarbeitet und es so geschafft, die Schulen ganz nach vorne zu bringen. Das war nicht immer leicht. Die Schulleiterinnen berichten, dass es viele Widerstände - auch in den Kollegien - gab, aber sie haben letztendlich alle an einem Strang gezogen und sind jetzt stolz auf ihre Erfolge.

Diese Beispiele zeigen: Für den Erfolg von Bildung braucht es auch eine gute Schulleitung. Das haben auch wir von Jamaika erkannt und die Einführung einer systematischen Personalentwicklung und den Ausbau der Vorbereitungsprogramme auf Schulleitungen in unseren Koalitionsvertrag aufgenommen.

Die Überzeugung, dass eine gute Schulleitung so wichtig für eine gute Schule ist, ist uns bei der Reise des Bildungsausschusses nach Toronto bei unseren vielen Terminen immer wieder begegnet. Wir sind nach Kanada gereist, um zu verstehen, wie es das kanadische Bildungssystem schafft, deutlich erfolgreicher zu sein als unseres. Insgesamt war es beeindruckend zu sehen, dass die Ziele Gleichheit, Wohlbefinden und Leistung als gleichberechtigte Säulen nebeneinanderstehen. Das eine geht nicht ohne das andere. Dieses Bildungskonzept und die einzelnen Bausteine haben wir in vielen Gesprächen in Toronto immer wieder diskutiert. Das hat uns alle, die wir dabei waren, sehr beeindruckt. Das hat uns deutlich mehr als das Lesen eines Textes über das kanadische Bildungssystem beeindruckt.

(Beifall Kai Vogel [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Deshalb finde ich es weiterhin richtig, dass der Bildungsausschuss diese Reise gemacht hat. Der Blick über den Tellerrand verbessert unsere Politik.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zuruf CDU: Das hilft immer!)

- Ja. - Die Aufgabe der Lehrkraft - so hat man uns in Kanada erzählt - ist es, Schülerinnen und Schüler zum größtmöglichen Bildungserfolg zu verhelfen. Der Satz: „Wir unterrichten keine Fächer, wir unterrichten Schülerinnen und Schüler“, drückt das deutlich aus. Diesen Satz würden bei uns vielleicht nicht alle Lehrkräfte unterschreiben.

In Ontario wird großer Wert auf die Schulleitung gelegt. Auch dort ist klar, dass die Schulleitung die Schule prägt. Intensive Vorbereitung auf die Aufgabe, sorgfältige Auswahl der Schulleitungen und Fortbildungen sind zentral, damit Bildung gelingt. Es gibt Programme für Lehrkräfte, die sich vorstellen können, in die Schulleitung zu wechseln. Es gibt eine aktive Schulleitungsvereinigung mit 5.400 Mitgliedern, die deren Interessen vertritt und Fortbildungen und Beratung anbietet. Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht. Die Schulaufsicht besucht die Schule alle drei Wochen. Dabei ist es wichtig, dass sie als kollegiale Beraterin und nicht als Kontrollorgan gesehen wird. Auch da haben wir noch Luft nach oben.

Diese und andere Punkte haben wir in unseren Antrag aufgenommen und bitten die Landesregierung, ein Konzept zur Stärkung von Schulleitung zu erarbeiten. Es besteht unbedingt Handlungsbedarf. Allein die Anzahl freier Schulleitungsstellen ist ein deutliches Indiz dafür. Eine höhere Besoldung bei den Grundschulleitungen beginnen wir nicht erst in ein paar Jahren, sondern haben sie schon vollzogen. Damit wurde im letzten Schuljahr begonnen; im nächsten Schuljahr werden die Gehaltserhöhungen komplett vollzogen sein.

Nun muss es uns gelingen, die Arbeitsbedingungen so zu verändern, dass es attraktiv für geeignete Lehrkräfte wird, in die Schulleitung zu wechseln. Dabei sollten wir überlegen, ob und wie wir das Beamtenrecht überarbeiten können. Es ist sehr starr und verhindert, dass zum Beispiel eine geeignete Kandidatin mit der Besoldungsgruppe A 13 den Job bekommt, wenn sich gleichzeitig eine Lehrkraft mit A 14 bewirbt. Das blockiert eine Auswahl nach Befähigung und passt nicht mehr in unsere Zeit.

(Beifall Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Kai Vogel [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Jetzt noch kurz zum Bericht zur Unterrichtssituation: Vielen Dank, Frau Ministerin, Ihnen und Ihrem Haus dafür. Seit dem Start des Berichts im Schuljahr 2012/2013 sehen wir eine stetige Verbesserung.

(Ines Strehlau)

Das regelmäßige Checken der Entwicklungen an den Schulen ist, wie erwartet, ein gutes Instrument, um wirksame Schritte zu gehen. Allerdings bestimmt unsere Haushaltslage die Größe unserer Schritte.

Im Vergleich der Bundesländer kann Schleswig-Holstein nicht die weitesten Sprünge machen. Ja, mit der 100-prozentigen Versorgung haben wir das gesteckte Etappenziel für 2018/2019 erreicht. Uns ist aber klar: Um Ausfälle optimal abzudecken, braucht es mehr als 100 %. Das ist der Auftrag für die nächsten Etappen - auch im Sinne der Lehrergesundheit. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Kai Vogel [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der FDP hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg auch meinen Dank an das Ministerium und vor allen Dingen an die Schulen für die Zulieferung des Datenmaterials für den Bericht.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, dass die Haushaltslage in Schleswig-Holstein nach wie vor nicht berauschend ist. Umso mehr freue ich mich, dass wir zusätzliche Finanzmittel im Bildungsbereich einwerben konnten, denn wir Liberale wollen unsere Kinder gut auf das Leben vorbereiten und ihnen das Rüstzeug für eine wirtschaftlich unabhängige und eigenverantwortliche Lebensgestaltung geben. Ich freue mich, dass auch die Grünen und die CDU dabei sind.

(Beifall FDP und Tobias von der Heide [CDU])

Dafür brauchen wir eine gute Unterrichtsversorgung. Wenn wir von guter Unterrichtsversorgung sprechen, brauchen wir auch starke Lehrkräfte, die gesund bleiben, gute Rahmenbedingungen vorfinden und dadurch guten Unterricht erteilen können. Dazu gehört im Übrigen ein respektvoller gesellschaftlicher Umgang mit dem Lehrerberuf.

Als Landespolitik haben wir mit der Anhebung der Besoldung von A 12 auf A 13 für Grundschullehrkräfte unseren Teil beigetragen und als Liberale ein Wahlversprechen eingelöst. Ein weiterer Baustein sind weitere Planstellen, um die rechnerisch zu erteilenden Unterrichtsstunden zu 100 % abzusichern. Dass wir dafür mehr als 100 % brauchen, ist allen

bekannt. Es ist aber auch bekannt, dass bislang die 100 % aufgrund des Fachkräftemangels und der Schwierigkeiten bei der Besetzung der Stellen nicht überall erreicht werden konnten. Es ist schon auf das Prognosetool eingegangen worden; das wird uns an der Stelle noch hilfreich zur Seite stehen.

Wir haben auch an der Stelle bereits gegengesteuert, mehr Ausbildungskapazitäten, -zeiten und Quereinstiege ermöglicht. Auch wenn wir die Probleme und Herausforderungen kennen: Rückblickend ist es ein Erfolg, dass von 2015 auf 2016 ein Anstieg von 93 % auf 95 % erfolgte und wir heute an allen allgemeinbildenden Schulen diese rechnerischen 100 % erreichen. Eine Ausnahme bilden die beruflichen Schulen, aber auch das haben wir zugesagt und werden wir - im Koalitionsvertrag abgesichert - noch umsetzen.

Kommen wir zu dem unschönen Thema Unterrichtsausfall. Zahlen können hier schnell beschönigend wirken und den Blick vom wesentlichen Problem ablenken. Bereits 2015/2016 fielen durchschnittlich 2 % des Unterrichtes ersatzlos aus. Das Gleiche lesen wir auch heute. Nun könnte man zu dem Fazit kommen: 2 % sind nicht so schlimm. Schauen wir aber genauer hin, verbirgt sich hinter der gelebten Praxis EVA - eigenverantwortliches Arbeiten - so manches Mal Unterricht, der ausgefallen ist. Es ist dann teilweise Unterricht, der nicht den Ansprüchen genügt. Daran werden wir arbeiten müssen.

60 % der Ausfälle gehen auf krankheitsbedingte Gründe zurück. Insbesondere im Grundschulbereich sind die Zahlen sehr erschreckend, hier sind es nämlich über 80 %. Das zeigt, dass wir uns mit den Ursachen des Unterrichtsausfalls und den gestiegenen Anforderungen an den heutigen Unterricht, die Lehrkräfte und auch die Schulleitungen intensiv beschäftigen müssen. Aus diesem Grund ist die Erhebung zur Lehrergesundheit so wichtig.

Mit dem Antrag zur Stärkung der Schulleitungen wenden wir uns einem weiteren Versprechen im Koalitionsvertrag zu. Wir wissen seit Langem, wie schwierig es ist, Schulleitungspositionen zu besetzen, und wie lange es manchmal dauert, überhaupt jemanden zu finden.

Wir müssen an dieser Stelle ehrlich diskutieren und uns fragen, ob das Auswahl- und Besetzungsverfahren noch zeitgemäß ist und vor allem ob es aus fachlicher Sicht richtig ist. Wenn ich aktuell in meinem Heimatort sehe, dass in der Schulleiterkommission Lehrer, Eltern und Politiker sitzen und wer sich da an wem orientiert, wer nachher ausgewählt

(Anita Klahn)

werden soll, habe ich - ehrlich gesagt - manches Mal meine Zweifel, ob wirklich der beste und geeignetste Bewerber die Position bekommt.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU] und Kai Vogel [SPD])

Ich will das nicht verallgemeinern, aber es gibt genügend Fälle. Wir werden dort hinschauen müssen.

Auch die Frage der Bezahlung sollten wir nicht außer Acht lassen. Wenn wir sehen, was im internationalen Vergleich als Kompensationszahlung für Schulleitung aufgerufen wird und welche Probleme wir bei der Besetzung von Schulleitungen haben, müssen wir uns überlegen, ob und wie wir in diesem Punkt nachsteuern müssen.

An dieser Stelle muss ich ganz klar sagen: Dafür muss man nicht nach Kanada fahren. Da guckt man einmal, was die OECD-Studien hergeben und was dort an Erkenntnissen vorhanden ist. In Großbritannien und Italien zahlt man 40 % bis 50 % Zuschläge für Schulleitungen. Davon sind wir mit unserer Zulage von 600 € weit entfernt.

Wir müssen auch darüber nachdenken, ob Schulleitung ein eigenständiges Berufsbild wird, wie es der Schulleitungsverband fordert, oder ob wir weiter daran festhalten, dass es Lehrer mit besonderen Zuständigkeiten sind. An dieser Stelle ist noch ganz viel zu tun.

Es geht auch um die konkrete Ausgestaltung der Schulleitungsaufgaben: Immer mehr kaufmännische und administrative Aufgaben müssen nebenher erledigt werden. Dokumentationspflichten, zunehmende Konferenzen, Gespräche nehmen einen immer größeren Teil der Leitungszeit ein. Wir müssen prüfen, ob wir hier Aufgaben streichen oder zumindest auf ein sinnvolles Maß reduzieren können, und es gibt nicht unbedingt allein die Möglichkeit, dort eine Assistenz hinzusetzen.

Eine weitere Möglichkeit könnte sein, bestimmte Aufgaben in einer Art Schul-Backoffice zusammenzufassen. Dadurch könnten Schulleitungen von unterrichtsfernen Verwaltungsaufgaben befreit werden und könnten dann das tun, wofür sie eingesetzt sind, nämlich einzig und allein für guten Unterricht zu sorgen.

Ein letztes Wort, ich habe es euch gesagt: Lasst Kanada aus dem Spiel! Wir haben bereits im Koalitionsvertrag verabredet, dass wir uns für die Stärkung der Schulleitung einsetzen werden. Ich weiß nicht, warum das jetzt plötzlich die große Erkenntnis der Kanadareise sein soll. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Schulleiter sind in der Tat zugleich Führungskräfte und Pädagogen. Darüber hinaus sind sie die Entscheidungsträger mit Blick auf die Qualitätsentwicklung an ihren Schulen - ein Merkmal, das in Zukunft noch wichtiger wird, als es das schon jetzt ist.

Es klang bereits an: Die Anforderungen an den Posten des Schulleiters haben in den letzten Jahren enorm zugenommen und damit auch die Arbeitsbelastung. Diese Schraube darf sich nicht weiterdrehen. Wer gute Schule will, muss Schulleitungen merkbar entlasten.

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag wird genau dies bewirken. Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben, dass das erst in einigen Jahren so weit sein wird. Wir hingegen sind davon überzeugt, dass es in relativ kurzer Zeit möglich ist, Schulleitungen durch gezielte Maßnahmen nachhaltig und entscheidend zu stärken, wenn man es denn will - und wir wollen genau das.

Bevor ich zu meinen eigenen Vorschlägen komme, möchte ich auf Ihren Antrag eingehen. Keiner der genannten Punkte ist unwichtig oder falsch, das Gegenteil ist der Fall. Aber die Details zeigen, es geht Ihnen in erster Linie um die Weiterentwicklung der Qualifizierung und um die Auswahl künftiger Führungskräfte. Beides ist klar auf die Zukunft ausgerichtet und wird für die heute tätigen Schulleitungen allenfalls eine indirekte Wirkung entfalten können.

Sie setzen auf die Entwicklung neuer Qualifizierungsmaßnahmen, Sie setzen darauf, die Aufgaben und die Arbeitszeit der Schulleitungen zu evaluieren, Sie setzen auf Fortbildung der Schulleitungen - all dies klingt für mich so, als ob die Lehrkräfte, die ihre Arbeitsbelastung zu Recht bemängeln, selbst dafür verantwortlich wären, und das kann es nun wirklich nicht sein.

Ich frage Sie: Glauben Sie allen Ernstes, dass Sie durch Ihren Antrag Nachwuchs für Schulleitungen gewinnen, wenn Sie nicht gleichzeitig bereit sind, die Rahmenbedingungen jetzt zu verbessern?

(Dr. Frank Brodehl)

Schulleiter bemängeln zu Recht, dass sie sich zusätzlich zu ihren Führungs- und pädagogischen Aufgaben um immer mehr rein administrative Dinge kümmern müssen. Zu viel Verwaltung kostet Zeit, genau die Zeit, die sie lieber mit Schülern, mit Kollegen, mit Mitarbeitern verbringen sollten oder auch - was immer wichtiger wird - mit Ansprechpartnern aus der Region.

Immerhin, im vorletzten Punkt Ihres Antrags fordern Sie die Prüfung der Einführung einer ergänzenden Schulverwaltungsassistenz zur Entlastung der Schulleitung. Das klingt gut. Aber auch hier geht es, wenn man genauer hinsieht, wie bei den anderen Punkten ums Prüfen, ums Entwickeln, ums Auswerten und um das beliebte Evaluieren. Diese Begriffe bleiben immer im Ungefähren. Wir wissen, dass das längst die Lieblingsvokabeln von Jamaika sind. Dringende Maßnahmen dürfen dadurch aber nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Dabei ist es längst überfällig, konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Schulleitung umzusetzen, die erstens von unseren Schulleitern längst klar identifiziert und benannt worden sind und die sich zweitens schon in vielen anderen Bundesländern bewährt haben.

Schulverwaltungsassistenzen - das zeigen die Erfahrungen in Baden-Württemberg, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen - entlasten die Schulleitungen ganz konkret und effektiv. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, Schulverwaltungsassistenzen zumindest an den großen Schulen Schleswig-Holsteins schnellstmöglich zu installieren.

Als Nächstes benötigen wir endlich eine Neuberechnung der Leitungszeiten für Schulleitungen. Konkrete und gut begründete Vorschläge dazu liegen seit fast zehn Jahren auf dem Tisch, und übrigens kommen die vom Schulleitungsverband Schleswig-Holstein. Man muss also nicht erst nach Toronto fahren, um das zu erkennen. Es gibt einen Schulleitungsverband, und mit dem können wir zusammenarbeiten, wir können dessen Argumente ernst nehmen, wenn wir es denn wollen. Das wäre auf jeden Fall näher gewesen als Kanada.

Es gibt eine dritte Gruppe - ich habe sie in diesem Hause schon oft angesprochen -, die Gruppe der inoffiziellen Assistenten der Schulleitungen. Deren Leistung muss endlich honoriert werden. Es wäre ein erster wichtiger Schritt dazu, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, wie viele Lehrkräfte in welchem Stundenumfang für die Schulleitungen Assistenzdienste machen. Bis jetzt passiert das nämlich ohne jegliche Vergütung, Anerkennung

oder Reduzierung der Stundenzahl. Der Einwand, dass es hier nicht um offizielle Stellen geht, darf nicht das letzte Wort sein. Wer Schulleitungen tatsächlich stärken will - das schreiben Sie in Ihrem Antrag -, verschließt sich dieser Realität nicht länger.

Meine Damen und Herren, dass Schulleitungsstellen oft selbst nach der zweiten Ausschreibung unbesetzt bleiben, muss ein Ende haben. Dazu braucht es in der Tat ein langfristiges Konzept. Genau das ist Ihr Antrag. Es braucht zugleich kurzfristig wirkende Maßnahmen, wie wir es in unserem Alternativantrag formuliert haben.

Ich bitte um Überweisung beider Anträge in den Bildungsausschuss. Übergeordnet muss es so oder so sein, dass wir nicht nur darüber reden, dass wir den Idealismus von Schulleitungen, von Koordinatoren und Assistenzen nicht länger überstrapazieren, sondern dass auch ein Zeichen gesetzt wird, und das können Sie heute Abend setzen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Schulleitung ist mittlerweile wirklich ein Dauerbrenner in Schleswig-Holstein. Aus allen Berichten und Stuserhebungen zum Thema Lehrkräfte wissen wir, dass es vor allem die Zusatzaufgaben neben dem Unterricht sind, die eine große Mehrbelastung für unsere Lehrkräfte bedeuten.

Um ein Vielfaches verstärkt trifft das auch auf unsere Schulleitungen zu. Das wird immer dann besonders deutlich, wenn die ausgeschriebenen Schulleitungsposten an unseren Schulen kaum Response bekommen oder mehrfach ausgeschrieben werden müssen. Zu viele Schulleitungsposten im Land sind noch unbesetzt, zu viele Schulen werden kommissarisch geführt. Das ist ein Problem, das wir alle anerkennen, und es wird dringend Zeit, dass wir hier handeln und dass hier wirklich etwas passiert.

Wir haben auf unserer Reise als Bildungsausschuss etwas gelernt. Anita Klahn, es ist schade, dass du nicht mit wolltest. Es lohnt sich nämlich, über den Tellerrand zu gucken.

(Jette Waldinger-Thiering)

(Anita Klahn [FDP]: Aus gutem Grund!)

Genau das haben wir gemacht. Deshalb ist es zu diesem gemeinsamen Antrag gekommen.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Anita Klahn [FDP] - Weitere Zurufe)

- Meine liebe Kollegin Anita Klahn, ich glaube, ich hätte nicht freiwillig einen Punkt aus eurem Koalitionsvertrag umgesetzt. Insofern finde ich es großartig, dass wir Honig aus dieser Reise ziehen. Schade, Ole Schmidt ist gerade gegangen. Er hat nämlich ein richtig gutes Programm für uns gemacht.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Das müssen Sie ja sagen! Toronto!)

- Ich muss gar nichts sagen. Ich sage nur das, was ich sagen will.

Dass es auch anders geht, hat uns unsere Ausschussreise nach Toronto gelehrt. Dort haben die Schulleitungen nämlich keine weiteren Lehrverpflichtungen und verstehen sich eher als eine Art Schulmanager.

Die Schulleitung soll eigentlich die Instanz sein, die wohlüberlegte Richtungen einschlägt. Momentan schlingern unsere Schulleitungen aber ganz schön. Sie müssen zu sehr gegen den Strom anschwimmen - einen Strom aus zu vielen Aufgaben, zu wenig Zeit, zu viel Stress und zu wenig Wertschätzung. Als Schulleitung hören sie zu. Sie geben Impulse. Sie organisieren Abläufe und managen den Schulalltag.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Entschuldigung, jetzt hat das Wort die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering. Die Diskussion über die Sinnhaftigkeit von Reisen können wir vielleicht anschließend führen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Gern!)

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Es kommen oft neue Aufgaben dazu. Schule befindet sich - wie wir alle wissen - in einem stetigen Wandel, und das ist anstrengend, denn im Zweifel werden unsere Schulleitungen natürlich gern dafür verantwortlich gemacht, wenn es schief läuft. Eine Schule zu leiten, hat aus meiner Sicht zuerst etwas mit Idealismus zu tun, und ich habe großen Respekt

vor unseren engagierten Lehrkräften, die diese Aufgabe übernommen haben.

Wenn wir Schule anders denken wollen, müssen wir unseren Schulleitungen aber auch ernst gemeint die Möglichkeit geben, aktiv zu gestalten, und dafür brauchen sie vor allem Entlastung. Das geht nur, indem wir unsere Schulleitungen stärken und zulassen, dass sich die Strukturen verändern dürfen. Ich bleibe bei meiner Forderung, die Leitungszeit zu erhöhen. Mittlerweile finde ich zusätzlich den Gedanken, unsere Schulleitungen insgesamt breiter aufzustellen, gut. Am charmantesten erscheint mir da eigentlich die Aufteilung der Leitung in eine Stelle für die pädagogische Leitung und eine Stelle für die verwaltungstechnische Seite.

Dass unsere Grundschulleitungen eine höhere Bezahlung bekommen, war ein erster, sehr angebrachter Schritt.

(Beifall Tobias Koch [CDU] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Anhebung der Gehälter aller Grundschullehrkräfte wird auch kommen.

(Beifall Tobias Koch [CDU])

- Tobias Koch, der Weg dahin dauert mir zwar zu lange, aber immerhin. Ich bin gespannt, welche Ergebnisse unsere beschlossene Evaluation bringen wird. Erst einmal haben wir uns ja darauf geeinigt, dass Arbeitszeit, Arbeitsaufwand und Vergütung der Leitungspositionen aller Schularten evaluiert werden sollen. Es sollen Konzepte aus anderen Bundesländern herangezogen und die bisherigen Erfahrungen mit dem Masterstudiengang Schulmanagement ausgewertet werden.

Es geht dabei natürlich besonders um die Nachwuchsgewinnung für Schulleitung. Ich persönlich finde es aber am interessantesten, zu prüfen, inwiefern die Einführung einer ergänzenden Schulverwaltungsassistenz zur Entlastung der Schulleitungen beitragen kann. Ich möchte natürlich das Ergebnis nicht vorwegnehmen, aber hier würde ich schon einen Knackpunkt vermuten.

In diesem Sinne freue ich mich, dass wir heute über unseren gemeinsamen Antrag in der Sache abstimmen wollen. Den AfD-Antrag werden wir zumindest ablehnen.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit. Meine Stimme ist schon besser geworden.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung zu a) Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1791, und Alternativantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1819.

Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/1791, sowie den Alternativantrag, Drucksache 19/1819, an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Alternativantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1819. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Wer enthält sich? - Das ist die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist der Alternativantrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1791, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Abgeordneten. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b), Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/1727. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/1727, an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Aufforderung an die Europäische Kommission zur Umsetzung der Bürgerinitiative „Minority SafePack (MSPI)“

Beschlussempfehlung des Europaausschusses
Drucksache 19/1862

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden des Europaausschusses, dem Abgeordneten Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident, vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf hier heute Abend noch eine Initiative des Europaausschusses erläutern. Wir haben bereits im Juli 2017 hier im Landtag einen interfraktionellen Antrag „Weitere Unterstützung für Minority-SafePack-Initiative“ diskutiert und mit allen Fraktionen beschlossen. Wir haben als Landtag diese Initiative der FUEN, deren Ziel ein verstärkter Minderheitenschutz in Europa ist, von Anfang an unterstützt. Das war für uns als ein Land, in dem allein drei von vier der nach dem Rahmenabkommen des Europarats geschützten Minderheiten in Deutschland leben, nämlich die Dänen, die Friesen und die Sinti und Roma, eine Selbstverständlichkeit.

In unserem Land hat die Minderheitenpolitik einen hohen Stellenwert über alle demokratischen Parteien und Fraktionen hinweg. Wir haben die Minderheiten unter den Schutz unserer Landesverfassung gestellt. Ihr Schutz und ihre Förderung ist fraktionsübergreifender Konsens in unserem Land. Das ist in Europa aber lange nicht so selbstverständlich wie bei uns in Schleswig-Holstein.

In Europa leben etwa 340 autochthone Minderheiten. Mehr als 100 Millionen Menschen gehören einer Minderheit oder einer Volksgruppe an. Es werden 60 Regional- oder Minderheitensprachen gesprochen. Jeder siebte EU-Bürger gehört einer autochthonen Minderheit oder einer Volksgruppe an. Die autochthonen nationalen Minderheiten sind Brückenbauer in Europa. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für gegenseitiges Verständnis und Frieden in Europa. Das können sie aber nur, wenn ihre Rechte anerkannt und durchgesetzt werden und ihr Schutz und ihre Förderung in den einzelnen Staaten gewährleistet sind.

Leider ist die Situation von vielen Minderheiten in europäischen Staaten bis heute eine andere. Diskriminierung und Ausgrenzung nehmen wieder zu. Deshalb und weil mit der Wahl zum neuen Europaparlament Rechtspopulisten, die Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten mit Füßen treten, noch stärker in der EU geworden sind, ist es so wichtig, dass die Belange der Minderheiten einen festen Platz in der europäischen Politik insgesamt und in der Arbeit der neuen Kommission im Besonderen erhalten.

Der Bürgerinitiative „Minority SafePack“ ist es gelungen, europaweit über 1,2 Millionen Unterschriften zu sammeln - ein großer Erfolg! Es ist ein Erfolg, der die neu eingesetzte Europäische Kommis-

(Wolfgang Baasch)

sion auffordert, die Rechte der Minderheiten zu stärken und in der Arbeit der Kommission wahrnehmbar zu verankern. Anfang 2020 werden die Unterschriften der Europäischen Kommission übergeben. Daher ist es gut und eine Bekräftigung unserer Unterstützung für diese Initiative, dass wir heute unser Bekenntnis zum aktiven Minderheitenschutz und zur engagierten Minderheitenförderung in Europa wiederholen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unserer heutigen Beratung liegt eine Beschlussempfehlung des Europaausschusses, Drucksache 19/1862, zugrunde - eine Beschlussempfehlung, die wir im Europaausschuss in großer Übereinstimmung gemeinsam erarbeitet haben. Ausgangspunkt war unsere interessante Ausschussreise nach Südtirol im September dieses Jahres. In intensiven, sehr kollegialen Gesprächen mit Landtagskollegen und Regierungsvertretern aus Südtirol war auch das Thema Minderheitenrechte und Minderheitenschutz von zentraler Bedeutung. Ein gemeinsames Ergebnis dieser Gespräche ist, dass wir, die Landtage von Südtirol und Schleswig-Holstein, uns für eine Unterstützung und Umsetzung der Bürgerinitiative „Minority SafePack“ aussprechen. Diesen Auftrag haben wir gern aufgenommen und im Europaausschuss zielgerichtet bearbeitet. Hierfür bedanke ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss, weil dies alles wirklich in großer Gemeinsamkeit und mit viel Einsatz aller Beteiligten geleistet worden ist.

Ich will an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, mich beim Ausschussbüro zu bedanken. Die gute, ja perfekte Planung unserer Ausschussreise hat es uns ermöglicht, zu diesem Ergebnis zu kommen, viele gute Kontakte zu knüpfen und intensive Einblicke in die gesellschaftliche Realität Südtirols zu bekommen.

(Werner Kalinka [CDU]: Sehr gut!)

Auf dieser Grundlage können wir heute diesen Beschluss zur Stärkung der Minderheitenrechte fassen. Ich sage ausdrücklich: Herzlichen Dank, Herr Wagner, Frau Schönfelder und, für die perfekte Begleitung, Jan Diedrichsen.

Ich bitte Sie um Unterstützung.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Mit der Drucksache

19/1862 haben die Mitglieder des Europaausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall.

Meine Damen und Herren, die beiden zuletzt aufgerufenen Tagesordnungspunkte haben bewiesen, dass in einem föderalen Staat, in einem geeinten Europa, in einer globalisierten Welt Ausschussreisen unbedingt notwendig sind.

(Lebhafter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich freue mich, dass das alle Abgeordneten, die anwesend sind, so sehen,

(Widerspruch AfD)

möglicherweise auch diejenigen, die nicht da sind,

(Beifall Serpil Midyatli [SPD])

auch die Medienvertreter; das wäre noch schöner.

Ich bedanke mich, schließe die Sitzung und unterbreche die Tagung bis morgen.

Schluss: 18:03 Uhr